SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Bevor Angst die Seele aufisst: über Bedrohungen und friedenspolitische Alternativen in unserer krisenhaften Zeit

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Bund für Soziale Verteidigung e.V. (2016). *Bevor Angst die Seele aufisst: über Bedrohungen und friedenspolitische Alternativen in unserer krisenhaften Zeit* (Hintergrund- und Diskussionspapier, 50). https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47134-8

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-ND Lizenz (Namensnennung-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-ND Licence (Attribution-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG e.V.
Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen

Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 50 Juni 2016 ISSN 1439-2011

Bevor Angst die Seele aufisst

Über Bedrohungen und friedenspolitische Alternativen in unserer krisenhaften Zeit

Die Veranstaltung wurde gefördert von der Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen-Anhalt.

Dokumentation einer Tagung vom März 2016

Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden, Germany
Tel.: +49 571 29456
Fax: +49 571 23019
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:
Sparkasse Minden-Lübbecke
BLZ 490 501 01
Konto 89 420 814
IBAN DE73 490501010089 420814
Swift-Code WELADED1MIN

Der BSV ist Mitglied dieser Organisationen:
European Network for Civil Peace Services
Forum Crisis Prevention
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Netzwerk Friedenskooperative
Nonviolent Peaceforce
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Herausgeber:
Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8
32423 Minden

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 50
Juni 2016
ISSN 1439-2011
5,- Euro
Grafik auf Titelseite: Frits Ahlefeldt. HikingArtist.com
Fotos und Erstellung: Christine Schweitzer
Aquarell auf Titelseite: Frits Ahlefeldt. HikingArtist.com

Inhalt

Vorwort 5
1. Einleitung
Elise Kopper 7
2. Bedrohungen und Herausforderungen: Kriege, Neoliberalismus, Medien und Fremdenfeindlichkeit
Gert Sommer 9
2.1 Bedürfnisse 9
2.2 Bedrohter Frieden, Kriegsgefahr, Krieg 11
Kriegsgefahr als Herausforderung - Versuch eines positiven Ausblicks 15
2.3 Bedrohte Demokratie 15
Bedrohte Demokratie: Neoliberalismus 15
Neoliberalismus als Herausforderung - Versuch eines positiven Ausblicks 19
2.4 Bedrohte Demokratie: Medien, die ihrer Rolle als „vierte Macht" nicht gerecht werden 20
Friedensnobelpreis an die IPPNW 20
Jugoslawien-Kosovo-Krieg 20
Ukrainekonflikt 21
Medienkritik als Herausforderung - Versuch eines positiven Ausblicks 23
2.5 Fremdenfeindlichkeit als Bedrohung und Herausforderung 24
Fremdenfeindlichkeit als Herausforderung – Versuch eines positiven Ausblicks 27
2.6 Schlussanmerkungen 27
Literatur 28
3. Angst und Bedrohung – eine psychologische Perspektive
Georg Adelmann 29
3.1 Bedrohung und Angst - Grundlagen 29
Die konkrete Bedrohungssituation 29
Subjektive Situationsbewertung 30
Körperliche und psychische Reaktionen auf Angst und Bedrohung 30
Soziale Reaktionen auf Angst und Bedrohung 31
Geschlecht, Gender und Angst 32
3.2 Der Umgang mit Ängsten und Bedrohungen 32
Umgang mit Ängsten Anderer 33
Umgang mit eigenen Ängsten 35
Vom Militär lernen? 36
3.3 Abschließende Bemerkungen 37
Literatur 38
4. Widerstand gegen Rechtsextremismus
Christine Böckermann 39
4.1 Begriffe 39
4.2 Bedrohungen durch Rechtsextremismus und Rassismus: „Gemeint sind wir alle" 39
Die „Mitte der Gesellschaft" als Teil des Problems 40
Rechte Strategien lassen die Grenzen zwischen „rechts" und „links" verschwimmen 40
Schwierigkeiten von anderer Seite 41
4.3 Strategien im gewaltfreien Widerstand gegen Rechtsextremismus 42
4.4 Und „die Friedensbewegung"? 45
4.5 Dialog? 45
4.6 Nachwort 46
5. Aktuelle Krisen und Kriege
Karl Grobe 47
5.1 Kriegsverschleierungen 47
5.2 Moderne Kriegsführung 48

5.3 Kriegslügen 48
5.4 Cyberwar....49
5.5 Wirtschaftssanktionen....50
5.6 Bunte Revolutionen und NATO-Erweiterung 50
5.7 Neue Qualitäten der Kriegsführung 51
5.8 Flucht vor Krieg....52
5.9 Rechte Gefahren....52
6. Cyberpeace: Bedrohungen durch Cyberwarfare und Voraussetzungen für die friedliche Nutzung des Internets
Stefan Hügel 53
6.1 Bedrohungen durch Cyberwarfare....53
Überwachung 54
Drohnenangriffe 55
Schadsoftware 55
Manipulation 55
6.2 … und Deutschland mittendrin 56
6.3 Völkerrechtliche Bewertung....56
6.4 Folgerungen: Ein Rahmen für Cyberpeace....57
Vertrauen wiederherstellen....57
Gewaltfreie Konfliktlösung statt offensive militärische Aktionen 58
Sichern lebenswichtiger Infrastruktur 59
Demokratische politische Kontrolle 61
Die Cyberpeace-Kampagne des FIfF 61
7. Warum Gewaltfreiheit auch unter schwierigsten Bedingungen erfolgreich sein kann
Jan Stehn 63
7.1 Erfolgsbilanzen 63
7.2 Warum sind gewaltfreie Aufstände erfolgreich? 65
8. Soziale Verteidigung
Roland Vogt 67
8.1 Beispiele 67
8.2 CSSR 1968 68
Gewaltloser Systemwandel Januar – August 1968....71
Kapitulation nach gewonnener Schlacht 72
Charta 77 und gewaltlose Sezession....73
8.3 Neue Aktualität der Sozialen Verteidigung nach Überwindung der Blockkonfrontation?.73
8.4 Neue Herausforderungen für das Konzept der Sozialen Verteidigung....76
9. Schlusspanel: Gewaltfreier Widerstand und die Überwindung von Angst
Ingrid Fröhlich-Groddeck, Renate Wanie, Andreas Dieterich 79

Vorwort

Christine Schweitzer

Dieses Papier dokumentiert eine Tagung, die der Bund für Soziale Verteidigung vom 11.-13. März 2016 in Magdeburg durchgeführt hat. Ihr Titel: „Bevor Angst die Seele aufisst - Über Bedrohungen und friedenspolitische Alternativen in unserer krisenhaften Zeit". Es ging uns in der Veranstaltung darum, uns mit dem Phänomen „Bedrohung" genauer auseinanderzusetzen und dabei verschiedene „Bedrohungsszenarien" zu betrachten. Besonderes Gewicht legten wir dabei darauf, was Bedrohungsängste mit uns selbst machen und wie wir verhindern können, dass sie uns zu destruktiven Verhaltensweisen bringen. Neben den Fragen nach den Funktionen, Wirkungsweisen und Instrumentalisierungen von Bedrohungen standen in der Tagung die Alternativen im Vordergrund – Gewaltfreie Alternativen zu militärischen Bedrohungen, Widerstand gegen Krieg, Umgang mit Rechtsextremismus u.a.m.

Diese Dokumentation beginnt mit einer Zusammenfassung des Ablaufs der Tagung von Elise Kopper. Danach folgen die beiden Vorträge, die am Freitagabend und Samstagmorgen im Plenum gehalten wurden. Gert Sommer nimmt uns mit auf eine Reise durch die ganz unterschiedlichen politischen Bedrohungen. Georg Adelmann befasst sich damit, was Angst und Bedrohung aus psychologischer Sicht mit uns machen, und wie wir sie konstruktiv erleben und auf sie reagieren können. Es schließen sich Texte zu den verschiedenen Arbeitsgruppen an: Christine Böckmann schreibt über Rechtsextremismus, Karl Grobe über neue Kriege, Stefan Hügel über Cyberwar und Cyberpeace, Jan Stehn fasst neue Studien zu zivilem Widerstand zusammen und Roland Vogt befasst sich mit der Sozialen Verteidigung.[1] Den Abschluss macht eine Dokumentation des Schluss-Panels mit Renate Wanie und Ingrid Fröhlich-Groddeck.

In einem Vorwort darf natürlich der Hinweis nicht fehlen, dass allein die AutorInnen für die Aussagen und Thesen in ihren Aufsätzen verantwortlich sind und nicht notwendigerweise Positionen des BSV darstellen.

Unser herzlicher Dank gilt allen Referentinnen und Referenten, die sich die Mühe gemacht haben, ihre Vorträge im Nachhinein zu überarbeiten und uns zur Verfügung zu stellen. Wir bedanken uns auch bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt für die Hilfe bei der Finanzierung der Tagung. Und last not least möchten wir unseren beiden Praktikantinnen Julia Hermes und Angela Vasiljevic danken, die uns nicht nur während der Tagung unterstützt haben, sondern hinterher die Tonaufnahme des Schlusspanels verschriftlicht haben.

[1] Es fehlt die Arbeitsgruppe zu Medien. Dieser von Elvira Claßen verfasste Text wird voraussichtlich als eigenes Hintergrund- und Diskussionspapier herausgegeben werden.

1. Einleitung

Elise Kopper

Als wir im vergangenen Jahr die Jahrestagung planten und ihren Titel an Rainer Werner Fassbinders berühmtes Melodram „Angst essen Seele auf“ anlehnten, ahnten wir noch nicht, dass die darin behandelten Themen - Rassismus und Fremdenfeindlichkeit - auch in Magdeburg am Wochenende des 11.-13. März 2016 eine so zentrale Rolle spielen würden. Denn am gleichen Wochenende fanden auch die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt statt - und so fanden wir uns in der Landeshauptstadt im Zentrum all der Diskussionen über AfD, Pegida, die sogenannte „Neue Rechte“ & Co wieder. Das ging auch an den Tagungsinhalten nicht spurlos vorüber. Während draußen die Presse ihre Kameras und Mikrofone aufbaute, um für den Wahlsonntag gerüstet zu sein, diskutierten drinnen die TeilnehmerInnen darüber, wie mit der Bedrohung von rechts und anderen Bedrohungsszenarien umzugehen sei - politisch, gesellschaftlich, aber auch persönlich.

Wahrscheinlich warf die Tagung dabei mehr Fragen auf, als sie beantworten konnte. Einige davon waren besonders schwierig und wurden kontrovers debattiert: Müssen wir auch die Bedrohungsgefühle der jeweils „anderen Seite“ ernst nehmen, sie aufgreifen und den Dialog suchen - auch wenn wir sie eigentlich nicht nachvollziehen können? Ist ein Dialog mit der anderen Seite hilfreich, möglich, notwendig? Inwieweit verletzt, entmutigt oder überfordert das wiederum die Menschen, die von rechts physisch und psychisch, mittelbar und unmittelbar bedroht werden und die unseren Schutz und unsere Solidarität verdienen: Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchtete, AktvistInnen, die sich überall in Deutschland und anderswo öffentlich den Rechten und Rechtsextremen entgegenstellen?

Fast alle der knapp 50 TeilnehmerInnen aus ganz Deutschland, darunter auch viele „LokalmatadorInnen“ aus dem Raum Magdeburg und aus dem Umfeld der Bürgerinitiative OFFENe HEIDe (http://www.offeneheide.de/), sind und waren selbst aktiv in der politischen Arbeit und in der Friedensbewegung und brachten ihre eigenen Erkenntnisse, Erlebnisse und Zweifel mit ein. So kam es zu einem reichhaltigen Erfahrungsaustausch. Über den Themenkomplex Rechtsextremismus und Rechtspopulismus hinaus wurden viele weitere Fragen aufgeworfen, die uns als Friedensbewegung und als Friedensbewegte beschäftigen: Wie gehe ich mit meinen eigenen Ängsten im Friedensengagement um? Wie bewältige ich die Angst vor der Polizistin, die mir bei einer Aktion des zivilen Ungehorsams mit einer Waffe gegenübersteht? Wie vor den Neonazis, die mich nachts auf meinem privaten Handy anrufen und bedrohen? Wie vor dem Verlust von FreundInnen und Familienmitgliedern, die mein politisches Engagement nicht verstehen oder in seinen Ausmaßen nicht akzeptieren wollen? Und inwiefern sind auch wir als Friedensbewegung ein Teil der „Bedrohungsindustrie“, wenn wir z.B. vor den furchtbaren Folgen eines alles vernichtenden Atomkriegs warnen und sie zu diesem Zwecke bildlich und sprachlich ungeschönt darstellen? Wenn wir vom „Cyberkrieg“, von Computerviren und Hackerangriffen reden, die uns unsere elektronischen Daten stehlen und unsere Infrastruktur lahmlegen? Oder wenn wir bei Aktionen und Demonstrationen - möglicherweise unabsichtlich - die engen Grenzen der Gewaltfreiheit oder der Sachbeschädigung überschreiten und damit für andere Menschen bedrohlich wirken - auch wenn wir es gar nicht wollen?

Der Mensch kennt unterschiedlichste Wege und Methoden, mit Angst und Bedrohungsgefühlen umzugehen: Er läuft weg, wird gelähmt, kämpft, igelt sich ein, kapituliert vor ihnen, konfrontiert sich absichtlich mit ihnen, um sie abzubauen, leugnet sie, akzeptiert sie, setzt sich rational mit ihnen auseinander, nimmt manchmal auch Medikamente dagegen ein. Wir als Friedensbewe-

gung sollten achtsam damit umgehen und bereit sein, eigene Ängste und die anderer immer wieder zu reflektieren.

Erst am Sonntagabend, nachdem alle TeilnehmerInnen längst abgereist waren, wurden die Ergebnisse der Landtagswahlen bekannt: Die AfD, die sogenannte „Alternative“ für Deutschland, bekam bei ihrem ersten Wahlantritt in dem Bundesland auf Anhieb 24,3 % der WählerInnenstimmen und wurde damit zweitstärkste Kraft hinter der CDU. Eine Partei, die mit den Ängsten der Menschen vor dem Anderen, dem Fremden, dem sozialen Abstieg spielt und sie aktiv schürt. Diese Entwicklung nach rechts kann Angst machen. Umso wichtiger muss es sein, Wege zu finden, mit diesem und anderen Bedrohungsszenarien konstruktiv umzugehen. Wer auf der Tagung dabei war oder die Tagungsdokumentation liest, hat dafür hoffentlich ein paar Ideen mehr.

Elise Kopper ist Vorstandsmitglied beim BSV.

2. Bedrohungen und Herausforderungen: Kriege, Neoliberalismus, Medien und Fremdenfeindlichkeit

Gert Sommer

Das Thema Bedrohungen ist kaum einzugrenzen. Dazu können zählen: individuelle Bedrohung durch Unfall, lebensbedrohende Krankheit, Verlust des Partners, Verlust des Arbeitsplatzes. Mit dem letzten Beispiel geschieht schon der Übergang zu gesellschaftlichen Bedrohungen wie Arbeitslosigkeit, Überwachung der Bürger durch den Staat, Altersarmut; schließlich weltweite Bedrohungen durch Kriege und Kriegsgefahr, Terrorismus, Vertreibung und Flucht, Hunger oder Klimawandel.

Meine Auswahl muss daher ausgeprägt subjektiv sein. Ich werde mich mit den folgenden Themen befassen: (1) Bedrohung durch Kriegsgefahr, (2) Bedrohung durch Neoliberalismus, (3) Bedrohung durch Medien und (4) Bedrohung durch Fremdenfeindlichkeit. Am Ende jedes der vier Themen werde ich die Bedrohungen als Herausforderungen interpretieren und – stichwortartig – Lösungsversuche und Lösungsansätze skizzieren.

Dabei orientiere ich mich konzeptionell an der psychologischen Forschung zu kritischen Lebensereignissen; sie verweist darauf, wie mit lebensverändernden Ereignissen erfolgreich umgegangen werden kann:

- Belastungen nicht als Bedrohungen, sondern als Herausforderungen konzipieren;
- individuelle Bewältigungsressourcen aktivieren;
- soziale Bewältigungsressourcen aktivieren: emotionale und praktische Unterstützung sowie soziale Integration: Zum Beispiel Mitglied werden in Organisationen, die sich für ein menschenwürdiges Leben einsetzen; Teilnahme an Aktivitäten, z.B. Petitionen, Tagungen, Demonstrationen.
- Über diesen psychologischen Ansatz hinausgehend, müssen bzw. sollten gesellschaftliche und politische Lösungsversuche benannt werden.

2.1 Bedürfnisse

Bevor ich mich dem Thema Bedrohungen zuwende, möchte ich zunächst auf menschliche Bedürfnisse eingehen; denn diese – bzw. deren Befriedigung - sind es wesentlich, die bedroht werden.

Ein bedeutender Vertreter der humanistischen Psychologie, der US-Psychologe Abraham Maslow (1954), hat mit seiner *Bedürfnispyramide* wesentliche menschliche Bedürfnisse thematisiert, die alle Menschen teilen. Er bringt sie in eine Hierarchie, beginnend mit existentiellen Bedürfnissen und endend mit Transzendenz[2]. Dabei ist durchaus von fließenden Übergängen und Wechselwirkungen auszugehen.

[2] https://de.wikipedia.org/wiki/Maslowsche_Bed%C3%BCrfnishierarchie In einer späteren Arbeit erweiterte Maslow diese Pyramide um Transzendenz, also eine das eigene Selbst überschreitende Dimension. - Der chilenische Ökonom Manfred Max-Neef (1990), UN-Mitarbeiter und Träger des Alternativen Nobelpreises

(1) An unterster Stelle stehen physiologische Grund- und Existenzbedürfnisse, wie z. B. ausreichend Nahrung, Wärme, Schlaf, Bewegung etc.

(2) Die zweite Stufe nennt Sicherheitsbedürfnisse, also Schutz, Stabilität, Geborgenheit, körperliche Unversehrtheit, Freiheit von Angst, auch das Verlangen nach Strukturen, Ordnung und Regeln.

(3) Die dritte Stufe thematisiert soziale Bedürfnisse, also Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, Zuneigung, Freundschaft und Liebe.

(4) Auf der vierten Stufe geht es um Anerkennung, Wertschätzung, Achtung, Ansehen.

(5) Die nächste Stufe nennt Selbstverwirklichung, also das Realisieren des eigenen Potenzials, der Einzigartigkeit des Individuums, Streben nach einem erfüllten Leben.

Die UN-Dekade für eine *Kultur des Friedens* beinhaltet u.a. die folgenden zentralen Elemente, die sich ebenfalls auf (Grund-)Bedürfnisse beziehen (Boehnke, Christie, & Anderson, 2004):

- Die Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse wie Sicherheit, positive personale und Gruppenidentität, Kontrollerleben, soziale Gerechtigkeit, eine sichere Umwelt einschließlich Zugang zu Nahrung, Wohnung und Gesundheitsdiensten;
- Außengruppen als unterschiedlich, aber gleichwertig und mit identischen Grundbedürfnissen wahrnehmen.

Einige dieser Überlegungen sind auch in die *psychologische Friedensforschung* eingegangen. Danach ist die Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse bedeutsam für ein friedliches Zusammenleben. Hier werden insbesondere genannt: positive persönliche und soziale Identität, Kontrollerleben, Sicherheit, (soziale) Gerechtigkeit, Wohlbefinden, aber auch eine sichere Umwelt und angemessener Zugang zu Nahrung und Unterkunft (Tropp, 2012).

Die Verletzung grundlegender menschlicher Bedürfnisse ist eine bedeutsame Quelle für menschliches Leiden; sie kann aber auch Quelle für Gewalt und Krieg sein (Staub, 2003). Wichtige Voraussetzungen für die Bereitschaft und die Entscheidung, Gewalt anzuwenden, sind auf individueller und kollektiver Ebene u.a. das Erleben von Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit, das subjektive Empfinden von Benachteiligung, fehlendem Respekt, Ungerechtigkeit und fehlender Zugehörigkeit.

Dies hat bereits während des zweiten Weltkrieges US-Präsident Roosevelt (1941) erkannt.

Er forderte in seiner Ansprache an die Nation 1941 die Verwirklichung der folgenden vier Freiheiten als Grundlage für eine friedliche Welt nach Beendigung des von Deutschland verursachten faschistischen Weltkriegs: (1) Rede- und Meinungsfreiheit, (2) Religionsfreiheit, (3) Freiheit von Not - d.h. wirtschaftliche Sicherheit - sowie (4) Freiheit von Furcht - d.h. Sicherheit vor militärischen Angriffen. Diese Gedanken sind wesentlich in die Charta der Vereinten Nationen (1945) sowie in die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR; Vereinte Nationen, 1948) eingegangen.

Die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* (Vereinte Nationen, 1948) ist ein höchst bedeutsamer Ansatz, der u.a. die Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse zum Ziel hat. Dazu werden in der AEMR u.a. genannt: Würde der Person, Verbot von Folter, Schutz vor willkürlicher Justiz, Schutz der Privatsphäre; Partizipation u.a. durch Empfangen und Verbreiten von Informationen, Wahlen, Versammlungsfreiheit und Bildung von Gewerkschaften; Sicherung von Nahrung, Wohnung und gesundheitlicher Versorgung, schließlich Teilhabe an kulturellen Errungenschaften.

(Right Livelihood Award) entwickelte –z.T. überschneidend, aber auch ergänzend – neun Grundbedürfnisse, die er zentral für eine Entwicklung nach menschlichem Maß ansieht: (1) Subsistenz (materielle Lebensgrundlage), (2) Schutz, (3) Zuwendung, (4) Verständnis, (5) Partizipation, (6) Muße, (7) Kreativität), (8) Identität und (9) Freiheit. (http://www.gluecksarchiv.de/inhalt/grundbedarf.htm)

Daher ist eine Politik, die die Verwirklichung von Menschenrechten anstrebt und zunehmend realisiert, eine friedenssichernde und konfliktpräventive Politik, die zudem die Bedürfnisse der Menschen in ihren Mittelpunkt stellt.

2.2 Bedrohter Frieden, Kriegsgefahr, Krieg

Kriege bedrohen Leben und Gesundheit von Menschen in Kriegsgebieten, ein Atomkrieg bedroht weiterhin das Überleben der Menschheit. Die weltweite Rüstung ist eine ungeheure Verschwendung von materiellen, intellektuellen und finanziellen Ressourcen.[3]

Schon die Wahl des angemessenen Wortes fällt schwer: Sollten wir von Frieden oder Krieg sprechen? Europa scheint im kollektiven Bewusstsein ein Hort des Friedens zu sein. Dazu trägt auch bei, dass mit der Europäischen Union Staaten vereint sind, die stabile Demokratien zu sein scheinen (auf Bedrohungen der Demokratie komme ich später zurück). Und nach dem Konzept des „demokratischen Friedens" führen Demokratien keine Kriege gegeneinander. Das stimmt bisher. Aber man könnte das Konzept alternativ auch „demokratische Kriege" nennen. Denn Demokratien haben sich auch dadurch hervorgetan, dass sie Kriege in großer Anzahl geführt haben.[4]

Aber wie friedlich ging es in Europa nach dem 2. Weltkrieg wirklich zu? Der sog. Kalte Krieg zwischen den USA und der UdSSR hatte insbesondere durch das Arsenal an Atomwaffen das Potenzial zur Vernichtung der ganzen Menschheit. Spätestens mit den Kriegen in Jugoslawien – von Kroatien bis Kosovo – wurden in Europa wieder große Kriege geführt. Und Christine Schweitzer (2015) weist in ihrer beeindruckenden Zusammenstellung „(K)ein Frieden in Europa?" zudem u.a. auf Folgendes hin: auf Bürgerkriege (u.a. Nord-Irland und Baskenland), Diktaturen (Griechenland, Portugal, Spanien), niedergeschlagene Aufstände (DDR, Ungarn), Kriege mit europäischer Beteiligung (von Korea über Afghanistan, Algerien, Irak bis Libyen und Mali) und schließlich auf die Toten und das Elend durch das vorherrschende Wirtschaftsmodell.

Die Beispiele verdeutlichen: Wenn wir von „bedrohtem Frieden" in Europa sprechen und damit die Ukrainekrise meinen, dann werden viele bedeutsame Friedensbedrohungen nicht berücksichtigt, negiert oder ausgeblendet. Durch Ukrainekonflikt und Syrienkrieg sind Krieg und Kriegsfolgen wieder bewusst geworden. Große Probleme – insbesondere Hunger und Kriege – haben Deutschland lange Zeit scheinbar nicht berührt. Sie rücken jetzt – direkt und indirekt – näher.

In diesem Abschnitt „bedrohter Frieden" möchte ich kurz auf den *militärisch-industriellen Komplex* eingehen.

US-Präsident Eisenhower hat bei seiner Abschiedsrede im Januar 1961 vor dem militärisch-industriellen Komplex (MIK) gewarnt, also dem engen Zusammenhang von Politik, Militär und Rüstungsindustrie:

„In den Gremien der Regierung müssen wir der Ausweitung … des unbefugten Einflusses des militärisch-industriellen Komplexes vorbeugen. Das Potenzial für einen verheerenden Anstieg der Macht an falschen Stellen besteht und wird bestehen bleiben. Wir dürfen niemals zulassen, dass diese einflussreiche Allianz unsere Freiheiten und demokratischen Prozesse gefährden."[5]

---

[3] 2015 etwa 1.700 Mrd. US-$; davon etwa 36% USA; etwa 54% von NATO-Staaten; etwa 70% von NATO-Staaten und deren Verbündeten. Im Einzelnen: USA 569 Mrd, China 215, Saudi-Arabien 87, Russland 66; SIPRI, Frankfurter Rundschau, 6.4.2016.

[4] Vgl. die – allerdings lückenhafte – Liste von Kriegen bei Wikipedia:
https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Kriegen

[5] "In the councils of government, we must guard against the acquisition of unwarranted influence, whether sought or unsought, by the military-industrial complex. The potential for the disastrous rise of misplaced power exists and will persist. We must never let the weight of this combination endanger our liberties or democratic processes. We should take nothing for granted. Only an alert and knowledgeable citizenry can compel the proper meshing of the huge industrial and military machinery of defense with our peaceful methods and goals, so that security and liberty may prosper together."
https://de.wikipedia.org/wiki/Milit%C3%A4risch-industrieller_Komplex

Dem entsprechend betonte der Politikwissenschaftler Massarrat in einem Interview (Oktober 2015): „Der militärisch-industrielle Komplex ist die größte Bedrohung für den Weltfrieden unserer Zeit."[6] Denn diese Struktur benötige zu ihrer Rechtfertigung Krisen und Kriege und entfalte dadurch eine große Gefahr.[7] Von (marxistischen) Kapitalismus-KritikerInnen wird diese Aussage noch breiter gefasst: Der Kapitalismus benötige für seine Existenz ständige Expansion, Sicherung neuer Märkte und Absatzgebiete; wenn dies mit Mitteln des Kapitals nicht zureichend erreicht wird, dann können militärische Mittel und Kriege dazu kommen.

Ich möchte diese Problematik am Syrienkrieg *beispielhaft* vertiefen. Dazu muss ich etwas ausholen.

Die 1997 in den USA gegründete Organisation *Project for the New American Century* (PNAC), der mit Cheney, Rumsfeld und Wolfowitz zentrale Personen der späteren Regierung von Bush jun. angehören, fasst in ihrem Positionspapier *Rebuilding America's Defenses* (2000) prägnant zusammen:

„Amerika sollte versuchen, seine globale Führungsposition durch die Übermacht seines Militärs zu bewahren und auszuweiten."[8] … „Die Vereinigten Staaten haben seit Jahrzehnten versucht, eine dauerhaftere Rolle in der Sicherheitsarchitektur am Golf zu spielen ... die Präsenz einer substantiellen amerikanischen Streitmacht am Golf ... ist ganz unabhängig von der Frage des Saddam-Hussein-Regimes nötig."

Ebenso betont die National Security Strategy vom Februar 2015[9] - nachdem in *einem* Satz als Bedrohungen u.a. genannt werden: Klimaveränderung, Infektionskrankheiten und „Russlands Aggression":[10] Eine "unhinterfragbare Wahrheit" sei, dass die USA die „starke und dauerhafte Führungskraft" sein müssen, u.a., um „globale Sicherheit" und die „Menschenrechte weltweit" zu sichern.

Die Verbrechen des 11.9.2001 und der von Präsident Bush schnell ausgerufene und von der westlichen Welt weitgehend unkritisch unterstützte *War on Terror* schienen eine gute Gelegenheit, die Pläne des PNAC zu realisieren.

Wie wir aus Reden und Interviews von General Clark - US-Oberbefehlshaber im Jugoslawien-Krieg – wissen, gab es ein Memorandum des US-Verteidigungsministeriums kurz nach dem

---

[6] http://www.nachdenkseiten.de/?p=28017

[7] S.a. D. Ganser: "Medienkompetenz - Wie funktioniert Kriegspropaganda?" (Berlin, 23.10.2015) https://www.youtube.com/watch?v=NxdzxGUDFd0

[8] US-Verteidigungsminister Ashton Carter in seiner Begründung des Haushaltsentwurfs 2017 für den US-Senat: „Vor einigen Jahren hat das Verteidigungsministerium begonnen, eine bedeutende strategische Umorientierung vorzunehmen, um unseren Vorsprung in der Kriegsführung auf der ganzen Bandbreite zu erhalten."
http://www.ndr.de/info/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript576.pdf (23.4.)

[9] https://www.whitehouse.gov/sites/default/files/docs/2015_national_security_strategy.pdf "Escalating challenges to cybersecurity, aggression by Russia, the accelerating impacts of climate change, and the outbreak of infectious diseases all give rise to anxieties about global security." … "Any successful strategy to ensure the safety of the American people and advance our national security interests must begin with an undeniable truth—America must lead. Strong and sustained American leadership is essential to a rules-based international order that promotes global security and prosperity as well as the dignity and human rights of all peoples.". US-Präsident 2015 war Friedensnobelpreisträger Obama. Ähnlich schlicht sieht es der Report der Münchner Sicherheitskonferenz 2016: Es gebe "grenzenlose Krisen, rücksichtslose Störer, hilflose Wächter" (Junge Welt, 13.2.2016). Störer sind insbesondere der sog. Islamische Staat, aber auch Iran oder Russland.

[10] Zur dargestellten Gefahr Russlands monierte der Vorsitzende des Unterausschusses für *Auswärtige politische Angelegenheiten mit Schwerpunkt Europa, Eurasien und neue Bedrohungen* im US-Kongress, der Republikaner Dana Rohrabacher: In der Öffentlichkeit würden „nicht die Islamisten, sondern die Russen als die größten Bösewichte präsentiert". (junge Welt, 5.12.2015).

11.9.2001, dem zufolge die USA planten, in den folgenden Jahren Kriege gegen sieben Länder zu führen - gegen Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und schließlich Iran -, um den Mittleren Osten „umzukrempeln" und US-freundliche Regierungen zu installieren.[11]

Soweit einige relevante Hinweise zur Vorgeschichte des Syrienkrieges. In Syrien herrscht Krieg, nachdem ab 2011 innere Unruhen zum Bürgerkrieg und inzwischen zum Stellvertreterkrieg eskalierten – insbesondere Saudi-Arabien und Türkei gegen Iran, Russland gegen USA (vgl. ausführlich Leukefeld, 2015, sowie Lüders, 2015). Bis zum Frühjahr 2011 galt al-Assad in Syrien und international als Hoffnungsträger, danach galt er im Westen als „Schlächter von Damaskus", „Massenmörder" und Ähnliches.[12]

Aber schon seit 2006 gab es Pläne der USA, wie sie Syrien destabilisieren könnten, nämlich u.a. durch Anfachen der Gegensätze zwischen Schiiten und Sunniten.[13] Zudem operierten schon vor Ausbruch des Bürgerkrieges französische Spezialkräfte in Syrien[14] und die französische Regierung setzte ihre DiplomatInnen und Geheimdienste mit dem Ziel unter Druck, „den syrischen Präsidenten zu stürzen. „Al-Assad muss stürzen und er wird stürzen", so Leukefeld (2015, S. 14). Zudem berichtete der ehemalige Geheimdienstchef des Pentagon, Michael Flynn, dass US-PolitikerInnen bereits seit 2012 sehr genau wussten, dass die Hauptkräfte hinter dem Aufstand in Syrien Extremisten waren - dennoch unterstützten sie diese gezielt, um Assad zu stürzen.

Innersyrische Lösungsversuche, z.B. die Semiramis-Konferenz im Juni 2011, wurden torpediert. Eine Vereinbarung der Vetomächte des UN-Sicherheitsrates im Juni 2012 in Genf wurde schon bald Makulatur, weil US-Außenministerin Clinton den Rückzug von al-Assad *im Nachhinein* zur Voraussetzung machte – dieser Forderung schlossen sich bald die Verbündeten der USA an (Leukefeld, 2015). Im November 2015 hat UN-Generalsekretär Ban Ki-moon diesen Standpunkt scharf verurteilt, da durch ihn Verhandlungen gelähmt würden.

Al-Assad wurde dämonisiert, die sehr heterogene syrische Opposition - von gewaltfreien über bewaffnete bis hin zu terroristischen Gruppen - wurde zum Hoffnungsträger stilisiert. Dabei spielen wiederum westliche Staaten und ihre Verbündeten (insbesondere die Türkei und Saudi-Arabien) eine wesentliche Rolle, indem sie einseitig Partei zugunsten der Opposition bzw. der bewaffneten Rebellen ergriffen, deren Positionen propagandistisch, finanziell, strategisch und militärisch unterstützten. Die psychologischen Strategien zum Aufbau eines Feindbildes wurden hier beispielhaft demonstriert.

Im Juli 2015 legte der nunmehr dritte UN-Sondervermittler für Syrien, De Mistura, einen Bericht vor, der inhaltlich wesentlich mit den Genfer Vereinbarung (2012) übereinstimmt: Waffenstillstand, Verhandlungen, Bildung einer Übergangsregierung. Dies ist auch aus der Perspektive von Konflikt- und FriedensforscherInnen ein angemessenes Vorgehen.

Und die deutsche Politik? Nach den Terroranschlägen in Paris (13.11.2015) und nachdem der französische Präsident erklärte, „Wir sind im Krieg", bekundete die Bundesregierung Beistand und Solidarität, und „übersetzte" dies mit militärischer Unterstützung in Syrien und Mali. Dabei handelt es sich um einen vom Grundgesetz verbotenen Angriffskrieg auf syrisches Staatsgebiet;

---

[11] https://www.youtube.com/watch?v=wFixu8HDxOQ

[12] Verteidigungsministerin von der Leyen formulierte etwas zurückhaltender: „Verantwortliche, an deren Händen Blut klebt, werden wir nicht in einer gemeinsamen Zusammenarbeit haben." (Deutschlandfunk, 1.12.2015 http://www.deutschlandfunk.de/ursula-von-der-leyen-der-bundeswehr-einsatz-gegen-den-is.694.de.html?dram:article_id=338424). Dabei stellt sich allerdings die Frage, wie dann mit den Verantwortlichen u.a. Saudi-Arabiens, der Türkei und der USA kooperiert werden kann.

[13] Interview mit dem Nahostexperten Michael Lüders im Deutschlandfunk am 12.2.2016 http://www.deutschlandfunk.de/syrien-interview-zu-syrien-mit-nahost-experte-michael.694.de.html?dram:article_id=345477 ; J.Wagner (2013), Die Rückkehr der Schattenkrieger http://www.imi-online.de/2013/04/17/die-ruckkehr-der-schattenkrieger/

[14] Vgl. W. Wimmer, CDU, ehem. OSZE-Vizepräsident: http://www.seniora.org/de/politik-wirtschaft/deutschland/795-haende-weg-von-syrien; 29.11.2015

denn die syrische Regierung hat – anders als bei Russland – nicht um Beistand gebeten, und es liegt keine entsprechende UN-Resolution vor.[15]

Nach 15 Jahren *War on Terror* ist die Anzahl der Extremisten nach Einschätzungen des CDU-Politikers Todenhöfer von „einigen hundert" auf etwa 100.000 angestiegen. Der Islamische Staat und ähnliche Gruppierungen wirken in weiten Teilen Syriens, im Irak, in Libyen und weiteren afrikanischen Staaten sowie weiterhin in Afghanistan (Frankfurter Rundschau, 11.12.2015). Dem entsprechend kamen im Jahre 2000 weltweit etwa 3.000 Menschen bei Terroranschlägen ums Leben, 2014 etwa 30.000 (Junge Welt, 5.12.2015).

Worum geht es im Syrien-Krieg? Nach dominanter westlicher Diktion - wie immer - um Demokratie und Menschenrechte, konkret um die Befreiung der Bevölkerung von einem Diktator. Bei etwas genauerer Analyse dürfte es insbesondere darum gehen, die eigene Einflusssphäre zu sichern und mit Syrien einen wichtigen Verbündeten des Iran zu schwächen, damit gleichzeitig den eigenen Verbündeten, Saudi-Arabien, zu stärken. Ich zitiere dazu H.-C. Kraus, der die geostrategische Bedeutung des Konfliktes im Juli 2012 in der FAZ erläutert:[16]

„Man kann nur staunen über das Ausmaß an fast schon sträflicher Naivität oder auch nur schlichter Ignoranz, das viele Beurteiler der Syrien-Krise an den Tag legen, vor allem, wenn es darum geht, die Hintergründe für das zähe Tauziehen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zwischen Amerika und den westlichen Mächten einerseits, Russland und China andererseits aufzuhellen. … Den Amerikanern und der westlichen Seite geht es nicht oder nicht vorrangig darum, der bedauernswerten syrischen Bevölkerung zu helfen, sondern um Einflussnahme auf die Neugestaltung des Landes nach einem voraussichtlichen Sturz des derzeitigen Regimes, obwohl man mit diesem bisher stets gut zusammenarbeiten konnte."

Syrischer Bürgerkrieg und Syrienkrieg sind Beispiele dafür, wie eine innerstaatliche Krise, die bei entsprechendem Engagement hätte einigermaßen friedlich bearbeitet werden können, durch rücksichtsloses Agieren relevanter externer Kräfte zu einem Krieg mit mehr als 250.000 Toten eskalieren kann. Am Syrienkrieg lassen sich zudem Propaganda und psychologische Kriegsführung beispielhaft demonstrieren.

Ich muss zum Schluss an die Bedrohung durch *Atomwaffen* erinnern, die derzeit im öffentlichen Bewusstsein kaum mehr eine Rolle spielen (Nordkorea ist eine aktuelle Ausnahme). Dagegen wies das »Bulletin of the Atomic Scientists« Anfang 2015 erneut auf die Gefahr eines Atomkrieges hin:

„… die globale Modernisierung der Atomwaffen und übergroße Atomwaffenarsenale stellen eine außergewöhnliche und unbestreitbare Gefahr für die fortgesetzte Existenz der Menschheit dar, und die führenden Politiker haben dabei versagt, mit der Schnelligkeit und dem Umfang zu agieren, die nötig wären, um die Bürger vor der möglichen Katastrophe zu schützen. Dieses Versagen der politischen Führung gefährdet jeden Menschen auf dieser Erde." (zit. n. Haydt, 2015, S. 8).

---

[15] Der Völkerrechtler Norman Paech kam bei seiner Analyse der rechtlichen Grundlagen der deutschen Beteiligung am Syrienkrieg zu folgender Zusammenfassung: „Die von der Bundesregierung in Anspruch genommene rechtliche Begründung für die Entsendung deutscher Streitkräfte nach Syrien ist unhaltbar. Es besteht kein Recht auf kollektive Selbstverteidigung, weder gemäß Artikel 51 der UN-Charta noch auf Grund der Resolutionen 2170 (2014), 2199 (2015) und 2249 (2015). Ein kollektives Selbstverteidigungsrecht zugunsten Syriens besteht nicht, weil die syrische Regierung nicht zugestimmt hat…" Und: „Die Entsendung der Bundeswehr wäre ein schwerer Verstoß gegen geltendes Völker- und Verfassungsrecht." (Kein kollektives Verteidigungsrecht. Junge Welt, 10.12.2015). - Ob die entsprechende Strafanzeige von Dr. Yavuz Özoguz gegen Bundeskanzlerin Merkel erfolgreich sein wird, muss aufgrund der bisherigen Erfahrungen bezweifelt werden. (Delmenhorster Stimme für Frieden, Strafanzeige gegen die Bundesregierung wegen Syrien: http://www.delfrieden.de/)

[16] http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/syrien-und-ihr-denkt-es-geht-um-einen-diktator-11830492.html

Deutschland ist daran direkt beteiligt: durch die „nukleare Teilhabe" der NATO und durch die Stationierung von Atomwaffen auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel.

Kriegsgefahr als Herausforderung - Versuch eines positiven Ausblicks

Die deutsche Bevölkerung scheint gegenüber Bundeswehreinsätzen und „militärischen Lösungen" von Konflikten (weiterhin) skeptisch. Der deutsche Außenminister Steinmeier scheint Verhandlungslösungen von Konflikten Priorität zu geben – darauf deuten Iran, Ukraine, Syrien und Israel hin.[17] Es gibt die im Bundestag vertretene Partei „Die Linke", die sich – bislang - grundsätzlich gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr ausspricht. Es gibt viele Organisationen und Publikationsorgane, die sich intensiv mit gewaltfreien Konfliktaustragungen befassen. Inhaltlich gehören dazu immer wieder u.a. die folgenden Prinzipien: Maßnahmen zur Spannungsreduktion und Vertrauensbildung, Verhandlungen, Mediation, Friedensjournalismus, gewaltfreier Widerstand, Engagement der Bevölkerung; Interessen und Beweggründe aller Konfliktparteien offen legen; Propaganda, Unwahrheiten ebenso wie Gräueltaten und Leid aller Seiten thematisieren; nicht den Gegner, sondern den Krieg als Problem darstellen; versöhnungsbereite politische Eliten und Bevölkerungssegmente stärken.

Bisweilen äußern sich auch die deutschen Kirchen deutlich gegen militärische Gewalt. Und mit den Vereinten Nationen ist weiterhin eine Organisation vorhanden mit dem Ziel, „den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard [aller Völker] in größerer Freiheit zu fördern" (Präambel), und deren Mitglieder sich verpflichten, Konflikte „durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts" beizulegen (Art. 1). Nach dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs in den Haag (8.7.1996) sind Androhung und Einsatz von Atomwaffen nach dem Völkerrecht verboten.[18]

2.3 Bedrohte Demokratie

Wir scheinen in Deutschland in einem Land zu leben, das Demokratie weitgehend erfolgreich verwirklicht hat: Im deutschen Grundgesetz sind Meinungs- und Informationsfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie allgemeines und gleiches Wahlrecht abgesichert; zugleich werden damit die politischen Rechte der Menschenrechtserklärung (AEMR, Artikel 19 – 21) genannt. Zudem geschehen Machtwechsel der Regierungen ohne Blutvergießen. Im Vergleich zu vielen anderen Ländern erscheinen Deutschland und die EU somit recht weit.[19] Ich möchte – um dieses positive Bild zu relativieren - im Folgenden auf zwei Bedrohungen der Demokratie eingehen, zum einen auf Neoliberalismus, zum anderen auf Medien, die ihrem Auftrag als „vierte Macht" bei bestimmten Themen nicht gerecht werden. Wenn aber die Demokratie bedroht ist, dann bedeutet dies eine zentrale Bedrohung für die BürgerInnen und die Bereiche der Gesellschaft, die sich an Aufklärung und Menschenrechten orientieren.

Bedrohte Demokratie: Neoliberalismus

Die Mächtigen und Eliten der westlichen demokratischen Staaten vermitteln das Selbstbild, die real existierenden repräsentativen Demokratien seien die ideale Staatsform - und zumindest Teile der Bevölkerung teilen dies. Nach dem Zerfall der real-sozialistischen Staaten hatte gar das un-

[17] Im Auswärtigen Amt gibt es seit 2015 eine Abteilung „S", die sich u.a. mit ziviler Konfliktbearbeitung befassen soll.

[18] http://www.atomwaffena-z.info/glossar/r/r-texte/artikel/1a6a5d5723/rechtsgutachten-des-internationalen-gerichtshofs.html

[19] Die Annahme, dass „repräsentative Demokratien" tendenziell oder grundsätzlich die Interessen der Bevölkerung vertreten, ist zumindest kühn. Karl Jaspers schrieb 1966 in *Wohin treibt die Bundesrepublik?*: „Das Volk ist dem Namen nach der Souverän. Aber es hat keinerlei Auswirkungen auf die Entscheidungen, außer durch die Wahlen, in denen nichts entschieden, sondern nur die Existenz der Parteienoligarchie anerkannt wird." (zit. n. Junge Welt, 27.4.2016)

sinnige Konzept vom „Ende der Geschichte" Konjunktur. Dagegen vertritt die indische Schriftstellerin Arundhati Roy die Ansicht, dass die Demokratie - eine zentrale politische Hoffnung der Moderne - sich in einer tiefen Krise befindet.[20] Die Neoliberalen hätten gelernt, die zentralen Institutionen der Demokratie – „die ‚unabhängige' Justiz, die ‚freie' Presse, das Parlament - auszuhöhlen". Demokratie sei zu einem „Euphemismus für neo-liberalen Kapitalismus" geworden. Und hat Roy nicht zumindest teilweise Recht?

Welchen Wert hat Demokratie denn für die Bevölkerung, wenn sie *nicht* soziale Gerechtigkeit, nachhaltiges Wirtschaften und gewaltfreie Konfliktaustragungen ernsthaft anstrebt und modellhaft zu verwirklichen versucht? In den real existierenden Demokratien steht der maximale, kurzfristige Profit von Wenigen immer mehr im Mittelpunkt anstelle des Bemühens um das Wohl der Mehrheit.[21]

Es findet eine zunehmende Konzentration ökonomischer Macht statt - mit erheblichen Auswirkungen auf die Politik und nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche. Wenn die Wirtschaft wesentlich entscheidet, was Politiker und Regierungen machen, dann ist Demokratie bedroht und geschädigt. Ich möchte dies an einigen Beispielen illustrieren.[22]

Mit der Globalisierung in Form des Neoliberalismus geht eine Konzentration ökonomischer Macht einher. Die Interessen der multinationalen Unternehmen spielen eine zunehmend größere Rolle im Vergleich zu den Interessen der übrigen Gesellschaft.

Die *Investitionsentscheidungen* transnationaler Konzerne machen Politik erpressbar. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit bzw. *Standortvorteil* werden zu bedeutenden Politikzielen, bei denen sich die konkurrierenden Staaten zu überbieten versuchen. Damit *unter*bieten sie sich gleichzeitig bei sozialen Standards, Umweltauflagen und Steuerbelastungen für die Unternehmen.

Demokratie wird zu *marktkonformer* Demokratie deformiert.[23]

Shareholder Value ist zu einem zentralen Wirtschaftskonzept, wenn nicht Glaubensbekenntnis, geworden. Der zunächst positive Begriff „*Reformen*" wurde in seiner Bedeutung zu einem neoliberalen Kahlschlag-Begriff pervertiert, der insbesondere Sozialabbau bedeutet.

Die Urteile von *Rating-Agenturen* und die antizipierte Reaktion der (Finanz-)*Märkte* werden zu bestimmenden Kriterien für Politik.[24]

Mächtige *Anwaltskanzleien* finden nicht nur immer neue Schlupflöcher zur Vermeidung von Steuern[25] für die von ihnen beratenen Unternehmen; sie nehmen auch direkten Einfluss auf die Formulierung von Gesetzesvorlagen und somit auf parlamentarische Entscheidungen.

Zudem nehmen *LobbyistInnen* erheblichen Einfluss auf Politik und Gesetzgebung. Beim Deutschen Bundestag gibt es geschätzte 5.000 LobbyistInnen, bei der EU etwa 30.000.[26]

---

[20] Rede vom 13.5.2003 in The Riverside Church, New York
http://www.democracynow.org/2003/5/15/arundhati_roy_8220_instant_mix_imperial

[21] Die Bemühungen des UN Menschenrechtsrats um ein verbindliches Abkommen über menschenrechtliche Verpflichtungen von Unternehmen wird insbesondere von der EU bekämpft: „Angesichts der brutalen Realität von Ausbeutung und Unterdrückung weltweit ein wahres Armutszeugnis." (Fian-Geschäftsführerin U. Hausmann. Frankfurter Rundschau, 28.7.2015)

[22] Dabei entnehme ich viele Anregungen vom Politikwissenschaftler Frank Deppe (2016)

[23] Merkel, 1.9.2011; https://www.youtube.com/watch?v=y4CIiBL-EKg

[24] Man achte einmal darauf, wie häufig Finanzminister Schäuble auf „die Märkte" verweist.

[25] Steuervermeidung und Steuerbetrug führen jährlich zu Einnahmeverlusten der Staaten in dreistelliger Milliarden-Höhe. Die mediale und politische Aufregung um die *Panama-Papiere* vernachlässigt, (1) dass die Problematik seit langem bekannt ist, aber politisch nicht stringent bearbeitet wird und (2) dass Panama auf der Liste der „Steuerparadiese" 2015 *hinter* u.a. Schweiz (Platz 1), USA (3), Luxemburg (6) oder Deutschland (8) geführt wird. http://www.taxjustice.net/wp-content/uploads/2013/04/FSI-2015-Presser.pdf

Ergänzt wird ihr Einfluss durch einen intensiven *Personalaustausch* zwischen Politik und Wirtschaft.[27]

Zur Verschmelzung von Politik und Lobbyismus in den USA hat SWR-Chefreporter Thomas Leif u.a. folgende Buchkritik verfasst:[28]

Mark Leibovich hat mit „Politikzirkus Washington" (sargas.edition 2014) das politische Buch des Jahres vorgelegt." „Der US-Journalist hat ein Lehrbuch zum langsamen Verschwinden der Politik vorgelegt. Nicht mehr die gewählten Repräsentanten geben den Ton an, sondern eine ruchlos agierende Lobbyindustrie im Verbund mit einem rücksichtslos-selbstbezogenen Medienkartell." „Merkwürdig nur, dass Leibovichs krasse Analyse sich nur sehr selten in der etablierten US-Berichterstattung in deutschen Medien wiederfindet. Leibovich liefert mehr Substanz zum realen Amerika als viele Lehrbücher zusammen."

Das Konzept des *Marktes* setzt sich immer mehr durch, auch in Bereichen, die früher selbstverständlich zu den öffentlichen Aufgaben zählten, z.B. Gesundheitswesen, Renten, Bildungswesen, Kultur, Wissenschaft und Verkehr.

Politik wird zudem *juristisch* eingezwängt. In internationalen Verträgen – z.B. den derzeit verhandelten *CETA* mit Kanada oder *TTIP* mit den USA – können Kommunen und Staaten verklagt werden, wenn deren Aktivitäten die Gewinne der Unternehmen verringern könnten. Streitfälle werden der nationalen Rechtsprechung entzogen und internationalen Schiedsgerichten übertragen, gegen deren Entscheidungen kein Einspruch möglich ist.[29]

An dem Vertragsentwurf zu TTIP lassen sich die Bedrohungen für die Demokratie beispielhaft aufzeigen: Demokratisch beschlossene Entscheidungen im Sinne der BürgerInnen können zu hohen Regressansprüchen durch Investoren führen; eine Re-Kommunalisierung - z.B. von Energie- und Wasserversorgung - wäre nicht mehr möglich, da einmal vollzogene (und auch künftige) Privatisierungen nicht wieder rückgängig gemacht werden dürfen (*Standstill*-Klauseln). Regulatorische Kooperationsforen nehmen Einfluss auf Gesetzesvorhaben, bevor die Parlamente sich damit befassen. Die TTIP-Verhandlungen sind geheim, so dass nicht einmal gewählte VolksvertreterInnen sich angemessen informieren können - geschweige denn die Bevölkerung. Es wird auf EU-Ebene bereits eine *vorläufige Anwendung* von CETA und TTIP diskutiert – dadurch würden – demokratisch und verfassungsrechtlich höchst problematisch – die nationalen Parlamente entmachtet (zur TTIP-Kritik u.a. Pinzler, 2015).

Ich möchte im Folgenden auf einige *Auswirkungen* des herrschenden Wirtschaftssystems eingehen.

Die Schere zwischen arm und reich innerhalb von Gesellschaften nimmt zu. Die Ungleichheit zwischen Gesellschaften und in der Welt nimmt zu. Laut der Hilfsorganisation Oxfam besitzen die 62 reichsten Menschen der Erde genauso viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung - das sind rund 3,5 Milliarden Menschen (Junge Welt, 15.1.2016; für 2014 gab es ähnliche Zahlen[30]).

---

[26] Zum Einfluss der Lobbyisten hat Thomas Leif (Chefreporter Fernsehen beim SWR) einen beeindruckenden Film erstellt: SWR, 3.12. „Lobbyisten – Die stille Macht im Land" (jW, 1.12.15). http://www.swrfernsehen.de/leif-trifft-sendung-am-3-lobbyisten-die-stille-macht-im-land/-/id=2798/nid=2798/did=14574074/2vjith/index.

[27] Z.B. „Brüsseler Drehtür", Le Monde diplomatique, September 2015

[28] http://www.swrfernsehen.de/buchkritik-von-thomas-leif-politzirkus-washington-wer-regiert-eigentlich-die-welt/-/id=2798/nid=2798/did=145749

[29] Dies wurde bei CETA inzwischen leicht modifiziert. - Für afrikanische Staaten sind die mit der EU ausgehandelten EPAs (Economic Partnership Agreement) problematisch, die z.T. rücksichtslos und mit Erpressung durchgesetzt werden (Frankfurter Rundschau 8.1.2016)

[30] http://www.spiegel.de/wirtschaft/ungleichheit-superreiche-besitzen-mehr-als-die-anderen-99-prozent-a-1013655.html (19.1.15). Bezogen auf Deutschland: Den wohlhabendsten 10% gehören 60% des Netto-

Die Jugendarbeitslosigkeit in der EU betrug im November 2015 im Schnitt 20% (in Griechenland 50%, Spanien 48%, Italien 38%).[31] Eine Politik, die dies toleriert – und dies zudem über einen längeren Zeitraum – ist verantwortungslos.

Selbst im reichen Deutschland lebten 2014 2,47 Millionen Mädchen und Jungen unterhalb der Armutsschwelle (19%) (Junge Welt, 12.1. 2015).

Ein Viertel der EU-Bevölkerung (etwa 125 Millionen Menschen) war 2012 von Armut bedroht.[32].

Über 800 Millionen Menschen hungern[33], über zwei Milliarden Menschen leiden an Mangelernährung (Frankfurter Rundschau 16.10.2015). Täglich sterben mehr als 50.000 Menschen an Hunger oder hungerbedingten Krankheiten. Und alle 10 Sekunden stirbt ein Kind an den Folgen von Unter- und Mangelernährung - das sind über 8.000 Kinder täglich und über drei Millionen in einem Jahr (Unicef 2013).[34] Der frühere UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, bezeichnet dies als „… ein immer wieder von neuem begangenes Verbrechen gegen die Menschheit" (Ziegler, 2005, S. 100).

Die im letzten Jahrhundert mühsam erkämpften sozialen Absicherungen des modernen Wohlfahrtsstaates werden abgebaut oder vom Neoliberalismus zumindest fortwährend kritisiert und problematisiert.

Mit zunehmender Konkurrenz der Unternehmen wird der Druck auf die Beschäftigten erhöht: Maßstäbe der kapitalistischen Nützlichkeit sind Verwertbarkeit und Effizienz. Arbeitsabläufe werden beschleunigt, gewünscht ist eine umfassende Erreichbarkeit. Selbstdisziplin geht schleichend über in Selbstausbeutung.[35]

Die EU-Kommission ist von neoliberalem Denken durchseucht.[36]

Die demokratischen Institutionen bleiben formal bestehen, aber die für die Demokratie zentralen Konzepte der Volkssouveränität und der Bedeutung des Parlaments werden unterminiert, die Machtverhältnisse werden zunehmend zugunsten der Wirtschaft verschoben (Crouch, 2008, prägte dafür den Begriff *Postdemokratie*). Damit wird gleichzeitig gegen Art. 1 der Zwillingspakte verstoßen:

---

vermögens (Immobilien, Finanzanlagen, Versicherungen, Betriebsvermögen abzüglich Schulden), dem obersten 1% etwa 30% (Frankfurter Rundschau, 29.2.2016).

[31] http://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/

[32] FR, 6.12.2013 laut Statistikamt EUROSTAT.

[33] Dies ist eine erhebliche Unterschätzung; denn die von der FAO offiziell seit 2012 verwendete Definition von Unterernährung (1.800 Kcal pro Tag) geht von einem bewegungsarmen Lebensstil aus, in dem körperliche Arbeit nicht vorgesehen ist.

[34] Welthungerhilfe.de/hunger.html (1.3.2016).

[35] Eine Arbeitsgruppe der American Political Science Association über „Ungleichheit und amerikanische Demokratie" kritisierte schon im Jahre 2004, dass die „Ideale des Landes über gleiche Bürgerrechte und eine partizipative Regierung" in einer „Ära von andauernder und ansteigender sozialer Ungleichheit" bedroht werden: „die Disparitäten von Einkommen, Vermögen und des Zugangs zu Chancen wachsen in den Vereinigten Staaten deutlicher als in vielen anderen Nationen; dazu bestehen die Abstände zwischen Rassen und ethnischen Gruppen fort... " (Task Force 2004: 1; zit. n. Deppe, 2016)
In der mächtigsten Demokratie, den USA, können nur Multimillionäre Präsidenten werden, die Wahlbeteiligung der Bürger liegt bei etwa 50%. Und im reichsten Land der Welt leiden etwa 30 Millionen Bürger an Hunger und bis zu Präsident Obamas Gesundheitsreform (2010, Patient Protection and Affordable Care Act, sowie Health Care and Education Reconciliation Act) hatten 40 Millionen Menschen keine Krankenversicherung.

[36] Neoliberale Globalisierung wird als quasi-natürlich dargestellt, so z.B. EU-Handelskommessarin Malmström anlässlich des Besuchs von US-Präsident Obama: „Die Globalisierung ist eine Kraft, die ganz unabhängig davon wirkt, ob wir das mögen oder nicht" (Frankfurter Rundschau, 6.4.2016).

„Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung."

Demokratisch nicht legitimierte Institutionen wie die Troika[37] bestimmen wesentlich die Politik einzelner Länder, auch wenn die Bevölkerung sich in Wahlen deutlich dagegen ausspricht – das Beispiel Griechenland 2015 verdeutlicht dies exemplarisch.

In bedeutenden demokratischen Staaten (z.B. USA, Deutschland) unterscheiden sich die *großen Parteien* nur marginal in ihren Einstellungen zum neoliberalen Wirtschaftssystem.

Der Sozialwissenschaftler Demirovic (2013) schreibt dazu: „Die bestimmende Politik wird in transnationalen Governance-Netzwerken zwischen einigen wenigen nationalen Finanzministerien und Nationalbanken sowie EZB, IWF, EU-Kommission, Repräsentanten der Finanzmarktindustrie und Ratingagenturen ausgehandelt und festgelegt."

Der Politikwissenschaftler F. Deppe konstatiert eine „Tendenz zum *autoritären Kapitalismus*"; sie werde u.a. „durch den seit Jahren betriebenen Ausbau des Sicherheitsstaates, d.h. durch den Ausbau der Kompetenzen von Exekutivorganen des Staates (Geheimdienste, BKA, Bundeswehr) vorangetrieben, denen erweiterte Zugriffe auf die Privatsphäre und die Freiheitsrechte der Bürger zugestanden werden" (Deppe, 2010).

Diese neoliberale Politik mit ihren negativen Auswirkungen für viele BürgerInnen führt zu Misstrauen gegenüber PolitikerInnen, Parteien und politischen Institutionen. Dies betrifft u.a. Personen mit niedrigem Einkommen, also prekär Beschäftigte und BezieherInnen von Niedriglohn oder Arbeitslosenunterstützung. Indikatoren sind zum einen geringere Wahlbeteiligung, zum anderen Hinwendung zu rechtspopulistischen (z.B. AfD), auch zu rechtsextremen Gruppierungen und Parteien.

Neoliberalismus als Herausforderung - Versuch eines positiven Ausblicks

Viele Menschen erleben ein großes Unbehagen angesichts des dominierenden Wirtschaftssystems und dessen Umgang mit Problemen wie Armut und Hunger, Klimawandel, aber auch EURO- oder Griechenland-Krise. Es gibt eine globalisierungskritische internationale Bewegung (seit Seattle 1998); es gibt (gab?) linke Regierungen in Lateinamerika, große linke Parteien in Griechenland (Syriza), Portugal und Spanien (Podemos). Die globalisierungskritische NGO attac hat - zusammen mit einem breiten Bündnis von Gewerkschaften, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherverbände - im Oktober 2015 in Berlin etwa 250.000 Menschen mobilisieren können, u.a. gegen TTIP, CETA und TISA (im April 2016 haben – nach Angaben der VeranstalterInnen – nochmals 90.000 Menschen in Hannover gegen TTIP demonstriert). Der deutsche Richterbund und viele Kommunen haben sich gegen TTIP ausgesprochen. Organisationen wie FIAN oder Brot für die Welt kämpfen für das Menschenrecht auf Nahrung. Die UN-2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung gibt bedeutsame Ziele für eine am Menschen orientierte Entwicklung vor.[38] Über 50 europäische Organisationen haben ein *alternatives Handelsmandat*[39] mit 10 Prinzipien für eine demokratisch kontrollierte, nachhaltige und am Menschen orientierte Wirtschaftspolitik entwickelt. Das Projekt Degrowth fordert ein Wirtschaftssystem, das sich an den (wirklichen) Bedürf-

[37] Bestehend aus Internationalem Währungsfond, Europäischer Zentralbank und EU-Kommission.

[38] https://www.bmz.de/de/ministerium/ziele/ziele/2030_agenda/17_ziele/index.html . Deutsche zivilgesellschaftliche Organisationen formulieren ihre Forderungen http://konfliktbearbeitung.net/sites/default/files/die_umsetzung_der_globalen_2030-agenda_fuer_nachhaltige_entwicklung_positionspapier_feb_2016.pdf

[39] http://www.ini-ecumenica.org/fileadmin/mediapool/einrichtungen/E_oekumen_initiative_mittelamerika/2014/Alternatives_Handelsmandat.pdf

nissen des Menschen orientiert. Der Konvivialismus[40] entwickelt eine neue Form des sozialen und ökonomischen Zusammenlebens und verweist auf viele bereits vorhandene Ansätze. Eine große Zahl lokaler und regionaler Initiativen weltweit engagiert sich für eine soziale, faire und nachhaltige Produktion.

2.4 Bedrohte Demokratie: Medien, die ihrer Rolle als „vierte Macht" nicht gerecht werden

Wir haben in Deutschland eine beeindruckende Medienvielfalt. Bei kritischen, insbesondere außenpolitischen und friedensrelevanten Themen aber ist immer wieder beeindruckend, in welchem Ausmaß die veröffentlichten Inhalte sich ähneln. Ich bringe nur wenige Beispiele. Ich beginne mit einer eigenen älteren Untersuchung zur Friedensnobelpreis-Verleihung an die IPPNW (Sommer & Theobald, 1985).

Friedensnobelpreis an die IPPNW

Die *Internationalen Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges IPPNW* - mit Mitgliedern in über 50 Ländern – erhielten nach dem UNESCO-Friedenspreis 1984 auch den Friedensnobelpreis 1985. Die zentralen Ziele der IPPNW waren: Abrüstung in Ost und West, Abbau von Feindbildern und Aufklärung über die medizinischen Folgen eines Atomkriegs.

Mit einer beeindruckenden Kampagne gelang es, die IPPNW zu diskreditieren bzw. zu verleumden. Diese Kampagne wurde von CDU-Generalsekretär Geißler angeführt und sie nutzte wesentlich das Feindbild Kommunismus, indem sie dem sowjetischen Co-Präsidenten Menschenrechtsverletzungen unterstellte.

Die Preisverleihung wurde als „Schande" und „Pervertierung der Wertordnung" bezeichnet (CDU-Generalsekretär Geißler), die IPPNW sei „sowjetisch gesteuert" und „im Vorfeld kommunistischer Tarnorganisationen tätig" (Parlamentarischer Staatssekretär Spranger, CSU). Die Kritik wird besonders deutlich bei den Schlagzeilen der Zeitungen zum Tag der Preisverleihung:

Tageszeitung: Nobelpreisträger unter Druck;

Frankfurter Rundschau: Nobelkomitee würdigt Ärzte;

Untertitel: Zugleich Proteste in Oslo wegen Preisübergabe an Tschasow;

Süddeutsche Zeitung: Proteste bei Übergabe des Friedensnobelpreises;

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Proteste gegen Tschasow während der Preisverleihung;

Die Welt: "Ein Geheimagent im weißen Kittel".

Schlagzeilen dieser Art sind bei der Verleihung eines Nobelpreises unüblich, wenn nicht einmalig. Es wurden nahezu nur negative Informationen vermittelt, über die Ziele der IPPNW erfuhren die LeserInnen nichts.

Was war das Vergehen der IPPNW? Sie hatte Abrüstung und den Abbau von Feindbildern in Ost *und West* gefordert! Dies war zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes ein Kardinalvergehen.

Nun könnte man argumentieren: So war es halt im Kalten Krieg. Aber mein zweites Beispiel zeigt, dass es auch danach nicht besser wurde. Etwa zehn Jahre nach Ende des Ost-West-Konfliktes beteiligte sich Deutschland erstmals nach Ende des 2. Weltkrieges wieder aktiv an einem Krieg – dem Jugoslawien-Kosovo-Krieg 1999 -, und dies bei einer SPD-Grünen-Regierung.

Jugoslawien-Kosovo-Krieg

Das deutsche öffentlich-rechtliche Fernsehen zeigte vor Beginn des Jugoslawien-Kosovo-Krieges (nahezu) *täglich* kosovo-albanische Flüchtlingsgruppen, und mit diesem Argument der „systematischen Vertreibungen" begründete die NATO wesentlich den Krieg gegen Jugoslawien als „humanitäre Intervention" bzw. als Verhindern einer „humanitären Katastrophe" (z.B. Sommer, 2001). Mit Kriegsbeginn, d.h. als Folge des Krieges, ergriffen erheblich mehr Menschen die

[40] http://www.diekonvivialisten.de/; http://www.diekonvivialisten.de/manifest.htm.

Flucht – darüber wurde *kaum* berichtet. Nach Kriegsende wurden etwa 200.000 SerbInnen und 100.000 Roma von den Kosovo-Albanern vertrieben – darüber wurde nahezu *gar nicht* mehr berichtet.[41]

Eine Inhaltsanalyse der führenden bundesweiten Tageszeitungen (FR, SZ, FAZ, Die Welt, taz) über den Kosovokrieg kam zu folgenden Ergebnissen (Wissenschaftszentrum Berlin, 2000; zit. n. Becker, 2015a)

- „Hohes Maß an Konsens über die grundlegende Legitimität einer deutschen Beteiligung am Kosovokrieg."
- „Über die Hälfte der Kommentare bekundete eine allgemeine Unterstützung der Militäraktion."
- „Eine klare Ablehnung der Militäraktion fand sich nur in 6 von 144 Kommentaren."
- „Alternativen zur Annahme der Unvermeidlichkeit des Militäreinsatzes wurden nicht in nennenswertem Ausmaß formuliert."

Eine von der schwedischen Regierung in Auftrag gegebene Studie ebenfalls zur Medienberichterstattung im Jugoslawien-Kosovo-Krieg (untersucht wurden insbesondere schwedische, aber auch britische Medien) kam zu ähnlichen Ergebnissen und konstatierte eine „Dominanz des US-Weltbildes", die Medien hätten weitgehend unkritisch die NATO-Versionen übernommen."[42] „Alle großen Nachrichtenorganisationen gaben unkritisch die Nato-Version des Konfliktes wieder, während abweichende Meinungen über die moralischen und rechtlichen Konsequenzen der neuen Rolle der Nato marginalisiert wurden." Die traditionellen Medien seien selbst Teil der Machtelite geworden: „Die Medien der Krieg führenden Länder verwandelten sich von einem kritischen Kontrolleur der Staatsmacht zu einer vierten Waffengattung neben Heer, Luftwaffe und Marine."[43]

Ukrainekonflikt

Mit dem Ukraine-Konflikt sind kriegerische Auseinandersetzungen wieder in Europa angekommen; zudem kommt es zur bedrohlichen Konfrontation der NATO bzw. der EU mit Russland auf verschiedenen Ebenen. Der Ukrainekonflikt seit 2014 und die militärischen Auseinandersetzungen werden von westlichen Medien und PolitikerInnen – mit wenigen Ausnahmen - einseitig den „prorussischen Rebellen", „Russland" und/oder Putin angelastet. Dabei werden großzügig die westlichen Anteile an diesem Konflikt „übersehen" oder verschwiegen, u.a. Druck auf die ukrainische Regierung, sich zwischen EU und Russland zu entscheiden; Osterweiterung der NATO, Aufbau von Raketenstellungen in Polen; Nichteingehen auf die Kooperationsvorschläge von Putin, u.a. im Deutschen Bundestag.[44]

Die Rolle der Medien beim Aufbau von Feindbildern sei an zwei Beispielen illustriert.

Das *Flugzeug MH 17* war am 17.7.2014 über der Ukraine abgestürzt, vermutlich wurde es abgeschossen, es gab 298 Opfer. Auch ein Jahr später (Juli 2015) gab es viele Vermutungen, aber

[41] Weitere bedeutsame Verzerrungen bzw. Lügen: Konzentrationslager in Pristina, Massaker an der Zivilbevölkerung in Rugova, Hufeisenplan (vgl. Becker & Brücher, 2001); s.a. den ARD-Film „Es begann mit einer Lüge – Deutschlands Weg in den Kosovo-Krieg" (8.2.2001); oder zu etlichen von den USA geführten Kriegen (https://www.corbettreport.com/faking-it-how-the-media-manipulates-the-world-into-war/ oder: http://www.youtube.com/watch?v=y4P2O8UjQeU).

[42] Zusammenfassung in taz, 31.12.2002: http://www.taz.de/1/archiv/?dig=2002/12/31/a0160 .

[43] Eine empirische Untersuchung der führenden Schweizer *Neuen Zürcher Zeitung* stellte an den Beispielen Ukrainekrise und Syrienkrieg ebenfalls „einseitige, unkritische Berichterstattung" fest, die „überwiegend Propaganda der Konfliktpartei USA/NATO" wiedergebe (https://swisspropaganda.wordpress.com/die-nzz-studie/)

[44] Vgl. dazu die kenntnisreiche - und medienkritische - Darstellung von Krone-Schmalz, 2015. Inzwischen gibt es auch begründete Hinweise darauf, dass die Toten auf dem Maidan – ein wesentlicher Anlass für die weitere Eskalation – nicht von der damaligen Regierung zu verantworten sind, sondern von Söldnern.

keine verlässlichen Informationen über die Urheber des Abschusses. US-Außenminister Kerry aber machte sehr bald nach dem Absturz Russland verantwortlich: Die Raketen, mit denen das Flugzeug abgeschossen wurde, seien von Russland an die Rebellen gegeben worden. Er forderte eine Verschärfung der Sanktionen gegen Russland, die auch beschlossen wurden.

DER SPIEGEL brachte 12 Tage nach dem Absturz eine Titelseite mit dem Bild Putins im Vordergrund, dahinter die Fotos der beim Absturz Verstorbenen und in großen Buchstaben „Stoppt Putin jetzt!" (29.7.2014).[45] Im Leitartikel steht, es seien auch „seine Toten". Er zeige sein „wahres Gesicht"; er stehe enttarnt da als „Paria der Weltgemeinschaft". Der Abschuss sei eine „direkte Folge davon, dass Russland die Separatisten … militärisch aufgerüstet hat. Er ist ein Symbol für die Ruchlosigkeit Putins…"[46].

Äußerungen dieser Art – und dies in einem als seriös geltenden „Qualitäts"organ - sind Propaganda, wenn nicht Kriegshetze, und nicht seriöser Journalismus.[47]

Die *geopolitischen Hintergründe* der gegenwärtigen Ukraine-Krise werden vom Gründer und Vorsitzenden des US-amerikanischen Think Tank STRATFOR (Stategic Forecasting Inc.), George Friedman, erläutert (in einem Vortrag vor dem Chicago Council on Global Affairs, Februar 2015): Es sei seit Jahrzehnten ein wichtiges Ziel der US-Politik, eine Annäherung zwischen Deutschland und Russland zu verhindern, denn sie könnte eine Gefahr für die weltweite US-Dominanz sein. Zudem würden die USA um Russland herum einen „Sicherheitsgürtel" aufbauen, indem sie die baltischen Staaten, Polen, Rumänien und Bulgarien militärisch enger an sich bänden, um Russland „weh (zu) tun".[48]

Mir ist nicht bekannt, dass diese interessante Analyse in relevanten Medien verbreitet oder diskutiert wurde.[49]

Als weiteres Beispiel für einseitige und emotionalisierende Berichterstattung im Sinne von Feindbild und damit zusammen hängendem Freundbild sei die „Süddeutschen Zeitung" genannt (Mirjam Zwingli, Inhaltsanalyse 2007-2012; zit. n. Becker, 2015a). Die beiden Staatsmänner Obama und Putin werden wesentlich so charakterisiert:

Obama: Neuanfang, neuer Realismus, Umsetzung, Pragmatismus, Richtungspolitik, Mut, Unerschrockenheit, Entschlossenheit, Flexibilität, kooperieren, ernst nehmen, Hand reichen, vorsichtig.

[45] Der Deutsche Pressserat missbilligte das Cover, aber nicht wegen der Hetze, sondern wegen der Abbildung der Verstorbenen.

[46] http://www.spiegel.de/spiegel/spiegel-titel-zu-putin-in-eigener-sache-a-983484.html

[47] Bei dem NATO-Gipfel in Wales (4./5.9. 2014) stand mit dem Ukraine-Konflikt Russland im Zentrum. Die meisten Medienberichte konzentrierten sich darauf, wie etwa die FAZ „Einig in Wales" (5.9.2014; und schreibt geradezu drohend: „Es bleibt die große Frage, ob eine Politik der Konflikteindämmung ausreicht, um Wladimir Putin zur Umkehr zu bewegen."), die Bildzeitung „Grünes Licht für Schnelle Eingreiftruppe" (5.9.2014) und die Süddeutsche Zeitung „So wappnet sich die NATO gegen Russland" (1.9.2014). Die damit verbundene zumindest implizite, meist aber explizite (alleinige) Schuldzuschreibung an Russland erscheint knapp ein Jahr später in einem anderen Licht: Der NATO-Vertreter der Bundesrepublik in Brüssel, Erdmann, äußerte deutlich kritisch, „dass die Nato aktuell ‚sehr einseitig' … ausgerichtet sei", u.a. durch intensive Manöver im Osten, „verstärkte Luftraumüberwachung über dem Baltikum sowie den Ausbau der schnellen Eingreiftruppe NRF." („Berlin will Dialog der Nato mit Moskau"; Frankfurter Rundschau, 1.8.2015)

[48] http://www.nachdenkseiten.de/?p=25405

[49] Ähnlich einseitig ist die Berichterstattung über den Syrienkrieg, und zwar auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Eine kleine Zusammenschau von tendenziösen Meldungen für die erste Februarwoche 2016 zeigen V. Bräutigam (früherer Nachrichtenredakteur der Tagesschau) und F. Klinkhammer auf: http://www.rationalgalerie.de/schmock/zirkus-ard.html

Putin: Sowjetrhetorik, Drohgebärden, Machtbewusstsein, Revanche, Machtdemonstration, Widerstand, Zorn, Drohung, KGB-Mann, herrschen, Sturm laufen gegen, demonstrieren (Macht), konfrontativ, feindselig, trotzig, wütend.

Auch wenn man konstatiert, dass es bedeutende Unterschiede zwischen Obama und Putin gibt, eine solche Schwarz-Weiß-Malerei ist Propaganda.

Wie kann es sein, dass in einer Demokratie mit Pressefreiheit führende und renommierte Medien in erstaunlichem Ausmaß ähnlich, wenn nicht identisch über Ereignisse berichten, auch wenn Kontroverses möglich oder naheliegend ist? (Ähnliches wie beim Ukrainekonflikt ließe sich auch beim Syrienkrieg zeigen.[50]) Wie sind die übereinstimmenden Meldungen zu erklären?

Es gibt sicherlich viele relevante Ursachen – u.a. Medienkonzentration; Arbeitsbedingungen für JournalistInnen, die kaum Recherchen ermöglichen; Abhängigkeit von Unternehmen, die Werbung schalten und von Werbeagenturen; Abhängigkeit von wenigen westlichen Nachrichtenagenturen; Gefangensein in der eigenen Kultur und in politischen „Selbstverständlichkeiten"; ideologische Voreingenommenheit.

Darüber hinaus hat der Medienwissenschaftler Krüger (2013) für deutsche Medien einen weiteren Punkt aufgezeigt: die enge Verbindung von JournalistInnen zu politischen Eliten:[51] Die detaillierte Netzwerk-Analyse von vier führenden Journalisten - Frankenberger (Verantwortlich für Außenpolitik der FAZ), Kornelius (Ressortleiter Außenpolitik der Süddeutschen Zeitung), Stürmer (Chefkorrespondent der Welt) und Joffe (Mitherausgeber der Zeit) - fasst Krüger so zusammen: „In allen vieren spielen … Organisationen eine Rolle, die sich … speziell mit der Festigung der transatlantischen Beziehungen [beschäftigen], also der Partnerschaft zwischen den USA und Deutschland bzw. Europa, die zu einem großen Teil über das gemeinsame Verteidigungsbündnis Nato vermittelt wird." (S. 139).

Bei den Kommentaren und Leitartikeln der vier Journalisten fand Krüger „große Schnittmengen in ihren Argumenten" (S. 173). Zu den gemeinsamen Argumentationsmustern (Frames) gehören u.a.: Das Konzept ‚Sicherheit' wird sehr breit definiert; Bedrohungen werden in ganz ähnlicher Weise wie in den offiziellen Dokumenten thematisiert; dazu werden - ohne dies kritisch zu diskutieren – u.a. gezählt: Rohstoffe, Handelswege, Finanzkrise, Terrorismus, zerfallende Staaten, organisierte Kriminalität, ökologische Katastrophen, Epidemien. Zudem: Deutschland müsse das Bündnis mit den USA pflegen und mehr Engagement in der Nato zeigen; Deutschland habe seine militärischen Notwendigkeiten vernachlässigt und die zögernde Bevölkerung müsse überzeugt werden.

Soweit einige kritische Bemerkungen zu Medien, die ihrer Bedeutung als vierte Gewalt nicht nachkommen, und damit zur Bedrohung von Demokratie.

Medienkritik als Herausforderung - Versuch eines positiven Ausblicks

Auch wenn die Printmedien – Ähnliches gilt nach meinen Beobachtungen auch für die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten[52] – in außenpolitischen und Friedens-Fragen beeindruckend einseitig berichten: Die Bevölkerung scheint den Vorgaben nicht zu folgen. Sie ist

[50] Eine Analyse der *Neue Zürcher Zeitung* zu Syrienkrieg und Ukraine-Krise zeigt eine einseitig-prowestliche Berichterstattung auf: https://swisspropaganda.wordpress.com/die-nzz-studie/. In einem Interview „Lügen für den Krieg" resümiert N. Paech: „Es sind die großen meinungsmachenden Medien von „Bild" und „Welt" über das eiserne Dreieck „SZ", „FAZ", „NZZ" bis hin zu „ZEIT" und „SPIEGEL", die sich grundsätzlich auf die Seite hegemonialer Machtpolitik und imperialer Intervention stellen". http://www.nachdenkseiten.de/?p=33071#more-33071

[51] Krüger. U. (2013). Meinungsmacht – Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse. Köln: Herbert von Halem Verlag. Für die renommierte führende Schweizer Tageszeitung Neue Zürcher Zeitung gibt es eine vergleichbare Studie: https://swisspropaganda.wordpress.com/das-netzwerk/

[52] Vgl. www.rationalgalerie.de/schmock .

bei Kriegseinsätzen der Bundeswehr mehrheitlich kritisch und die russlandfeindliche Berichterstattung über die Ukrainekrise ist ungewöhnlich breit in LeserInnenbriefen u.Ä. kritisiert worden. Es gibt auch in den Mainstream-Medien immer mal wieder kritische Artikel bzw. Sendungen. Die linke Tageszeitung Junge Welt bringt viele Informationen und Analysen jenseits des mainstream. Zudem analysieren einige Organisationen zeitnah wichtige Ereignisse, z.B. IMI, IPPNW, Kasseler Friedensratschlag; Ähnliches gilt für Internetforen wie nachdenkseiten oder rationalgalerie. Zeitschriften wie FriedensForum und Wissenschaft & Frieden bringen fundierte Analysen. Schließlich wurden mit dem „Friedensjournalismus" Konzepte entwickelt, wie Medien zu einer gewaltfreien Konfliktaustragung beitragen können.

2.5 Fremdenfeindlichkeit als Bedrohung und Herausforderung

Fremdenfeindlichkeit bedroht das friedliche Zusammenleben.

Im Jahre 2015 kam etwa eine Million Geflüchtete nach Deutschland (Wegen des fehlenden bzw. uneinheitlichen Registrierungssystems sind genaue Zahlen bislang nicht bekannt).

Damit nahm Fremdenfeindlichkeit deutlich zu: 2015 wuchs die Anhängerschaft von PEGIDA[53], rechtsextreme Straftaten nahmen stark zu[54], es wurden 921 rechtsextreme Gewalttaten registriert (2014: 496), etwa zwei Drittel davon (612) war fremdenfeindlich motiviert; es wurden fünfmal mehr Angriffe auf bewohnte oder vorgesehene Flüchtlingsunterkünfte durchgeführt (2015: 1.027; 2014: 199) , davon 95 Brandstiftungen (bei Brandstiftungen auf ein bewohntes Haus kann von versuchtem Mord ausgegangen werden). 40 Flüchtlinge wurden verletzt (2014: 8). Zudem nahm die Anzahl dieser Straftaten innerhalb des Jahres 2015 deutlich zu: In jedem Quartal 2015 wurden mehr Straftaten registriert als im Quartal davor.[55]

Fremdenfeindlichkeit ist aber nicht nur ein Randphänomen, sie ist auch in der „Mitte der Gesellschaft" zu beobachten. Das BKA stellt fest, dass die rechte Kriminalität „durch die Anschlussfähigkeit der Thematik und damit zunehmende Mobilisierungsmöglichkeit im bürgerlichen Spektrum begünstigt" werde.[56] Bei einer repräsentativen Umfrage des Projekts Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (vgl. Heitmeyer, 2011) ergaben sich folgende Ergebnisse:

- 45% stimmten der Aussage zu[57],dass die in Deutschland lebenden AusländerInnen eine Belastung für das soziale Netz seien.
- 41% Zustimmung fand: 'Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.'
- 24% Zustimmung zu: 'Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.'[58]

Zu fragen ist also: Welche Herausforderungen müssen gemeistert werden, um einen aus humanitärer Perspektive angemessenen Umgang mit den Flüchtlingen zu gewährleisten? Dazu ist es wichtig, zwischen strukturellen und psychologischen Herausforderungen zu unterscheiden.

Herausforderungen auf *struktureller Ebene:*

---

[53] „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes".

[54] Nach vorläufigen Schätzungen des Bundesinnenministeriums wurden 2015 13.846 Delikte verzeichnet, eine Zunahme gegenüber 2014 um 30% (Mehr rechte Gewalt; Frankfurter Rundschau, 12.2.2016)

[55] Für 2016 (bis zum 19.4.) gibt die gemeinsame Chronik der Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL, die Übergriffe auf und Demonstrationen gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte dokumentiert, u.a. Folgendes an: 309 Angriffe auf Unterkünfte (davon 55 Brandanschläge), 154 Körperverletzte, 44 flüchtlingsfeindliche Kundgebungen; https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle

[56] S. Fußnote 19.

[57] Die Formulierung: *„stimme eher zu"* und *„stimme voll und ganz zu".*

[58] Wie die Einstellungen gegenüber AusländerInnen derzeit aussieht, ist fraglich; die genannten Daten stammen aus dem Jahr 2011, also vor PEGIDA und der großen Zahl an Geflüchteten

Besonders wichtig auf struktureller Ebene erscheint mir, die *Ursachen bzw. Gründe für Flucht und Vertreibung* zu bekämpfen. Dies wird auch von den verantwortlichen PolitikerInnen betont, dann aber z.T. verantwortungslos verkürzt, indem z.B. die Schlepperbanden (Fluchthelfer) am Mittelmeer oder die offenen Grenzen der Türkei als wesentliche Fluchtursache benannt werden. Wenn es aber um die wirklichen Ursachen geht, dann müssten u.a. die folgenden Bereiche berücksichtigt werden:

- In Krisengebieten, d.h. in vielen Ländern der Erde, menschenwürdige Lebensbedingungen herstellen (vgl. AEMR)
- Konflikte gewaltfrei bearbeiten (vgl. Charta der Vereinten Nationen)
- Bei kriegerischen Auseinandersetzungen die Kriegsparteien zu Waffenstillstand und Verhandlungen bzw. Mediation drängen; militärischen, finanziellen und personellen Nachschub in Kriegsgebiete unterbinden. Entsprechende UNO-Aktivitäten unterstützen.
- Verbot von Waffenexport.[59]

Herausforderungen auf psychologischer Ebene:

Die große Zahl von Flüchtlingen löst in Teilen der deutschen Bevölkerung Unsicherheit, Angst und Bedrohungsgefühle aus, auch Kontrollverlust. Wie ist dies psychologisch zu erklären?

Entscheidende Grundlage ist die Kategorisierung. Da die Realität sehr komplex ist und da Menschen nur in beschränktem Maße Komplexität wahrnehmen und verarbeiten können, müssen vorhandene Informationen reduziert werden. Dies geschieht durch die Bildung von Kategorien. Dazu gehören auch soziale Kategorien wie z.B. „Flüchtlinge“ und „Deutsche“.[60] Diese Kategorisierung in „Deutsche“ und „Flüchtlinge“ ist extrem grob, bei den Geflüchteten könnte u.a. differenziert werden nach Fluchtgründen, Herkunftsland, Geschlecht, Ausmaß an Traumatisierung durch Flucht und Vertreibung; aber auch nach Ausbildung, Beruf, Deutschkenntnissen etc.

---

[59] Ich nenne einige weitere Überlegungen, angelehnt an eine Zusammenstellung der AG Sozialpsychologie am FB Psychologie der Philipps-Universität Marburg (Stand Februar 2016):

Bei *vorhandener Flucht und Vertreibung*:

- in Kriegsgebieten: Einrichtung von Sicherheitszonen.
- Finanzierung ortsnaher Flüchtlingsunterbringung; regionale und UN-Hilfsorganisationen unterstützen.
- Sichere Flucht- bzw. Einreisemöglichkeiten nach Europa.

Bei *Aufnahme und Integration in Deutschland,* z.B.:

- Geregelte Verteilung in Deutschland (und der Europäischen Union).
- Verkürzung des Aufenthalts in Erstaufnahmeeinrichtungen und der Entscheidungszeiten bei Asylverfahren.
- Bedürfnisgerechte Unterbringung, medizinische und psychosoziale Versorgung.
- Familienzusammenführung, besonderer Schutz für besonders Bedürftige, also u.a. unbegleitete Kinder.
- Eine Politik, die zu erwartende Probleme benennt, Lösungsstrategien entwirft und Lösungsversuche realisiert. Herausforderungen sind etwa: Ghettoisierung (z.B. Konzentration in benachteiligten Wohngebieten) von Flüchtlingen vermeiden; Sprachkurse, schulische und berufliche Qualifikationen anbieten; Arbeitsmöglichkeiten schaffen; Sozialwohnungen (für Flüchtlinge und marginalisierte Einheimische) errichten; Gesundheitsdienste verbessern.
- Gewalt und Regelverletzungen gegenüber Geflüchteten und ausgeübt von Geflüchteten rechtsstaatlich zeitnah sanktionieren.
- Diskussion und Vermittlung derzeitiger kultureller und gesellschaftlicher Standards.

[60] Genauer: bereits in Deutschland Lebende bzw. einheimische Bevölkerung. Zudem: Etwa 20% der in Deutschland Lebenden haben „ausländische Wurzeln“, also einen „Migrationshintergrund“; 11 Millionen davon haben "eigene Migrationserfahrung", sind also im Ausland geboren und eingewandert; ca. 9,2 Millionen einen deutschen Pass und 7,2 Millionen eine ausschließlich ausländische Staatsangehörigkeit http://mediendienst-integration.de/migration/bevoelkerung.html - Etwa ein Drittel der Kinder und Jugendlichen bis 15 Jahren haben einen Migrationshintergrund (Frankfurter Rundschau, 21.4.2016)

Solche sozialen Kategorisierungen führen dazu, dass die dazugehörigen Stereotypen (positive und negative Eigenschaften, die mit der Kategorie verbunden werden) aktiviert werden. Darüber hinaus besteht bei einer solchen Kategorisierung - d.h. der Unterscheidung zwischen einer Ingroup (z.B. „Wir Deutschen) und einer Fremdgruppe (z.B. „Die Ausländer, Flüchtlinge") - die Tendenz, die eigene Gruppe gegenüber der fremden Gruppen zu bevorzugen (vgl. Minimalgroup-Studien). Dies trifft besonders dann zu, wenn die Gruppen überzeugt sind, dass sie unvereinbare materielle Ziele verfolgen.[61]

Tajfel und Turner (1986) haben dies mit der Theorie der Sozialen Identität erklärt. Demnach sind wir bestrebt, einen positiven Selbstwert zu entwickeln. Ein Teil dieses Selbstwertes wird durch die individuelle Identität, ein Teil durch den kollektiven Selbstwert bestimmt, also durch die Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen und durch deren positive Bewertung: Fremdgruppen werden dazu *weniger positiv* bewertet oder *negativ* abgewertet.

Dies kann am Beispiel von PEGIDA verdeutlicht werden. PEGIDA versteht es nicht nur, rechtsextreme Kreise zu mobilisieren, sondern auch weitere Teile der Bevölkerung für sich zu gewinnen. Dies zeigen auch die Wahlerfolge der AfD. Parolen wie „Gegen die Islamisierung des Abendlandes" können als Ausdruck einer erlebten gefährdeten Sozialen Identität angesehen werden. Durch die Zuwanderung von Menschen mit einem anderen Glaubenshintergrund können die eigene Lebensweise, Werte, Normen und Selbstverständlichkeiten als bedroht erlebt werden, zudem die eigene Wohn- und Arbeitssituation. Diese Bedrohungswahrnehmungen können dazu führen, dass sich die Abwertung fremder Gruppen (z.B. AusländerInnen mit muslimischem Hintergrund) verstärkt und sich in fremdenfeindlichen Einstellungen und - im Falle der Brandanschläge auf Asylunterkünfte – auch in fremdenfeindlichem Verhalten bis hin zum Mordversuch äußert.

Es sind jedoch nicht alle Menschen gleichermaßen empfänglich für solche Prozesse. Es gibt viele Belege, dass hoch-autoritäre Personen[62] ihre Umwelt besonders bedrohlich erleben und daher besonders empfänglich für die Entwicklung von Fremdenfeindlichkeit sind. Die Orientierung an Autoritäten ist der Versuch, solche Bedrohungen zu kontrollieren.

Sozialpsychologische Forschung hat aber auch gezeigt, dass etwas gegen diese Entwicklung von Fremdenfeindlichkeit getan werden kann. Eine der empirisch am besten bestätigten Modelle ist die *Kontakt-Hypothese* (Allport, 1954; Dixon, Durrheim & Tredoux; 2005, Pettigrew & Tropp, 2006). Danach reduzieren positive Kontakte zwischen Mitgliedern unterschiedlicher sozialer Gruppen Vorurteile und Feindbilder. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn

- die Beteiligten den gleichen Status haben,
- die Beteiligten gemeinsame Ziele verfolgen,
- kooperative Interaktionen vorherrschen und
- der Kontakt durch Autoritäten unterstützt wird.

Aus dieser Perspektive kann - in Anlehnung an die AG-Sozialpsychologie in Marburg - für den Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland daher u.a. empfohlen werden:

- Positive Bedingungen bzw. Möglichkeiten für interkulturelle Kontakte herstellen. Dies bedeutet u.a. auch eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen, damit Kontakte zwischen den in Deutschland bereits Lebenden und den Geflüchteten im Alltag entstehen können.

[61] Modell des Realistischen Gruppenkonflikts; vgl. die Ferienlagerexperimente von Sherif & Sherif, 1969.

[62] Autoritäre Unterwürfigkeit (ein hoher Grad der Unterwürfigkeit gegenüber gesellschaftlich anerkannten Autoritäten); autoritäre Aggression (eine generelle Aggressivität gegenüber Personen, die von gesellschaftlich anerkannten Autoritäten verurteilt und missbilligt werden); Konventionalismus (ein hoher Grad der Akzeptanz und Befürwortung traditioneller und gesellschaftlich geprägter Normen). Ergänzend ist die Soziale Dominanzorientierung bedeutsam als das Ausmaß, in dem Hierarchien in der Beziehung zwischen sozialen Gruppen befürwortet werden (Sidanius & Pratto, 1999)

- Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung ideell, organisatorisch und materiell unterstützen.
- Ein positives Meinungsklima gegenüber Geflüchteten schaffen; dabei sind PolitikerInnen auf allen Ebenen (von der Kommune bis zur Bundesregierung) ebenso bedeutsam wie Meinungsbildner (von Gewerkschaften bis zu Kirchen).
- Fremdenfeindliche und rechtsextreme Äußerungen und Bewegungen politisch und ggfs. polizeilich und juristisch bekämpfen, damit deutlich wird, dass diese Positionen aus einer humanitären und rechtsstaatlichen Perspektive nicht zu akzeptieren sind.
- Die durchgeführten Maßnahmen evaluieren.
- Wenn dies gelänge, wären – aus psychologischer Sicht - wichtige Grundlagen für eine erfolgreiche Integration von Flüchtlingen gegeben. Bedrohungsgefühle wären dann vermutlich deutlich weniger in der Bevölkerung vorzufinden.

Fremdenfeindlichkeit als Herausforderung – Versuch eines positiven Ausblicks

Wichtige VertreterInnen der Politik und Teile der Presse vermittelten Verständnis für die Probleme der Geflüchteten. Zudem zeigten bedeutsame Anteile der Bevölkerung eine beeindruckende Hilfsbereitschaft: Zehntausende, wenn nicht hunderttausende Ehrenamtliche halfen mit Essen und Kleidung, unterstützten beim Gang zu Ämtern, boten Deutschkurse an und vieles mehr.[63] Unternehmen der deutschen Wirtschaft starteten Integrations-Initiativen (z.B. Wir zusammen[64]*).* Persönlichkeiten aus Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft und Kultur fordern eine veränderte Politik für Deutschland und Europa.[65]

Resümee: Ich habe im Zusammenhang mit Fremdenfeindlichkeit und der großen Zahl an Geflüchteten einige Probleme und einige *vorläufige* Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt.

2.6 Schlussanmerkungen

Die Menschheit wäre aufgrund ihres akkumulierten Wissens und ihrer Produktivkraft in der Lage, jedem Menschen die Grundlagen für ein menschenwürdiges Leben zu bieten. Dass die Menschheit davon so weit entfernt ist, dokumentiert ein Versagen der nationalen und internationalen Politik.[66]

Ich habe unter dem Stichwort „Bedrohungen" einige Bereiche genannt, die dafür mitverantwortlich sind, insbesondere Rüstung und Kriege, zudem die herrschende Wirtschaftsordnung. Dagegen sind wichtige historische Konzepte zu reaktivieren und (wieder) mit Leben zu füllen, insbesondere das prinzipielle Gewaltverbot der UN-Charta und die unveräußerlichen Menschenrechte (UN Menschenrechts-Charta: AEMR; Zwillingspakte).

Gemäß Artikel 28 der AEMR hat jeder Mensch „Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die [in der AEMR] verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können." Es sind also auf globaler Ebene Bedingungen zu schaffen, die jedem Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen im Sinne der Befriedigung von Grundbedürfnissen.

[63] Einige Beispiele finden sich unter http://friedenspsychologie.de/?p=161; s.a. www.aufstehen-gegen-rassismus.de

[64] https://www.wir-zusammen.de/home

[65] www.europa-neu-begruenden.de

[66] Ich erinnere an die Jakobiner-Verfassung von 1793: „Art. 1 […] Die Regierung ist eingesetzt, um dem Menschen den Genuss seiner natürlichen und unveräußerlichen Rechte zu verbürgen. […] Art. 35 Wenn die Regierung die Rechte des Volkes verletzt, ist für das Volk und jeden Teil des Volkes der Aufstand die heiligste seiner Rechte und die unerläßlichste seiner Pflichten."

Literatur

Allport, G. W. (1954). The nature of prejudice. Cambridge: Addison-Wesley.

Anthes, C. (2015). Der Kampf für eine Welt ohne Hunger. HSFK Standpunkte, 3/2015.

Becker, J.M. & Brücher, G. (Hrsg.)(2001). Der Jugoslawien-Krieg. Münster: LIT.

Becker, J. (2015a). Medien im Krieg. Vortrag Marburg, 20.11.2015.

Becker, J. (2015b). Medien im Krieg – Krieg in den Medien. Wiesbaden: Springer VS.

Bulletin of the Atomic Scientists (2015): Timeline – It is 3 minutes to midnight; thebulletin.org.

Demirovic (2013). Multiple Krisen, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung. www.linksnet.de/de/artikel/29264

Deppe, F. (2013). Autoritärer Kapitalismus. Hamburg: VSA.

Deppe, F. (2016). Kapitalismus und Demokratie im neoliberalen Hegemoniezyklus. Eberl, O. & Salomon, D. (Hrsg.). Perspektven sozialer Demokratie in der Postdemokratie. Wiesbaden, Springer/VS (i.E.).

Dixon, J., Durrheim, K. & Tredoux, C. (2005). Beyond the optimal contact strategy. American Psychologist, 60, pp 697-711.

FriedensForum 1/2016, Schwerpunkt: Islamischer Staat.

Haydt, C. (2015). Medien und Konflikteskalation. Dossier 80. Feindbilder und Konflikteskalation. Wissenschaft und Frieden 4/2015, 8-13.

Krämer, R. (2015) Kapitalismus verstehen. Hamburg: VSA

Krüger. U. (2013). Meinungsmacht – Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse. Köln: Herbert von Halem Verlag.

Leukefeld, K. (2015). Bashar al-Assad – Ein Feind wird gemacht. Dossier 80. Feindbilder und Konflikteskalation. Wissenschaft und Frieden 4/2015, 13-19.

Lüders, M. (2015). Wer den Wind sät. München: Beck.

Maslow, A.H. (1962) Motivation and personality. New York: Harper & Row.

Pettigrew, T. F., & Tropp, L. R. (2006). A meta-analytic test of intergroup contact theory. Journal of Personality and Social Psychology, 90, 751-783.

Pinzler, P. (2015). Der Unfreihandel. Die heimliche Herrschaft von Konzernen und Kanzleien. Reinbek: Rowohlt.

Schweitzer, C. (2015). (K)ein Frieden in Europa? FriedensForum 5/2015,36-37

Schweitzer, C. & Williams, K. (2015). Gewaltfrei gegen Terror. Nichtmilitärische Optionen gegen den Islamischen Staat". Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 45. Minden: Bund für Soziale Verteidigung e.V. http://www.soziale-verteidigung.de/fileadmin/dokumente/militaerkritik/Aus_Spirale_der_Gewalt_aussteigen.pdf

http://konfliktbearbeitung.net/sites/default/files/gewaltfrei_gegen_terror_0.pdf

Sherif, M. & Sherif, C.W. (1969). Social Psychology. New York: Harper & Row.

Sidanius, J. & Pratto, F. (1999). Social dominance: An intergroup theory of social hierarchy and oppression. New York: Cambridge University Press.

Sommer, G. (2015). Zur Psychologie von Feindbildern. Dossier 80. Feindbilder und Konflikteskalation. Wissenschaft und Frieden 4/2015, 2-8.

Sommer, G. & Theobald, K.G. (1988). Feindbilder: Ihre Produktion und Funktionalisierung am Beispiel der Friedensnobelpreisverleihung an die IPPNW. In W. Popp (Hrsg.), Aus der Bedrohung zum Handeln (S. 190-197). Berlin: Hövener.

Staub, E. (2003). Notes on cultures of violence, cultures of caring and peace, and the fulfillment of basic human needs. *Political Psychology, 24*, 1-21.

Staub, E. (2012). Genocide, mass killing, and violent conflict: prevention and reconciliation. In Tropp, L. R. (Ed.), Oxford Handbook of Intergroup Conflict (pp. 273-290). New York: Oxford University Press.

Tajfel, H. & Turner, J.C. (1986). The social identity theory of intergroup behavior. In S. Worchel & W.G. Austin (Eds.), Psychology of intergroup relations (pp. 7-24). Chicago: Nelson-Hall.

Tropp, L. R. (Ed.) (2012). The Oxford handbook of intergroup conflict. Oxford, UK: Oxford University Press.

Prof. Dr. Gert Sommer ist Professor i.R. für Klinische Psychologie in Marburg, u.a. Mitbegründer und derzeit im Direktorium des Zentrums für Konfliktforschung (CCS) der Philipps-Universität Marburg, Mitbegründer und ehem. Vorsitzender des Forum Friedenspsychologie, ehemaliges Vorstandsmitglied von „Wissenschaft & Frieden"

3. Angst und Bedrohung – eine psychologische Perspektive

Georg Adelmann

3.1 Bedrohung und Angst - Grundlagen

Unser Gehirn ist fast ständig damit beschäftigt, Sinneswahrnehmungen aufzunehmen und zu bewerten. Nur einen kleinen Teil dieser Sinnesreize bekommen wir überhaupt bewusst mit. Wie schnell unser Herz schlägt, wie stark unsere Muskeln gerade in verschiedenen Körperbereichen angespannt sind oder nicht, die Temperatur unserer Haut und die Atemfrequenz bleiben uns meistens ähnlich verborgen wie ein sanfter Lüfter, der im Hintergrund läuft und irgendwann aus der bewussten Wahrnehmung ausgeblendet wird.

Angst[67] ist eine Emotion, die so gut wie allen Menschen und den meisten Tieren zu eigen ist. Zu diesen Grundemotionen, die vermutlich evolutionär Überleben begünstigten, zählen unter anderem auch Ärger, Ekel, Glück und Trauer.[68]

Angst ist dementsprechend eine eigentlich gesunde und angemessene Reaktion auf als das Überleben bedrohende Situationen.

Die konkrete Bedrohungssituation

Was macht eine konkrete Situation nun bedrohlich? Wir müssen sie erst einmal mitbekommen. Informationen über die Situation müssen unsere Wahrnehmung und damit unser Nervensystem erreichen.

Wer sich schon einmal den Finger verbrannt hat, kennt den Rückziehreflex, einen angeborenen automatischen Schutzmechanismus. Im Falle von Verbrennungen an den Fingern wird dieser durch das Rückenmark ausgelöst, sobald die in der Haut liegende Wärmerezeptoren hohe Temperatur melden.

Der Rückziehreflex führt dazu, dass der Arm und damit der Finger zurückgezogen wird. Zu diesem Zeitpunkt ist der Reiz noch nicht im Gehirn angekommen und konnte entsprechend noch nicht bewusst wahrgenommen werden.

Dann wird die Temperaturwahrnehmung an das Gehirn weitergeleitet. Dort kommen auch andere Reize beständig an. So werden wir nicht nur fühlen, dass es heiß ist, sondern können die Flamme auch sehen und bei größeren Feuern das Knistern hören.

Alle im Gehirn ankommenden Reize werden automatisch in verschiedenen Regionen analysiert. Es folgt eine zusammenfassende emotionale Bewertung, in die auch relevante Gedächtnisinhalte einfließen und die dann handlungsleitend wird. Wird der Reiz als nicht relevant bewertet, so

[67] In diesem Text geht es um normale Angstreaktionen. Angststörungen oder Posttraumatische Belastungsreaktionen, benötigen psychotherapeutische Behandlung und Beratung, die dieser Text nicht bieten kann.

[68] Antonio Damasio, ein Neurowissenschaftler der seit langem im Bereich Gefühle und Emotionen forscht, gibt einen Überblick in seinem Buch "Looking for Spinoza – Joy, Sorrow and the Feeling Brain" (2003), insbesondere auf den Seiten 39 und 85 zu Gefühlen und Emotionen.

wird dieser wieder aus dem Bewusstsein ausgeblendet und Aufmerksamkeit auf etwas anderes gelenkt – deswegen kann Ablenkung auch bei Angst und Schmerzen helfen, zumindest ein bisschen. Bevor die geplante Handlung (wie z.B. den Finger kühlen) aber ausgeführt wird, wird im präfrontalen Cortex noch einmal geprüft, ob die bevorstehende Handlung wirklich zur Situation passt.[69]

Subjektive Situationsbewertung

Es gibt drei Möglichkeiten, wie Angst Teil der emotionalen Situationsbewertung werden kann.

1. Einige Reize lösen angeborener Weise bei vielen Menschen ein Angstgefühl aus – dies gilt z.B. für plötzliche laute Geräusche oder Abgründe. Auch bei Schlangen wird u.a. eine angeborene Angstreaktion vermutet.[70]

2. Spontane Bedrohungen – z.B. die Beobachtung oder direkte Konfrontation bzw. Androhung von physischer oder psychischer Gewalt lösen in Folge subjektiver Bewertungen bei den einen Angst aus, bei den anderen nicht. Wenn jemand mit dem Messer in der Hand vor mir steht, fließen wahrgenommene und geäußerte Handlungsabsichten in die Bewertung mit ein, genauso wie die Reaktionen, die man bei anderen wahrnimmt.

3. Erlernte Bedrohungsszenarien – die komplexeste Form, in der einzelne Gesten, bestimmte Wörter oder der Tonfall oder auch einfach die Anwesenheit bestimmter Personen Angst auslösen können, weil sie mit negativen Konsequenzen im Gedächtnis verknüpft sind. Für einige mag das ein Termin mit Vorgesetzten sein, für andere löst schon der Blick auf eine Matheformel Angstschweiß aus.

Bei den letzteren beiden spielt das Gedächtnis eine wichtige Rolle. Manchmal mag es schon genügen, nur ein Wort zu hören oder eine bestimmte Farbe zu sehen, um sich an eine angstauslösende Situation zu erinnern. Auch die Erinnerung kann dann wieder Angst auslösen. Menschen mit posttraumatischer Belastungsstörung leiden häufig darunter. Insbesondere dann, wenn noch unklar ist, welcher Reiz genau die Erinnerung hervorruft.

Für Bedrohungswahrnehmung und die psychischen Folgen von Bedrohung ist die subjektive Wirkung sehr wichtig. Dave Grossman, Militärpsychologe aus den USA, hat im Buch „On Killing" die Folgen von langanhaltenden Bedrohungssituationen von ZivilistInnen, die bombardiert werden, mit BomberpilotInnen und ArtillerieschützInnen verglichen. Die ZivilistInnen blieben seiner Einschätzung nach auch deswegen psychisch mittelfristig gesünder, weil sie die Bedrohung nicht als persönliche Bedrohung erlebten und sie damit eher wie eine Naturkatastrophe bewerten konnten.[71]

Körperliche und psychische Reaktionen auf Angst und Bedrohung

Als bedrohlich bewertete Situationen lösen Angstgefühle aus. Die emotionale Angstbewertung im zentralen Nervensystem geht einher mit verschiedenen körperlichen Reaktionen.

Ziel der Angstreaktion ist die Vorbereitung auf eine als bedrohlich bewertete Situation. Hierzu wird zunächst neben anderen Hormonen Adrenalin und Noradrenalin ausgeschüttet. Hierdurch werden mehrere Funktionen bereitgestellt, wie Hüther (2014, S. 61-62) schreibt: Die Abrufung ähnlicher Situationen aus dem Gedächtnis wird erleichtert, die Aufmerksamkeit für Angstspezifische Reize wird gefördert, die Durchblutung wird für bessere körperliche Reaktionsfähig-

[69] Die Grundlagen dieses Systems hat Joachim Bauer, ein Neurobiologe, gut in seinem Buch „Schmerzgrenze" veranschaulicht (insbesondere S. 53 und folgende).

[70] Vanessa LoBue und Judy S. DeLoache (2008) machten hierzu eine Studie mit Kleinkindern, um Erfahrungseinflüsse deutlich zu begrenzen.

[71] David Grossman bietet in dem Buch "On Killing: The Psychological Cost of Learning to Kill in War and Society" (1996) eine sehr gute Einführung in die psychologischen Hintergründe und die nötigen Trainingsmaßnahmen, um Menschen überhaupt dazu zu bekommen, gezielt und geplant töten zu können und diskutiert die gesellschaftlichen Folgen.

keit gesteigert (u.a. durch beschleunigten Puls und Atmung), und die Nervenzellen sammeln Glukose auf Vorrat. Fünf verschiedene Verhaltensmuster können potenziell aktiviert werden: Angriff, Drohung, Beschwichtigung / Nachgeben, Einfrieren oder Flucht.[72] Je nach gelerntem Verhalten in Situationen kann das Verhaltensrepertoire entscheidend erweitert werden. Lernfähigkeit gerade in Bezug auf Bedrohungen bedeutet Überlebensfähigkeit – diese Anpassungsnotwendigkeit wird auch von Mary B. Anderson und Marshall Wallace in „Opting Out of War – Strategies to prevent violent conflict" als eine wichtige Eigenschaft von Gemeinschaften beschrieben, die in Kriegs- und Konfliktgebieten gewaltfrei bleiben konnten (Anderson & Wallace 2013, S. 23).

Sollten diese Reaktionen nicht zu einer Auflösung der bedrohlichen Situation führen und die bedrohliche Situation länger anhalten, wird Cortisol wichtiger. Hüther beschreibt das Erleben solcher Situationen als unkontrollierten Stress,[73] da die bewährten Verhaltensmuster nicht ausreichen. Cortisol mache es dem Gehirn leichter, alte Nervenverbindungen abzuschwächen, da diese ja nicht das gewünschte Ergebnis herbeiführen können. Stattdessen werden neue Verbindungen gefördert und damit auch Raum für neue Ideen gegeben. Emotional steht Cortisol allerdings eher in Verbindung mit Erschöpfung von Körper und Psyche: Die Gereiztheit nimmt oft zu, auch Gefühle von Ohnmacht und Hilflosigkeit treten vermehrt auf. Dies liegt aber auch an der anhaltenden gesteigerten körperlichen und psychischen Bereitschaft, die dauerhaft nicht aufrecht erhalten werden kann und dem Körper und der Psyche schwerste Schäden zufügen kann und krank macht.

Hierzu schreibt Hüther etwas positiver: Wir brauchen „dieses anhaltende Gefühl von Angst, Verzweiflung und Ohnmacht und die damit einhergehende unkontrollierbare Stressreaktion mit ihren destabilisierenden Einflüssen auf die in unserem Gehirn angelegten Verschaltungsmuster. (…) Wir haben die Stressreaktion nicht deshalb, damit wir krank werden, sondern damit wir uns ändern können." (Hüther 2014, S. 113).

Soziale Reaktionen auf Angst und Bedrohung

Unsere soziale Reaktion wird gerade in Angstsituationen auch durch Wahrnehmungs- und Bewertungsverzerrungen deutlich beeinflusst. Zum einen neigen Menschen zum sog. *Fundamentalen Attributionsfehler*. Das heißt, wir gehen bei eigenem Verhalten davon aus, dass es durch die Situation erklärt wird und veränderbar und anpassbar ist. Bei dem Verhalten Anderer, die wir nicht als unseren Gruppen zugehörig empfinden, erklären wir eher über stabile Persönlichkeiten – die sind halt so und die bleiben auch so.

Das erschwert das soziale Miteinander und führt in Bedrohungssituationen leicht zu einem aufschaukelnden Gegeneinander und der Verstärkung von Feindbildern. Bereits bestehende Feindbilder werden leicht durch den *Confirmation Bias* verstärkt – auch neue Informationen werden zur Verstärkung unserer Beurteilungen verwendet. Eigene Vorstellungen in Frage zu stellen ist Übungssache und erfordert Übung.

Hinzu kommt, dass Menschen dazu neigen, die Wichtigkeit von Emotionen und deren hohen Informationsgehalt zu unterschätzen – als „*empathy gap*" bekannt. Hierdurch werden Diskussionen erschwert, weil zum einen Emotionen einfließen müssen und sollten, diese aber dann oft als störend abgetan werden, statt sich auf die darin enthaltenen Informationen einzulassen. Unser Gehirn nutzt Emotionen und deren körperliche Auswirkungen, um komplexe Informationen zusammenzufassen. Antonio Damasio hat hierzu unter dem Begriff „*somatic marker hypothesis*" geforscht und die direkte Verbindung von Kognition und Emotion untermauert.

Anderson & Wallace (2013, S. 42) schreiben, dass in vielen nicht-kriegerischen Gemeinschaften die Aufrechterhaltung von positivem Denken und gelebter Gemeinschaft und Lebensfreude wichtig war – und somit Angst bekämpft werden konnte, indem Vertrauen ineinander gefördert

[72] Für Details siehe wieder das Buch von David Grossman "On Killing".

[73] Siehe z.B. Hüther 2014, S. 75.

wurde. So wurden z.B. in Tuzla[74] weiter alle religiösen Feste der verschiedenen religiösen Gruppen gemeinsam gefeiert.

Geschlecht, Gender und Angst

McLean und Anderson (2009) haben sich eine Übersicht über Studien zum Zusammenhang von Geschlechtern und Angst verschafft und fanden bezüglich des biologischen Geschlechtes bei Neugeborenen kaum affektive / emotionale Unterschiede. Diese würden sich erst später herausbilden, was auf deutliche Sozialisationseinflüsse hindeute.

In Hinsicht auf das durch Sozialisation erworbene soziale Geschlecht / Gender sind Frauen nicht unbedingt häufiger potenziell traumatisierenden Ereignissen ausgesetzt. Aber die Auswahl an Traumata ist unterschiedlich, sodass Frauen leichter durch sexuellen Missbrauch und soziale Netzwerkkrisen betroffen sind, die für uns als soziale Wesen besonders stark Angststörungen hervorrufen können.

Auch die Bewältigungsmechanismen unterscheiden sich. Cis-Gender-Frauen[75] arbeiten emotions- & austauschbasiert, Cis-Gender-Männer handeln. Damit werden Männer wohl schneller Stress und Angstgefühle wieder abbauen können und Frauen leichter im Cortisol-Schema verbleiben, da sie eher dazu neigen, über Probleme zu reden, bevor sie diese angehen. Zu Transgender-Menschen schreiben die AutorInnen leider nichts, was aber auch an der mangelnden Verfügbarkeit von Studien liegen dürfte.

Emotionale Unterschiede scheinen entsprechend wenig im Geschlechts- und eher im Genderbereich zu existieren - sie sind entsprechend überwiegend sozialisationsbasiert erklärbar. Biologistische und evolutionäre Erklärungen für vermeintlich festgelegte Geschlechterunterschiede in die Richtung „Beschützender Mann" oder „Opfer Frau" dürften damit sozial konstruierte Wirklichkeit sein, unter deren starren Rollenzuschreibung alle Beteiligten leiden.

Gleichfalls bedeutet das für den Umgang mit Ängsten und Bedrohungen, dass geschlechtsunabhängige Empfehlungen am sinnvollsten scheinen. Durch den absichtlichen Verzicht auf binäre Geschlechter- und Genderunterscheidung wird auch der starren Einteilung in Männer und Frauen kein Raum gegeben.

3.2 Der Umgang mit Ängsten und Bedrohungen

Die R+V – Versicherung hat 2015 eine Umfrage durchgeführt, wovor die Menschen am meisten Angst hätten. Meist genannt wurden unter anderem Naturkatastrophen, steigende Flüchtlingszahlen, die Schuldenkrise und Terrorismus.

Aus meinem beruflichen Alltag in der klinischen Psychologie kenne ich eher andere Ängste, die genannt werden.

Hierzu zählen somato-psychische Bedrohungen wie die eigene Gesundheit, Informationsüberschuss & Mangel, mangelnde Zukunftsperspektive und Sinnkrisen. Sozial spielen die Gesundheit von Nahestehenden, Ausgrenzung & Abwertung, zu viel oder zu wenig Nähe und Bedrohungen der natürlichen Umwelt durch Naturkatastrophen und Umweltvergiftung eine wesentlich höhere Rolle.

Hier wird vermutlich eine Rolle spielen, dass eine kurze sachliche Befragung wohl eher nicht zu Antworten führen wird, die die Emotionen angemessen berücksichtigt.

[74] Tuzla ist die drittgrößte Stadt in Bosnien und Herzegowina. Sie ist insbesondere wegen der Aufrechterhaltung der ethnischen Pluralität während des Bosnienkrieges bekannt.

[75] Mit Cis-Gender werden Menschen bezeichnet, deren biologisches Geschlecht mit der gelebten Wirklichkeit und eigenen und sozialen Erwartungen übereinstimmt.

Angstauslösend ist eher, was uns in unserem Lebensalltag bedroht. Abstrakte Ängste und Bedrohungen werden eher abgewehrt und ignoriert. Gerade die Terrorangst macht aber auch deutlich, dass wir vor abstrakten Ängsten nicht immun sind, wenn uns diese in Erinnerung gerufen werden oder wir sie aktiv in Erinnerung rufen.

Dave Grossman, der oben erwähnte US-Militärpsychologe beschreibt die Situation wie folgt:

"We want desperately to be liked, loved and in control of our lifes; and intentional, overt human hostility and aggression – more than anything else in life – assaults our self-image, our sense of control, our sense of the world as a meaningful and comprehensible place, and, ultimately, our mental and physical health. (…) It is not fear of death and injury from disease or accident but rather acts of personal depredation and domination by our fellow human beings that strike terror and loathing in our hearts." (Grossman 1996, S. 76)

Am bedrohlichsten für uns sind dementsprechend nicht Gefahren für die eigene Person, sondern die Ängste um unser und vor unserem sozialen Umfeld. Dabei ist für den Umgang mit den Ängsten nicht relevant, ob diese echt oder eingeredet sind.

Wie können wir aber mit Ängsten umgehen? Sowohl eigene als auch die Ängste anderer sind für uns so gut wie immer subjektiv hoch relevant, weil unsere Aufmerksamkeit stark durch Angst gelenkt wird.

Umgang mit Ängsten Anderer

David Ropeik, Leiter des Risk Communication Zentrums der Harvard Universität, beschreibt in seinem Artikel „The consequences of fear" in der Zeitschrift: Science & Society die Herausforderung wie folgt:

"The first, most important, step is to recognize and accept that our perceptions are real, and have real effects on our behaviour and our health, regardless of whether those perceptions are grounded in facts that are supported by natural science. It is vital for risk managers in government, and risk investigators in science and business, to accept that whether people are 'right' is not the issue." (S. S59)

So schwer es gerade uns in Friedensorganisationen manchmal fällt, offensichtlich künstlich aufgebauschte Bedrohungen ernst zu nehmen – die Angst der Menschen müssen wir ernst nehmen, um sie wieder nehmen zu können. Von oben herab oder aus der Position der RechthaberInnen wird Ablehnung unserer Kommunikationsversuche die Folge sein, und eine Frontenverhärtung sehr wahrscheinlich werden.

Sich auf Augenhöhe zu begegnen erfordert auch, sich eigenen Ängsten und Unsicherheiten zu stellen, sich auf die Argumentation gut vorzubereiten und die eigene Menschlichkeit und die der anderen anzunehmen und zu stärken – eine reine Sachdebatte führt zu oft in eine Sackgasse. Die Informationen müssen zwar sachlich sein, sich aber an den konkreten Ängsten orientieren und Orientierung bieten. Dass dies eine Herausforderung in einer komplexen Welt ist, ist keine Frage.

Raum dafür schaffen ist wichtig – persönliche Begegnung funktioniert in den seltensten Fällen in öffentlichen Debatten, in denen Gruppenzugehörigkeiten im Vergleich zu persönlicher Veränderungsbereitschaft im Vordergrund stehen.

Ängste zu instrumentalisieren, um damit Menschen in erhoffte Richtungen zu drängen, scheidet aus meiner Perspektive als Mittel gewaltfreier Gemeinschaften aus. Methoden und Einflüsse, bei denen man achtsam bis vorsichtig sein sollte und diese nach Möglichkeit offenlegen und Alternativen erarbeiten und bieten sollte, beinhalten:

1. Ausnutzung der Erlernten Hilflosigkeit

   Erlernte Hilflosigkeit (im engl. Original „Learned helplesness"[76]) bezeichnet die Resignation im Angesicht scheinbar nicht auflösbarer Konflikte bzw. nicht abwendbarer, insbesondere sich

[76] Abramson, Seligman, and Teasdale (1978) haben einen guten Überblick über das Konzept geliefert.

wiederholender Bedrohungssituationen. Die Reaktion mit Passivität, selbst später im Angesicht möglicher Lösungen schränkt das gewaltfreie Konfliktbewältigungspotenzial von Menschen deutlich ein.

Das Konzept wird auch mit der Entwicklung depressiver Störungen in Zusammenhang gebracht. Hilfreich dürfte in jedem Fall der Rat sein, sich anhand der eigenen Lebensgeschichte immer wieder zu verdeutlichen, wo wir positiv Einfluss nehmen konnten und können. Hiermit kann das Gefühl von Hilflosigkeit effektiv begrenzt werden, sodass Erwartungen an sich selbst positive Veränderungsmöglichkeiten betonen und fördern können (siehe Abramson, Seligman, Teasdale 1978, S. 70).

Anderson & Wallace beschreiben als einen Unterschied zwischen konfliktbeteiligten und nicht-konfliktbeteiligten Gemeinschaften, dass in letzteren die AnführerInnen in ständigem Kontakt mit den BürgerInnen standen und Entscheidungen immer als beeinflussbar und nachvollziehbar erlebt wurden (2013, S. 60 – 61, 94). Passivität konnte so vermutlich entgegengewirkt werden.

2. Dauerhafte Angst erschwert Lernen, Gedächtnis und Konzentration

   Kognitive Fähigkeiten, und damit auch die Fähigkeit zu angemessenem Situationsverständnis werden deutlich beeinträchtigt bei andauernder Angst- und Stressreaktion.

   Hier ist es wichtig, immer wieder Ruhepunkte und Erholzeiten zu bieten, um die geistige Leistungsfähigkeit und das soziale Miteinander nachhaltig gestalten zu können. Diese müssen gerade in unserer Hochleistungsgesellschaft, die ja auch vor Ehrenämtern und Vereinen keinen Halt macht, immer wieder eingefordert und geübt werden.

3. Einfluss von Krisen auf Entscheidungen

   Als Krisen bewertete Situationen und die dabei ausgelöste Angst hängen statistisch mit konservativeren politischen Orientierungen zusammen, wobei dies eventuell stärker damit zusammenhängt, welche Partei zu dem Zeitpunkt die angstauslösenden Themen gut besetzt hält.[77] Ausgenutzt werden kann dies, indem Themen wie z.B. Zuwanderung als Krise bezeichnet bzw. überzeichnet werden. Auf Basis dieser Krisen-Bewertung bzw. Überwertung kann dann die (Nicht-)Reaktion anderer Parteien (die die vermeintlich existenzielle Krise ja so gar nicht bewertet hatten) als ungenügend bewertet werden und somit die eigene Partei als einzige Wahlmöglichkeit gestärkt werden.

   Solchen Wahrnehmungs- und daraus folgenden Bewertungsverzerrungen kann z.B. durch Offenlegung von Kommunikationsmustern begegnet werden. So kann die Kriegs- und Krisenberichterstattung regelmäßig auf Zusammenhänge mit anstehenden Wahlen analysiert und darüber berichtet werden, um das Verständnis für diese Taktik zu verbreiten und damit den Einzelnen die Möglichkeit zu geben, sich selbst und die eigene Reaktion gut zu beobachten und zu beeinflussen.

   Hilfreich kann sein, die vermeintlichen Krisen und erst recht die vermuteten Folgen einem Realitätstest zu unterziehen um aufgebauschte Bedrohungsszenarien mit den Fakten der Ge-

[77] Jost, J. T. et al. (2008) beschreiben den Zusammenhang zwischen Unsicherheit, Bedrohungen und politisch konservativen Einstellungen in drei Studien, zusammengefasst im folgenden Artikel: "Are Needs to Manage Uncertainty and Threat Associated With Political Conservatism or Ideological Extremity?", Personality and Social Psychology Bulletin 33, Seiten 989-1007
Vermeintlich im Widerspruch hierzu stehen Ergebnisse von Harald Schoen, der den Zusammenhang von Wirtschaftskrise und Bundestagswahl 2009 untersuchte (siehe Schoen, Harald (2010): "Die Wirtschaftskrise, Angst und politische Urteilsbildung. Eine Analyse zum Affective-Intelligence-Modell am Beispiel der Bundestagswahl 2009", Austrian Journal of Political Science, Band 33, Nr. 2), und statt erhöhter konservativer Einstellungen eher eine stärker auf spezifischen Sachthemen beruhende Wahlentscheidung ausmacht. Möglich erscheint aber, dass Unsicherheit und Bedrohung generell Parteien stärken, die diese Themen entsprechend in den Vordergrund rücken oder in diesem Bereich als kompetent wahrgenommen werden.

genwart bewerten zu können, statt in ängstlichem Wahn, oft mit stark einseitiger Themenfokussierung (siehe z.B. die angebliche alltägliche und postulierte existenzielle Bedrohung durch „den Islam"), verharren zu müssen.

4. Erschöpfung durch Dauerbedrohungen macht gereizt und aggressiv

   Kool (2008) beschreibt diesen Zusammenhang anhand einer Übersicht über Forschungen zu dem Thema. Auch aus dem Alltag ist dieses Phänomen uns allen bekannt. Wir reagieren gereizt, wenn wir erschöpft sind bzw. uns mit Situationen überfordert fühlen.

   Spirituelle Praktiken in Richtung Achtsamkeit können gut helfen, mit diesen Gefühlen besser umzugehen und uns auf das jetzt Machbare zu konzentrieren. Meditation und ähnliche Praktiken helfen dabei, die Perspektiven und eigenen Prioritäten auch angesichts drängender Erwartungen und Probleme durch andere im Blick zu behalten und frei zwischen Möglichkeiten zu wechseln – gerade auch abseits eigener Erwartungen.

5. Angstsituationen erleichtern Spaltung und negative Projektion

   Angstsituationen werden durch Feindbilder hervorgerufen und stärken diese gleichzeitig. Sommer (2004) hat diese Mechanismen unter anderem als Entmenschlichung, Schuldzuschreibung und doppelten Standard beschrieben (Sommer 2004, S. 305 – 307).

   Die doppelten Standards sind gerade wieder hoch aktuell im neu belebten Kalten Krieg. Die Stationierung von Abwehrraketen der NATO und deren gemeinsame Truppenübungen werden sehr anders medial rezipiert, als dies bei russischen Truppenübungen der Fall wäre.

   In Angstsituationen nicht in eine „Wir Guten" - „Die Anderen / Bösen" - Dichotomie zu verfallen, ist nicht einfach aber möglich. Sommer nennt hier insbesondere den Fokus auf gemeinsame Probleme & Aufgaben als ein mögliches Feld (Sommer 2004, S. 313). Dies würde auch erklären, warum lokale Nachbarschaftsinitiativen erfolgsversprechend erscheinen, um Bevölkerungsgruppen zu vereinen. Oft geht es in diesen Initiativen um gruppenübergreifende Interessen und damit um eben jene gemeinsamen Probleme und Aufgaben.

   Die Wiederholung von Stereotypen hilft hier nicht, da sie Gruppenzusammengehörigkeiten und auch die Grenzen zwischen Gruppen eher befördert. Sätze wie „Männer / Frauen sind halt so!" helfen eben nicht, Konflikte zwischen vermeintlich gegensätzlichen Gruppen zu klären, sondern manifestieren sie eher, da individuelle Menschen auf zugeschriebene Gruppenzugehörigkeiten reduziert werden.

   Die Aufrechterhaltung einer kollektiven Zugehörigkeit jenseits vermeintlich trennender ethnischer oder religiöser Unterscheidungen wird von Anderson und Wallace (2013, S. 90 - 91) als eine von mehreren Strategien bezeichnet, die eine Nichtbeteiligung an den Konflikten ermöglichten.

<u>Umgang mit eigenen Ängsten</u>

Die Auseinandersetzung mit der Frage, warum ich mich überhaupt in der Situation bedroht fühle, kann oft helfen, innerlich Abstand von dem Bedrohungsgefühl zu finden. Auch hilft es oft, sich klarzumachen, dass man ähnliche Situationen schon überstanden hat.

Eine Möglichkeit bietet das sogenannte Reframing – die Umbewertung einer Situation. Handelt es sich wirklich um eine Bedrohung oder steckt nicht vielleicht eine großartige Chance darin, mehr über mich oder andere zu erfahren? Sehr spannend fand ich den Begriff des „Lerngeschenkes", den ich von einer Kollegin während meines Studiums mitbekommen durfte. Allein schon, eine Situation als Lerngeschenk zu bezeichnen, bewertet die Situation um und kann ein bisschen Angst nehmen.

Eine weitere spannende Möglichkeit hat Freud beschrieben – die sogenannte Sublimierung. Wenn ihnen etwas Angst bereit, wie z.B. der Gedanke an beängstigende Bewertungssituationen auf der Arbeit, im Studium oder in der Schule, werden manche Menschen plötzlich sehr aktiv,

ihre Wohnung aufzuräumen oder stecken viel Energie in andere Aktivitäten, um die beängstigende Situation zu vermeiden.

Die Bitte um Unterstützung von Dritten kann oft helfen, Bedrohungen und die damit verbundenen Ängste beherrschbarer zu machen. Es kann auch hilfreich sein, sich überhaupt klar zu machen, was das Bedrohungsgefühl auslöst, um spezifisch darum zu bitten, dass eine bestimmte Situation vermieden wird (zu dichter Körperkontakt zum Beispiel).

Ängste können auch abgewehrt werden, indem ich anderen ihre Angst ansehe und mich lieber darum kümmere, als meine eigenen Ängste und Unsicherheiten einzugestehen. Bei Bedrohungen wird dies schnell kritisch, da ich dann, statt mein eigenes Bedrohungspotenzial zu sehen, lieber mit der Bedrohung durch andere beschäftige. Abseits der Sublimierung kann auch eine körperliche Aktivierung Zeichen von Bedrohung / Angst sein. Dann wird mehr gegessen und / oder exzessiv Sport getrieben.

Die Absicherung z.B. durch vertragliche Vereinbarungen kann auch eine Möglichkeit sein, Ängste händelbar zu halten. Hausordnungen sind eher alltäglich, Waffenstillstandsvereinbarungen eher nicht so alltäglich. Beide dienen aber dem formell abgesicherten Umgang mit bedrohlichen Situationen, wenn auch auf völlig verschiedenen Ebenen.

Als hilfreich haben sich generell nach Innen und Außen folgende zwei Formen der Angstbewältigung erwiesen:

Zum einen hilft es, achtsam im hier und jetzt zu bleiben. Dadurch können Katastrophengedanken vermieden werden. Außerdem kann der Gegenwartsfokus helfen, sich eigener Handlungsmöglichkeiten bewusst zu werden und aktiv zu werden – dies ist weder in der Vergangenheit noch der Zukunft möglich.

Zum anderen unterstützt es oft bei der Angstbewältigung, sich mit Menschen zu umgeben, mit denen man einen verwundbar-sicheren Raum teilen kann. In diesem Raum können dann Ängste und Unsicherheiten zur Sprache kommen. Veränderungspotenziale können klar angesprochen und deren Vor- und Nachteile abgewogen werden, während gleichzeitig Wertschätzung und Verständnis sichergestellt sind. Gewaltfreie Kommunikation (siehe Rosenberg 2003) konnte ich als effektive Unterstützung erfahren, um solche Räume schaffen zu können.

<u>Vom Militär lernen?</u>

Das US-Militär hat eine Menge Geld in Forschung und Programme zum Umgang mit Bedrohung gesteckt. Eines der Ergebnisse in den letzten Jahren ist das mit Unterstützung durch PsychologInnen erstellte „Comprehensive Soldier and Family Fitness" (CSF2) Programm. In diesem werden fünf Lebensbereiche als essenziell markiert für die physische und psychische Gesundheit und Widerstandsfähigkeit gegen Bedrohungen aller Art (US-Militär 2014, S. 7-8):

1. Physische Fitness
2. Emotionale Gesundheit
3. Soziale Einbindung
4. Spirituelle Klarheit
5. Familiäre Rückendeckung

Körperliche und emotionale Gesundheit bieten ein Gefühl von Kontrolle über das eigene Leben und Erleben. Hierdurch wird Angstbewältigung deutlich erleichtert. Physische Fitness erleichtert dem Körper, insbesondere auch dem Gehirn, effektiv und gut zu funktionieren. Gesundheit stabilisiert emotional Optimismus und Willensstärke.

Soziale Beziehungen, die vertrauensvoll, tief und erfüllend sind, erleichtern die Kommunikation generell, insbesondere aber bezüglich belastender oder unklarer Situationen.

Bezüglich der spirituellen Dimension werden Lebensziel, Grundüberzeugungen und die Visionen für das eigene Leben genannt. Diese charakterzeichnenden spirituellen / religiösen Überzeugungen können ethischen Rückhalt geben und das Durchhaltevermögen deutlich steigern.

Auch familiäre Beziehungen sind Ziel des Trainings. Die Unterstützung der primären Bezugsgruppe wird betont und dysfunktionale Beziehungsdynamiken als negativ für die Arbeitsfähigkeit von SoldatInnen bezeichnet. Beziehungsstress soll durch Training der SoldatInnen und Familienangehörigen vorgebeugt werden.

Aus meiner Perspektive stellt sich die Frage, wie wir als Friedensorganisationen mit diesen verschiedenen Ebenen besser umgehen lernen können. Es gibt zu oft zwischenmenschliche Konflikte, die unsere Fähigkeit zu konstruktivem Handeln beeinträchtigt. Woher bekommen wir soziale Rückendeckung? Wie kümmern wir uns individuell und als Gruppen um physische und psychische Gesundheit?

Oft werden zwar Menschen unterstützt, die in Krisen- und Konfliktgebiete gehen. Aber was passiert mit den Menschen, die hier bei uns Krisen aushalten und bearbeiten wollen oder müssen?

3.3 Abschließende Bemerkungen

Für den Umgang mit Angst sind aus meiner Perspektive zwei Elemente entscheidend: Wahrhaftigkeit und Wertschätzung.

Wenn es uns gelingt, uns gegenseitig und den politischen Gegnern mit menschlicher Wärme zu begegnen ohne die Wahrhaftigkeit unserer Überzeugungen verstecken zu müssen, haben wir viel geschafft.

Noch einmal ein Zitat von David Ropeik (2004):

„Risk communication is more effective when it sets a more modest goal: to accept that feelings are an important and valid part of why people react to risks they way they do, and to provide information about any given risk based on the psychological and emotional factors involved, in language relevant to and respectful of people's feelings, so that audiences are more trusting of and receptive to the communicator's message." (Ropeik 2004, S. S60)

Wenn wir gut mit Ängsten umgehen können wollen, müssen wir zuerst akzeptieren, dass Emotionen für Menschen zur Situationsbewertung wichtig sind – und eben nicht primär einen Störfaktor darstellen. Ohne Emotionen als Informationszusammenfasser könnten wir die Fülle an Informationen, die heutzutage auf uns zuströmen, gar nicht bewältigen.

Den konstruktiven Umgang mit Ängsten und Unsicherheiten zu fördern ist auch gesellschaftlich eine Aufgabe für uns. Andernfalls fördern Ängste Gegeneinander, Konflikte und die Spaltung in verschiedene Gruppierungen.

In dieser Gesellschaft (und weltweit) sollte es allen gut gehen können. Wir haben die Ressourcen, müssen uns aber trauen, sie auch hierfür einzusetzen. Artikel 14 des Grundgesetzes dürfte einigen Ängsten diesbezüglich gut begegnen können.

Da die durch anhaltende Bedrohungssituationen ausgelösten Stresshormone mittelfristig für den Körper und die Psyche schädlich sind, ist es aus psychologischer Sicht hilfreich, bessere Bewältigungsmechanismen zu verbreiten.

Feste feiern dürfte ähnlich wichtig sein wie ernst zu demonstrieren. Gemeinschafsübergreifende Feste können zusammenzubringen. Hierdurch kann das Sicherheitsgefühl gestärkt werden und gleichzeitig Gemeinschaft gefördert werden. Ein bunter Abend hier und da ist da ist ein guter Anfang, auf dem aufgebaut werden sollte.

Deswegen sei es mir am Ende noch gestattet, auf einen psycho-physischen Effekt hinzuweisen, den die meisten von uns aus ihrer Kindheit kennen. Als positiv erlebter Körperkontakt wie z.B.

Umarmungen, Kuscheln, die Hand auf die Schulter legen, etc. wirken sich positiv auf das soziale Miteinander aus, wirken auch angst-, stress- und schmerzreduzierend.[78]

Literatur

Abramson, L.Y., Seligman, M.E. and Teasdale, J.D. (1978): Learned helplessness in humans: critique and reformulation. *Journal of abnormal psychology*, *87*(1), S.49 – 74.

Anderson, Mary B. and Wallace, Marshall (2013): Opting Out of War – Strategies to prevent violent conflict. London, Lynne Rienner Publishers.

Bauer, Joachim (2011): Schmerzgrenze: Vom Ursprung alltäglicher und globaler Gewalt. München, Karl Blessing Verlag.

Damasio, Antonio (2003): Looking for Spinoza – Joy, Sorrow, and the Feeling Brain. Orlando, Mariner Verlag.

Grossman, Dave (1996): On Killing: The Psychological Cost of Learning to Kill in War and Society. New York, Back Bay Books.

Hüther, Gerald (2014): Biologie der Angst – Wie aus Streß Gefühle werden. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht.

Jost, J. T., Napier, J. L., Thorisdottir, H., Gosling, S. D., Palfai, T. P., & Ostafin, B. (2007): Are needs to manage uncertainty and threat associated with political conservatism or ideological extremity?. *Personality and social psychology bulletin*, *33*(7), S. 989-1007.

Kool, V. K. (2008): „The Psychology of Nonviolence and Aggression", London, Palgrave MacMillan Verlag

LoBue, V., & DeLoache, J. S. (2008). Detecting the snake in the grass attention to fear-relevant stimuli by adults and young children. *Psychological science*, *19*(3), 284-289.

McLean, C. P., & Anderson, E. R. (2009). Brave men and timid women? A review of the gender differences in fear and anxiety. *Clinical psychology review*, *29*(6), 496-505.

Ropeik, David (2004): The consequences of fear. Science & Society, Vol. 5, p. S56 – S60. Verfügbar unter http://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC1299209/pdf/5-7400228.pdf [16.05.16].

Rosenberg, Marshall B. (2003): Nonviolent Communication – A Language of Life. Encinitas, Puddle Dancer Press.

Sommer, Gert (2004): Feindbilder. In G. Sommer (Hrsg.), Krieg und Frieden – Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie, S. 303 – 316. Weinheim, Beltz Verlag.

US-Militär (2014). Army Regulation 350–53 zu Comprehensive Soldier and Family Fitness. Verfügbar unter http://csf2.army.mil/supportdocs/r350_53.pdf [16.05.16].

Uvnäs-Moberg K. (1997): Oxytocin linked antistress effects--the relaxation and growth response. Acta Physiol Scand Suppl., 640, p. 38-42.

Georg Adelmann ist Diplompsychologe und Mitglied im Vorstand des BSV.

[78] Siehe z.B. Uvnäs-Moberg (1997)

4. Widerstand gegen Rechtsextremismus

Christine Böckmann

4.1 Begriffe

Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus, Nazis, Neonazis, Freie Kameradschaften, Identitäre, NPD, AfD, Die Rechte, Der III. Weg, neonazistische Personen-Zusammenschlüsse, modernisierte Rechte, Neue Rechte… Die Begriffe sind vielfältig, um die Phänomene zu beschreiben. Differenzierungen sind schwierig, weil sie Fachwissen voraussetzen, das nicht bei allen vorhanden ist. Weil hier eine angemessene Begriffsdefinition den Rahmen sprengen, würde, gehe ich den Kompromiss ein und benutze den Begriff „Rechtsextremismus", weil er mir im Titel des Beitrages vorgegeben ist und allgemein verbreitet ist, obwohl ich die hinter diesem Begriff stehende Extremismustheorie[79] ablehne.

Was all den aufgezählten Phänomenen, Organisationen und Gruppen gemeinsam ist, ist eine sog. „Ideologie der Ungleichwertigkeit" von Menschen, die sich in der Abwertung und Ausgrenzung von gesellschaftlichen Gruppen bzw. von Menschen manifestiert, die diesen Gruppen zugeordnet werden.[80] Sie unterscheiden sich:

- In der Bereitschaft, diese Ungleichwertigkeit in die Tat umzusetzen, also Menschen ungleichwertig zu behandeln,
- in der Billigung und Ausübung von Gewalt und
- in den politischen Strategien.

4.2 Bedrohungen durch Rechtsextremismus und Rassismus: „Gemeint sind wir alle"

Die aktuellen Zahlen[81] des Verbandes der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt zeigen: In Ostdeutschland, Berlin und NRW haben sich im Jahr 2015 gegenüber 2014 die rechts motivierten Angriffe verdoppelt. Für die anderen Bundesländer lässt sich ähnliches vermuten.[82] Es sind v.a. Aktionen mit rassistischem Hintergrund, die im Jahr 2015 enorm zugenommen haben (Für Sachsen-Anhalt zählten die KollegInnen in 2014 10 Aktionen, für 2015 sind wir aktuell bei über 165).

---

[79] Vgl. zur Kritik am Extremismusbegriff das Positionspapier von Trägern in der Mobilen Beratung (2011): http://www.mobit.org/Material/110322_Umgang%20mit%20dem%20Extremismusbegriff.pdf, [12.05.2016].

[80] Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände, Frankfurt/Main 2002ff.

[81] http://verband-brg.de/index.php/de/48-09-03-2016-pressemitteilung-1747-faelle-politisch-rechts-motivierter-gewalt-in-ostdeutschland-berlin-und-nrw-unabhaengige-opferberatungsprojekte-veroeffentlichen-gemeinsame-statistik-fuer-2015 [22.03.2016].

[82] Dass die Statistik nicht für alle Bundesländer vorliegt, liegt daran, dass es nicht in allen Bundesländern Ressourcen für ein unabhängiges Monitoring gibt.

Das heißt: Rechtsextreme und rassistische Bedrohungen und Angriffe sind Alltag und Teil der Normalität, in der wir leben. Brandanschläge auf Unterkünfte für Geflüchtete sind schon so „normal" geworden, dass sie kaum noch eine überregionale Nachricht wert sind.

Wichtig ist ein Blick auf die Entwicklung der Tatmotivation: Neben den rassistischen Taten haben v.a. auch die Taten gegen politische GegnerInnen zugenommen. Die Zielgruppe der Bedrohungen und Angriffe ist somit größer geworden: Menschen in Willkommensbündnissen, MitarbeiterInnen in der Migrationsarbeit, Kirchenleitende etc. Und dies gilt bundesweit. Hassmails an Menschen und Organisationen, die sich für Geflüchtete engagieren oder Beratung bereitstellen, werden z.T. bundesweit an alle Emailadressen verschickt, die öffentlich zugänglich sind. Wer sich öffentlich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und/oder für Geflüchtete positioniert, muss damit rechnen, ins Visier zu geraten.

Schon im Juni 2013 hieß es daher treffend in einem Aufruf aus München: „Solche Angriffe treffen wenige, Einzelne. Sie sind aber Angriffe auf uns alle und auf eine offene, antirassistische Gesellschaft!"[83]

Die „Mitte der Gesellschaft" als Teil des Problems

Die These, dass rechtsextremistische und rassistische Einstellungen auch in der „Mitte der Gesellschaft" vorhanden sind,[84] bewahrheitet sich derzeit im eigenen Alltagsleben. Denn auch wir kennen aus unserem eigenen Umfeld Menschen, die sich abwertend über andere Menschen äußern, die die rassistische Hetze auf Facebook teilen, die die AfD wählen oder die zu Pegida und deren Ablegern gehen. Rassistische Diskurse gibt es auch in unserem eigenen Umfeld: in unseren Familien, unseren Gemeinden und Ortsvereinen und auch in unseren Friedensgruppen und anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Das heißt aber auch: Das eigene private Umfeld ist unter Umständen kein sicherer Ort mehr.

Orte und Gruppen, in denen alle den Konsens der Gleichwertigkeit aller Menschen teilen, sind somit längst nicht mehr selbstverständlich, sondern ein seltenes Gut, das wir schützen müssen. So macht sich unter Umständen leicht ein Gefühl der Einsamkeit breit: Wo bin ich sicher und kann auch Privates preisgeben? Wo kann ich offen reden, wo auch meine Unsicherheiten und Ängste äußern?

Rechte Strategien lassen die Grenzen zwischen „rechts" und „links" verschwimmen

Die rechten Strategien des Mimikry und der Verstellung erschweren uns die „Unterscheidung der Geister". Die Verfremdung linker Symbole durch Rechte ist schon lange Thema bei einschlägigen Fortbildungen. Das Standardbeispiel vom Neonazi in Che Guevara-T-Shirt („Nicht nur Che wäre bei uns") ist zwar inzwischen schon wieder out, aber diese Strategie hat in den letzten Monaten eindeutig zugenommen und beschränkt sich längst nicht mehr nur auf Symbole und Slogans: „Rapefugees not welcome", Friedenstauben bei rechten „Nein zum Heim"-Bürgerinitiativen, Neonazis, die mit Pace-Fahnen in Militärgelände eindringen…[85]

Dies hat Folgen: Wenn einem an Tagen von rechten Demonstrationen und entsprechenden Gegenprotesten eine Gruppe von schwarzgekleideten jungen Leuten mit kleinen Buttons an den Basecaps begegnen, kann es entscheidend sein zu wissen, ob auf den Buttons „Good night white pride" oder „Good night left side" steht.

Auch inhaltlich verstellen sie sich oder geben sich nicht sofort zu erkennen: Und laut eigenen Aussagen sind sie im Zweifelsfall alle „DemokratInnen" oder „gewaltfrei". Die „Ich bin ja nicht rechts / rassistisch / antisemitisch, aber…"- Rhetorik gehört schon fast zum guten Ton, wenn

[83] http://gemeint-sind-wir-alle.de/aufruf/ [22.03.2016].

[84] Vgl. dazu v.a. die sog. „Mitte"-Studien, zuletzt Oliver Decker / Johannes Kiess / Elmar Brähler: Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, Leipzig 2014, online http://research.uni-leipzig.de/kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf [13.05.2016].

[85] Vgl. http://www.dasversteckspiel.de/index.php?id=28&s=24&finder=1 [9.05.2016].

man nicht gerade unter sich ist. Ich habe bei „Magida"-Kundgebungen mehrere Parteigrößen von NPD und „Die Rechte" ihre Reden beginnen hören mit „Ich bin nicht rechts." Man kocht vegan, engagiert sich für den Umweltschutz („Umweltschutz ist Heimatschutz") oder eben auch mal für den Frieden.

Ihre politischen Strategien und Vorgehensweise sind den unseren ähnlich bzw. gleich. Es gibt Guerillamarketing von rechts, der „Deutsche Widerstand 2.0"[86] hängt nachts Banner von Brücken und neurechte Kreise denken über Widerstandsformen[87] nach und zitieren die entsprechende Literatur von Saul Alinsky bis zur Kommunikationsguerilla.

Ein krasses Beispiel für diese Strategie der Rechten aus diesem Frühjahr in Sachsen-Anhalt: Anlässlich der Landtagswahl führte das Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt[88] ein Projekt zur politischen Partizipation für Menschen ohne Wahlrecht durch. Ein Teil davon war die Durchführung einer Probewahl für MigrantInnen. Bereits ein Monat im Vorfeld behauptete die AfD Jerichower Land, es werde damit eine Wahlfälschung vorbereitet. Diese Behauptung wurde von zahlreichen anderen AkteurInnen weiterverbreitet, und man rief zu „Kontrollbesuchen" in den Wahllokalen auf. Die Diskussionen in den sozialen Netzwerken zum Thema wurden entsprechend anstrengend, das Landesnetzwerk und die Organisatoren der Wahllokale erhielten Hassmails. In der Nacht vor der Probewahl wurde dann das Büro des Landesnetzwerkes zugemauert. Zu der Tat bekannte sich die Gruppe „Kontrakultur Halle", eine der Bewegung der Identitären[89] zuzuordnende Gruppe (Die Identitären machen derzeit immer mal wieder Schlagzeilen, weil sie Banner auf öffentlichen Gebäuden enthüllen oder Theateraufführungen stören).

Natürlich geht es bei diesen Strategien neben der Einschüchterung auch darum, uns zu verwirren und selbst in der Mitte der Gesellschaft anzukommen. Man will sich so neue Bündnispartner erschließen und selbst als harmlos erscheinen. Darum ist es so wichtig, diese Strategien zu erkennen und genau hinzuschauen und hinzuhören, wenn einem im politischen Tun neue Menschen oder Gruppen begegnen. Eine gesunde Skepsis ist angebracht, denn der Mensch, der z.B. von „gewaltfrei" oder „für den Frieden" redet, könnte auch ein Neonazi sein.

Schwierigkeiten von anderer Seite

Und auch von anderen Seiten wird einem der gewaltfreie Widerstand gegen Rechtsextremismus nicht gerade leicht gemacht: Als beispielsweise die Stadt Templin Anfang März 2016 ihr Rathaus anlässlich eines NPD-Aufmarsches mit Bannern mit der Aufschrift „Templin ist bunt" schmückte, ließ die Polizei die Banner aus „Deeskalationsgründen" entfernen. „Sie seien geeignet gewesen, die Befindlichkeiten der dortigen Veranstalter zu berühren, hieß es."[90]

Viele AktivistInnen können über manch schwierige Diskussionen in Verhandlungen mit Versammlungsbehörden oder Polizei erzählen. Friedliche Proteste werden kriminalisiert, Protest in Hör- und Sichtweite immer wieder unmöglich gemacht, von überzogenen „Maßnahmen zur Gefahrenabwehr" ganz zu schweigen.

Wenn aber selbst relativ harmlose Slogans schon als Anlass zur Eskalation gewertet werden, wenn friedliche BürgerInnen kriminalisiert werden, weil sie in der Öffentlichkeit das tun wollen, wozu sie immer wieder aufgefordert werden, nämlich für Demokratie und Menschenrechte ein-

[86] Z.B. http://www.pi-news.net/2016/03/deutscher-widerstand-2-0-neue-fotos/ [28.04.2016].

[87] Z.B. http://www.sezession.de/heftseiten/heft-70-februar-2016 [28.04.2016].

[88] Vgl. http://www.lamsa.de/index.php [12.05.2016].

[89] Vgl. zur Bewegung der Identitären den Lexikoneintrag bei „Netz gegen Nazis": http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/die-%E2%80%9Eidentit%C3%A4re-bewegung%E2%80%9C-open-source-ideologie-aus-dem-internet-9343 [13.05.2016].

[90] Nordkurier vom 10. März 2016, online hier: http://www.nordkurier.de/templin/bunte-banner-auf-geheiss-der-polizei-abgenommen-1021187603.html, [09.05.2016].

zustehen: Welchen Spielraum haben dann demokratische Initiativen, bürgerliche Bündnisse und gewaltfreier Widerstand?

Trotz allem lassen sich die Aktiven im Widerstand gegen Rechtsextremismus, Rassismus und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit[91] nicht einschüchtern und entwickeln immer wieder neue kreative und wirksame Aktionsformen. Davon soll nun die Rede sein.

4.3 Strategien im gewaltfreien Widerstand gegen Rechtsextremismus

Um wirksam gegen Rechtsextremismus, Rassismus und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu arbeiten, haben sich folgende Strategien bewährt:

- Informieren und Aufmerksamkeit schaffen
- Opfer und Betroffene schützen und stärken[92]
- Die sog. „Gegenkräfte" stärken und deutlich Position beziehen
- Menschenrechte stärken
- Eine menschenfreundliche und demokratische Kultur fördern und schaffen

Die konkreten Aktionen sind zahlreich. Dennoch gibt es in politischen Diskussionen immer wieder ähnliche Vorwürfe an die AktivistInnen: Menschen würden sich nicht trauen, Gesicht zu zeigen. Es gäbe keine guten Ideen. Keiner würde was machen. Gerne verknüpft werden diese Klagen und Vorwürfe mit Ortsangaben: Im Osten gäbe es niemanden, der sich gegen die Nazis zur Wehr setzt, in Sachsen, in Sachsen-Anhalt, in Magdeburg…

Dass diese Vorwürfe haltlos sind, zeigt eine Fülle von Aktionen, von denen ich hier nur eine Auswahl beschreiben kann. Der Kreativität sind dabei keine Grenzen gesetzt. Und oft sind es insbesondere die verrückten Ideen, die wert sind, umgesetzt zu werden.

Aufmerksamkeit schaffen durch „Gesicht zeigen"

> Unter dem Motto „Magdeburg zeigt Gesicht gegen Nazis" wurde im bitterkalten Januar 2009 ein leerstehender Zehngeschosser in der Innenstadt mit über 400 großformatigen Porträtfotos beklebt.[93] Die Installation war anschließend insgesamt 15 Monate lang sichtbar. Damals war es kein Problem, Menschen für die Aktion zu begeistern. Z.T. haben wir die Porträtierten einfach während des Weihnachtsmarkts angesprochen und sie anschließend in einem mobilen Fotostudio im Rathaus fotografiert. Ob das heute auch noch so einfach ginge?

Banner und Transparente

> Sehr öffentlichkeitswirksam ist das Aufhängen von Bannern in der Öffentlichkeit. Dies wird gerne am Rande von Demostrecken getan oder auch an Plätzen, auf denen regelmäßig Veranstaltungen stattfinden. So haben z.B. das Staatsschauspiel und die Semperoper in Dresden gegen „Pegida" vor der eigenen Haustür Flagge gezeigt. Auch Kirchen und Kirchengemeinden nutzen regelmäßig diese Möglichkeit (Hilfreich ist es, wenn vorgefertigte Banner für eine Aktion einfach ausgeliehen werden können). Als 2011 die Stadt Neuruppin einen Parteitag der NPD in ihrem Kulturhaus zulassen musste, mussten die Delegierten durch ein Spalier von Bannern von „Neuruppin bleibt bunt" laufen. Und im Versammlungssaal hing eine großformatige Ausstellung mit Fotos Neuruppiner BürgerInnen, die sich gegen Nazis engagieren.

---

[91] Vgl. zum Begriff der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit https://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/GMF/Gruppenbezogene_Menschenfeindlichkeit_Zusammenfassung.pdf, l[13.05.2016].

[92] Vgl. hierzu das sog. Beratungsnetzwerk von mobiler Beratung und mobiler Opferberatung: http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/ und http://verband-brg.de/index.php/de/ [12.05.2016].

[93] Nähere Infos: http://hingucken-denken-einmischen.de/projekte_haus_der_lehrer.html [11.05.2016].

Und so sieht man auf den Fotos von diesem NPD-Parteitag häufig auch die Bilder derjenigen, die sich vor Ort gegen die Aktivitäten und Inhalte der NPD engagieren.

Protest gegen Szeneläden

Die Proteste gegen Läden mit Szenekleidung wie z.B. die in der Neonaziszene beliebte Kleidungsmarke „Thor Steinar“[94] sind langwierig und daher zeitaufwändig und kräftezehrend. Um einen dauerhaften Protest gegen einen Thor Steinar-Geschäft im Magdeburger Hundertwasserhaus zu haben, wurde im April 2008 ein entsprechend dekorierter Altkleidercontainer vor dem Geschäft aufgestellt.[95] Vor anderen Szeneläden standen schon Aufsteller, Container mit Ausstellungen darin oder man hängte Plakate in die Schaufenster benachbarter Geschäfte.

Kreativer Protest gegen rassistische oder andere missliebige Infostände

AfD-Infostände wurden schon mit einem Flashmob von Menschen friedlich eingekreist, ein „antirassistischer Schutzwall“ dagegen aufgebaut oder mit Straßenkreide wurden Grenzen gemalt oder politische Botschaften auf der Straße geschrieben.

Initiativen von GastronomInnen

RassistInnen den Raum nehmen können auch Gewerbetreibende wie z.B. gastronomische Betriebe: Ausgehend von der Initiative „Keine Bedienung für Nazis“[96] in Regensburg gibt es inzwischen in mehreren Kommunen Initiativen von gastronomischen Betrieben, die sich öffentlich sichtbar gegen Rassismus und Diskriminierung zur Wehr setzen. Neben der gemeinsamen deutlichen Positionierung und ihrer Wirkung in der Öffentlichkeit sind solche Initiativen ein wichtiges Signal an potenzielle Opfer rechter Gewalt: Sie können erwarten, im Zweifelsfall in diesen Einrichtungen nicht allein gelassen zu werden.

Unfreiwillige Spendenläufe

Im November 2014 wurde diese Aktionsform in Wunsiedel zum ersten Mal durchgeführt: Unter dem Motto „Rechts gegen Rechts“[97] wurde ein Gedenkmarsch von Neonazis zu einem unfreiwilligen Spendenlauf umgedeutet. Mit jedem Meter wurden Spenden für die Aussteigerinitiative „EXIT“ gesammelt. Diese Aktionsform fordert einen hohen Aufwand in der Vorbereitung. Denn je perfekter die Inszenierung ist – in Wunsiedel gab es u.a. Markierungen auf der Straße und einen Verpflegungsstand mit Bananen am Ort der Zwischenkundgebung – umso größer ist die Verblüffung. Inzwischen gab es verschiedene weitere unfreiwillige Spendenläufe. In Magdeburg haben wir im Mai 2015 einen „Spaziergang“ des hiesigen Pegida-Ablegers „Magida“ zu einem Spendenlauf für die Islamische Gemeinde umgedeutet.[98] Auch bei uns war der Aufwand in der Vorbereitung wesentlich größer als bei anderen Protesten, doch die Stimmung beim Protest war an diesem Abend einmalig. Endlich erlebten wir alle wieder einmal einen Montagabend, an dem sich alle ohne Angst in der Innenstadt aufhalten konnten.

Sprachliche Gegenkräfte: „HoGeSatzbau“

„Die „Hooligans Gegen Satzbau™“ haben es sich zur Aufgabe gemacht, nationalen Bildungsflüchtlingen einen Ort zu bieten, an dem sie ihre Deutschwerdung sprachlich liebevoll erarbeiten können. Dazu korrigieren wir ihre Beiträge, die sie in den Weiten des Internets zum Besten geben.[99] Kreativ macht man sich über die Sprache der Neonazis lustig, veralbert

---

[94] Vgl. zu „Thor Steinar“: http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/thor-steinar [12.05.2016].

[95] https://bgrmagdeburg.wordpress.com/2008/04/21/%E2%80%9Ethor-steinar-zu-putzlappen%E2%80%9C/, [09.05.2016].

[96] Vgl. http://keine-bedienung-fuer-nazis.de/, [13.05.2016].

[97] Vgl. http://rechts-gegen-rechts.de/ [11.05.2016].

[98] Nähere Infos: https://bgrmagdeburg.wordpress.com/2015/05/12/euer-lauf-baut-auf-nachlese/ [11.05.2016]

[99] http://hogesatzbau.de/ueber-hogesatzbau/ [11.05.2016].

ihre Slogans („Write Pride“) und organisiert den „Witzkrieg“. Nachdem einem mal die Rechtschreibung bei einer Beschimpfung des politischen Gegners als „linkes Kommunistenpack“ misslang, tragen inzwischen viele AktivistInnen gern die Selbstbezeichnung „Linkes Komponistenpack“.

Sehr entlastend ist auch ihre Aktion #Abhaken[100]: Statt immer wieder in Kommentarspalten die gleichen Argumente gegen Nazipostings zu tippen, kann man vorbereitete Grafiken reinkopieren und erspart sich so die anstrengende und nervige immer gleiche Auseinandersetzung.

Was tun gegen Gerüchte und Falschmeldungen?

Mit der Hetze gegen Geflüchtete hat die Verbreitung von Gerüchten und Falschmeldungen zugenommen: Ob Diebstahl im lokalen Einkaufsmarkt, geschächtete Zootiere, gewilderte Schwäne, Gewalttaten oder Falschparken: Keine Falschmeldung ist zu absurd, um nicht online und offline Verbreitung zu finden. Die Aufklärung und Gegenargumentation in jedem einzelnen Fall ist mühsam. Dass sich dahinter eine gezielte Stimmungsmache verbirgt, ließ sich nie belegen – bis Menschen anfingen, all diese Geschichten und Falschmeldungen zu sammeln und in einer Karte im Internet einzutragen. Die „Hoaxmap“[101] ist damit ein wichtige Informationsquelle, mit der man nachweisen kann, dass sich die Geschichten gleichen.

Was tun gegen Bürgerwehren?

Eine kreative Idee kommt dazu aus Finnland: Abends und nachts ziehen Clowns durch die Straßen, verteilen Umarmungen, sprechen Menschen an, um so die Angst zu vertreiben.[102] Und sie bringen z.T. auch die rassistischen Bürgerwehren in Verlegenheit…[103]

Wann gibt es „Demo-Sold“?

Die Behauptung, GegendemonstrantInnen gegen Naziaufmärsche würden bezahlt werden, gibt es schon lange. Also gibt es inzwischen Formulare für Honorar- und Reisekostenabrechnungen von Organisationen wie dem „Antifa e.V.“ und der „Antifa Reisen GmbH“ zum Download im Internet. Beim Bundeskongress der Jusos in der SPD wurde im November 2015 ein Antrag gestellt, den Demo-Sold zu erhöhen.[104] Dieser wurde bewilligt und in Teilen der rechten Szene ernst genommen. Im Februar 2016 hat nun dazu ein AfD-Abgeordneter des Thüringer Landtages eine parlamentarische Anfrage gestellt,[105] um u.a. zu erfahren, ob denn die Demonstrations- und KundgebungsteilnehmerInnen diese Einnahmen auch ordentlich versteuern. Ende März erfolgte die Antwort aus dem Thüringer Finanzministerium: „Eine Auslobung und Zahlung entsprechender Gelder ist nicht erfolgt“[106] (Ich weise hiermit ausdrücklich darauf hin, dass diese Aussage nur für den Bereich des Bundeslandes Thüringen Gültigkeit hat).

---

[100] http://hogesatzbau.de/abhaken/ [11.05.2016].

[101] http://hoaxmap.org/index.html, [11.05.2016].

[102] http://urbanshit.de/die-finnische-buergerwehr-soldiers-odin-wird-von-einer-horde-clowns-getrollt/ [11.05.2016].

[103] https://www.youtube.com/watch?v=n85LwLsvSfc [11.05.2016].

[104] Vgl. https://www.yumpu.com/en/document/view/54820568/antragsbuch-2015/91 [12.05.2016].

[105] Thüringer Landtag: Kleine Anfrage Nr. 888 vom 16.02.2016, http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/57506/steuer-und-sozialrechtliche-behandlung-von-berufs-und-gewerblichen-demonstranten.pdf [12.05.2016].

[106] Thüringer Landtag: Drucksache 6/1954 vom 30.03.2016, http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/57958/steuer-und-sozialrechtliche-behandlung-von-berufs-und-gewerblichen-demonstranten.pdf [12.05.2016].

4.4 Und „die Friedensbewegung"?

Ganz abgesehen davon, ob es „die Friedensbewegung" per se gibt: Friedensorganisationen werden von außen oft als „die Friedensbewegung" wahrgenommen, so z.B. auch von meinen MitstreiterInnen in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus, die mir als „Mitglied der Friedensbewegung" dementsprechend Fragen stellen oder Vorgänge thematisieren.

In diesen Gesprächen zeigt sich für mich: Die teilweise Zusammenarbeit mit den problematischen Montagsmahnwachen und der „Friedenswinter" haben der Glaubwürdigkeit von Friedensorganisationen im Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus eindeutig geschadet. AktivistInnen fragen sich, ob Friedensorganisationen auf ihrer Seite stehen, wenn Hinweise auf die Hintergründe von Kooperationspartnern ignoriert werden oder, anstatt auf Angebote zur Unterstützung bei der „Unterscheidung der Geister" einzugehen, entgegnet wird, man würde „die Nazikeule schwingen" oder die politischen Ziele nicht ernst nehmen. „Für den Frieden brauchen wir jeden auf der Straße". war ein Argument, das auch ich häufig in Diskussionen mit Friedensbewegten gehört habe.

Gerade in diesen Auseinandersetzungen haben meine KollegInnen und ich „Friedensbewegung" als Teil des Problems wahrgenommen. „Warum fällt ihnen die Abgrenzung so schwer, während sie sonst überall auf der Welt für die Einhaltung der Menschenrechte einstehen? Warum dann hierzulande nicht?" wurde ich oft von MitstreiterInnen gefragt – und hatte keine zufriedenstellenden Antworten.

Wenn Friedensbewegte Teil des Problems sind, können sie aber auch Teil der Lösung werden: Wenn sie Fehler erkennen, Unterstützung annehmen zur „Unterscheidung der Geister", sichtbar und aktiv lokale und überregionale Initiativen gegen Rechtsextremismus unterstützen und für Demokratie und Menschenrechte auch im Inland einstehen.

Letzteres ist u.a. in den Sozialen Netzwerken notwendig. Ich kann es verstehen, wenn Menschen aus Gründen des Datenschutzes Vorbehalte haben, aber für alle, die sich dort bewegen: Ihr werdet gebraucht! In den Kommentarspalten der Medien bei Facebook, wenn bei Twitter Hashtags von HetzerInnen gekapert werden, sind wir VerteidigerInnen von menschenrechtlichen Standards oft in der Minderheit. Ich fühle mich dort oft einsam und alleingelassen in der Zivilcourage gegen Hass und Hetze.

Und wenn wir die These von der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit aus der Mitte der Gesellschaft ernst nehmen - und das sollten wir, weil sie sich immer wieder bewahrheitet – dann sollten sich auch Organisationen und Gruppen in der Friedensarbeit selbstkritisch und ehrlich fragen: Wo gibt es bei uns Menschen, die die Gleichwertigkeit in Frage stellen? Wo werden in unseren Reihen Feindbilder geschürt, Menschen ausgegrenzt oder abgewertet, Verschwörungstheorien reproduziert oder einfache Lösungen auf komplizierte politische Fragen propagiert? Und wie reagieren wir darauf?

4.5 Dialog?

Vor allem aus gewaltfreien Kreisen wird mir immer wieder gesagt, man müsste als Gewaltfreie mit allen Menschen ins Gespräch kommen, die Bedürfnisse der Neonazis ernst nehmen und im Dialog und Interessenausgleich eine Lösung suchen. Doch was da von mir verlangt wird, ist folgendes: Ich soll mit denjenigen reden, die mich beleidigen, mich bedrohen, mir am Fahrrad die Reifen zerstechen oder die Bremsen demolieren.

Zudem ist zu fragen: Was würde ein Gespräch mit diesen Menschen verändern? Befinden wir uns im Dialog mit Menschen, die die Gleichwertigkeit aller ablehnen, noch auf einer gemeinsamen Basis? Welchen Interessensausgleich kann es geben zwischen Menschen, die auf die Straße gehen, um ihre Botschaft „Wir wollen keine Asylantenheime" zu verkünden, und Menschen, die Geflüchtete aufnehmen wollen? Worüber sollen wir verhandeln - über die Zahl der Unterkünfte, über die öffentliche Sichtbarkeit von Geflüchteten oder von Religionen, die von den einen als

„fremd“ definiert werden und deshalb aus ihrer Sicht verschwinden sollen? Und wer schützt uns, wenn wir dann mit diesen Menschen reden? Da wir bei den Protesten gegen die öffentlichen Auftritte dieser Menschen oft alleine sind, befürchte ich, dass dann nicht viel mehr Menschen zur Unterstützung dort wären…

Viel wichtiger als diese Grenzbereiche des Dialogs mit Menschen, die nicht dialogbereit sind, auszuloten finde ich es, die Menschen in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus nicht alleine zu lassen. Denn diese Fragen finde ich viel entscheidender für die Entwicklung unserer Gesellschaft: Wer unterstützt die „Unterdrückten“, Marginalisierten, diejenigen, die in den Fokus der Rechten, RassistInnen und HetzerInnen geraten? Wer unterstützt die MenschenrechtsaktivistInnen in den Orten, die die meisten nur aus den Negativschlagzeilen der Nachrichten kennen: die MenschenrechtsaktivistInnen in Bitterfeld, Freital, Jamel, Heidenau, Nauen, Tröglitz…?

4.6 Nachwort

Dieser Vortrag wurde kurz vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt gehalten und mündete an dieser Stelle in eine politische Diskussion.

Inzwischen hat sich hier die Lage geändert. Nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse entstand ein politisches Skandalgeschrei über das Abschneiden der AfD und es folgten zahlreiche Erklärungen und Analysen dazu. Für mich fühlt es sich derzeit (wieder) so an, als lebte ich in einem politischen Krisengebiet, auf das die Medien und die ExpertInnen von außen schauen und schlaue Ratschläge erteilen, was „man“ bzw. unsereins jetzt tun müsste (meist ohne dass wir gefragt werden, was aus unserer Sicht nötig wäre).

Die Menschen, die sich hierzulande gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit engagieren, benötigen für ihre Arbeit dringend weitere BündnispartnerInnen. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten des gewaltfreien Widerstandes. Menschen, Gruppen und Organisationen aus der Friedensszene haben viele Gelegenheiten, gemeinsam mit den vorhandenen AkteurInnen aktiv und wirksam zu sein. Es ist bitter nötig, dass „die Friedensbewegung“ hier stärker aktiv wird.

Dabei geht es um weit mehr als den Protest gegen den nächsten Naziaufmarsch, den Pegida-„Spaziergang“ oder das laute Skandalgeschrei nach Wahlergebnissen oder Äußerungen von AfD-PolitikerInnen.

Es ist ein Konflikt um die Verteidigung der Gleichwertigkeit aller gegen die Ideologien der Ungleichwertigkeit. Es geht damit um nichts Geringeres als die Umsetzung und Verteidigung der Menschenrechte.

Christine Böckmann ist Mitarbeiterin von Miteinander e.V.

5. Aktuelle Krisen und Kriege

Karl Grobe

Ich beginne mit einem 300 Jahre alten Gedicht von Andreas Gryphius, Zeitzeuge des Dreißigjährigen Krieges, einem der großen deutschen Barockdichter. Das Gedicht hat den Titel: „Es ist alles eitel".

Du siehst, wohin du siehst, nur Eitelkeit auf Erden.
Was dieser heute baut, reißt jener morgen ein:
Wo jetzt noch Städte stehn, wird eine Wiese sein,
Auf der ein Schäferskind wird spielen mit den Herden.

Was jetzt noch prächtig blüht, soll bald zertreten werden.
Was jetzt so pocht und trotzt, ist morgen Asch' und Bein,
Nichts ist, das ewig sei, kein Erz, kein Marmorstein.
Jetzt lacht das Glück uns an, bald donnern die Beschwerden.

Der hohen Taten Ruhm muss wie ein Traum vergehn.
Soll denn das Spiel der Zeit, der leichte Mensch, bestehn?
Ach! Was ist alles dies, was wir für köstlich achten,

Als schlechte Nichtigkeit, als Schatten, Staub und Wind;
Als eine Wiesenblum', die man nicht wieder find't.
Noch will, was ewig ist, kein einzig Mensch betrachten!

Das ist ein Anti-Kriegs-Gedicht. Das Wort Krieg kommt nicht darin vor.

5.1 Kriegsverschleierungen

Als wir in dieser Republik am 16.11.2001 von einem Bundeskanzler darum gebeten wurden, uns an einem Krieg zu beteiligen, hat er das Wort vermieden. Er sprach von der „uneingeschränkten Solidarität" mit der USA nach 9/11, es war eine Entscheidung zu treffen über die Bereitstellung von Bundeswehreinsätzen im Kampf gegen den Terrorismus. Bei dem Wort „Bundeswehreinsätze" hätte man die Übersetzung für „war against terror" gebraucht. Im Bundestag fiel diese nicht. Schröder hätte die einzelnen Abgeordneten durchzählen können, und er hätte eine deutliche Mehrheit für die „Einsätze" erkannt. Die CDU war geschlossen dafür. Die FDP - mit zwei oder drei Ausnahmen - war dafür. In der SPD gab es auch eine Mehrheit. Selbstverständlich war die Linke dagegen und die Grünen außer wenigen unentschlossenen, pragmatischen, realistischen Stimmen ebenfalls dagegen. Aber Schröder wollte die „eigene Mehrheit" - das geschlossene Votum der Koalition - und stellte die Vertrauensfrage. Er stellte damit den einzelnen Abgeordneten also nicht die Gewissensfrage, für Krieg oder Frieden zu stimmen. Er zwang damit die CDU, für den Frieden zu stimmen, weil sie ja Opposition gegen Schröder war. Er zwang die Friedensfraktion innerhalb der SPD, für den Krieg zu stimmen, weil er ihr Kanzler war. Und er zwang den Koalitionspartner, die Grünen, zu einer aberwitzigen Entscheidung – nämlich auszu-

zählen, wie viele Friedensstimmen diese Fraktion sich erlauben konnte, damit Schröder trotzdem die Mehrheit fand. Damit war die Verfassungsordnung auf den Kopf gestellt. Sie sagt: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das Volk ist souverän. Das Grundgesetz sagt im ersten Satz: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Hier wurde aber die Entscheidung gefragt: Seid ihr für Schröder oder seid ihr gegen Schröder? Das heißt, der Wert der Kanzlerschaft, der Wert des persönlichen Vertrauens in diesen Kanzler, stand über den beiden Verfassungswerten „Würde des Menschen" und „Souveränität des Volkes". Man kann ergänzen, dass das Parlament der Vertreter der Volkssouveränität ist. Und dass der/die einzelne Abgeordnete seinem/ihrem Gewissen verantwortlich und an Weisungen nicht gebunden ist. Es hat fast niemand damals thematisiert, was da geschehen ist.

Zum zweiten Mal wurde das Thema Krieg im Jahr darauf verschleiert. Bundesverteidigungsminister Peter Struck sprach vom „deutschen Beitrag zur Stabilität", vom Stabilisierungseinsatz in Afghanistan. Nicht vom Krieg, sondern von einer friedenserhaltenden, friedensstiftenden Aufbaumission. Struck formulierte: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt". Der Nachfolger Strucks, Karl-Theodor zu Guttenberg, gebrauchte dann neun Jahre später zum ersten Mal im Parlament das Wort „Krieg". Der Spiegel wetterte: „Dies ist ein Tabubuch". Nicht das Tabu der Kriegsführung, sondern dass jemand das Wort in den Mund nimmt. Damit ist ein großer Teil der semantischen Unsicherheit der deutschen Presse bezeichnet, oder besser: der Verlogenheit. Über den Krieg berichten, heißt dann häufig: eine Umschreibung finden, in der das Wort Krieg nicht vorkommt. So haben wir keine Kriegsminister, sondern Verteidigungsminister, so haben wir in Bonn eine Akademie, die zum Bundesverteidigungsministerium gehört, die Sicherheitsakademie, die einen engen Sicherheitsbegriff kennt (das ist der mit der Knarre, mit dem Panzer, mit den modernen Waffen) und einen erweiterten Sicherheitsbegriff. Der bedeutet auch: Eingreifen in soziale Bedingungen und Beziehungen eines jeweiligen Gegners. Das hat mit Frieden in diesem Zusammenhang nicht mehr viel zu tun.

5.2 Moderne Kriegsführung

Wie wird Krieg heute geführt? Früher, bis zum Koreakrieg, hieß es: „Der neue Krieg wird begonnen mit den Waffen, die im vorangegangenen Krieg die letzten modernen waren". Der erste Weltkrieg endete mit der Panzerwaffe und dem Flugzeug, der zweite Weltkrieg wurde von den Deutschen mit Panzer- und Flugzeugaktivitäten gegen Polen begonnen. Das war die sogenannte zweidimensionale Kriegsführung. Dieser Krieg endete mit dem Einsatz von Atomwaffen auf Hiroschima und Nagasaki. Diese letzte Waffe des Krieges wurde eingesetzt a) weil sie da war und b) weil man der Sowjetunion seine Macht demonstrieren wollte; für den nächsten Krieg habe man etwas, das „sie nicht haben". Die Abwürfe auf Hiroshima und Nagasaki waren Drohungen gegen Russland. Das belegt ein etwa eintausendzweihundert Seiten starkes Buch eines Mitwirkenden des damaligen Atomprogramm, Gar Alperovitz.

5.3 Kriegslügen

Die Lügen aber gingen weiter. Dem zweiten Irakkrieg liegt die Täuschung der Welt zugrunde, Saddam Hussein habe Massenvernichtungswaffen, die er nicht hatte. Dieser Krieg - 2003 - wurde zunächst mit Marschflugkörpern geführt, einer Weiterentwicklung einer anderen „letzten Waffe", der Raketen V1 und V2. Der die Waffe Abfeuernde braucht seine Gegner nicht mehr zu kennen. Er muss lediglich einen Computer beherrschen. Wie auch bei der zweiten modernen Waffe: Ferntötung durch Drohnen. Das geht etwa folgendermaßen vor sich: In Denver (Colorado) sitzt an einem Schreibtisch ein amerikanischer Kriegsfreiwilliger vor seinem PC. Dieser Computer empfängt Signale von dem Kriegsschauplatz in Asien. Die Signale stammen von einem ferngelenkten Flugzeug, das über Afghanistan kreist. Die Drohne hat hoch auflösende Kameras

an Bord. Sie fliegt in einer Höhe, in der sie für den Gegner unsichtbar ist. Sie macht Aufnahmen, die dann in Denver von dem GI am Computer ausgewertet werden. Die Erdkrümmung verhindert aber den direkten Kontakt. Also sendet die Drohne die Daten an einen Ort, der von ihr aus noch direkt sichtbar ist, nämlich Ramstein in Rheinland-Pfalz. Die Signale werden dort in der Airbase umgewandelt und mittels Kabel in die USA übertragen. Die deutsche Seite, also Kommunalparlament, Landesregierung, Bundesregierung, ist nach meinen Kenntnissen nie öffentlich gefragt worden, ob sie das duldet. Wieso ist das nun eine Bedrohung für uns? Der Posten Ramstein ist ein Kriegsziel, weil er Kriegstechnik enthält. Sollte es stimmen, dass es eine terroristische Weltbedrohung gibt, die mit Drohnen bekämpft werden muss, dann würden die Gegner, die Terroristen, sich Ramstein als Ziel vornehmen.

5.4 Cyberwar

Nun zum Thema Cyberwar. Das erste bekannt gewordenen Beispiel kam von russischer Seite, nicht von der Regierung, sondern der Jugendorganisation der Putin-Partei, welche ihren Namen regelmäßig wechselt. Diese Organisation hieß *Naschi,* und sie bewies, dass durch das Eindringen in PC-Systeme, Hacken genannt, ein ganzer Staat lahmgelegt werden kann: Der computertechnisch am weitesten fortgeschrittene Staat des Westens ist Estland. In Estland wird viel weniger mit Bargeld bezahlt als in Westeuropa. Die Regierung erledigt alles elektronisch, der Reichstag, das Parlament, der Nahverkehr in den Städten, der Flughafen und weiteres werden elektronisch gesteuert und vernetzt. *Naschi* haben es geschafft, das alles fünf Tage lang lahmzulegen. Was war der Anlass? In Estlands Hauptstadt Tallinn stand seit Ende des zweiten Weltkriegs ein Denkmal für den unbekannten sowjetischen Soldaten. Es wurde von dem zentralen Platz der Stadt in einen Hain mit anderen Kriegsverherrlichungen gestellt, wo auch der Widerstand Estlands gegen Russlands zwischen den beiden Weltkriegen gewürdigt wird. Das sah *Naschi* als Provokation. Und daher wurde der Cyberkrieg am Beispiel Estland exerziert. Ähnliche Dinge sind aus Ostasien – Korea – bekannt.

Es gibt den anderen Aspekt: Nicht zu hacken, sondern nur zu horchen. Das betreibt weltweit die NSA, die National Security Agency, der oberste Auswertungs -, Abhör- und Spionagedienst der USA. Der CIA ist eine Unterabteilung. DIA, der militärische Geheimdienst, ist viel wichtiger. DIA und NSA hören in Deutschland ab. Es wurde zum Skandal, als bekannt wurde, dass auch die Kanzlerin Angela Merkel abgehört wurde. Ihre Reaktion: „Das geht gar nicht!". Aber technisch geht es doch, es wird gemacht. Es ist nun nicht so, dass nur NSA abhört. Der BND belauscht seinerseits die Amerikaner und Briten. Es ist wichtig zu wissen, was am Anfang des BND stand. Das war das *Amt Gehlen*. Eingerichtet auf Wunsch der amerikanischen Besatzungsmacht unter der Regierung Adenauer. Nun gab es sehr wenige Spezialisten. Sie fanden sich vor allem bei *Fremde Heere Ost,* der Spionagedienst der NS-Wehrmacht. Er bildete bis 1945 unter Reinhard Gehlen wirklich befähigte Fachleute aus. Die brauchte man nicht zu entnazifizieren, sondern unterstellte sie einfach der Aufsicht durch die OSS (Organisation of Strategic Services, dem Vorgänger der CIA). Das Gedankengut des BND ist immer noch in erster Linie antikommunistisch, in zweiter Linie antisowjetisch bzw. antirussisch. Die sogenannten Ausbrüche von Gewalt in Algerien sind dem BND entgangen. Selber nach den angeblichen Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins forschen konnte der BND schon deswegen nicht, weil er keine MitarbeiterIn hatte, die/der genug Arabisch konnte. Deshalb konnte ein Scharlatan unter den Decknamen Curveball via BND die US-Regierung so desinformieren, wie es von einigen ja gewünscht war. Solche Inkompetenz löst Kriege aus.

5.5 Wirtschaftssanktionen

Die Zivilgesellschaft, die Infrastruktur, Produktivität und Bewusstseinsbildung beim Gegner und damit auch dessen Streitkräfte, trifft eine weitere Waffe - Wirtschaftssanktionen. Seit dem ersten Irakkrieg 1990 wird ganz bewusst die Wirtschaftsblockade als Mittel genutzt. In Irak durften erst einmal weder Medikamente noch bestimmte Energierohstoffe geliefert werden. Professor Gottstein von der IPPNW, der zehn Hilfslieferungen in den Irak während der Blockadezeit organisiert hat, erwähnte ein Beispiel: Jordanien als Nachbarland durfte irakische Schulen nicht mit Bleistiften versorgen. Denn in Bleistiften ist Grafit. Grafit kann man benutzen, um Atommeiler zu moderieren, zu steuern. Damit das nicht passiert, durften die irakischen SchülerInnen keine Bleistifte haben. So ist die Logik von Wirtschaftssanktionen. Die Trinkwasserversorgung konnte nicht aufrechterhalten werden, weil die notwendige Technik nicht importiert werden konnte. Krankenhäuser bekamen als Medikamente allenfalls Aspirin, kompliziertere Medikamente durfte der Irak nicht erwerben. Die Elektrizitätsversorgung ist bis heute unsicher, denn das Leitungssystem war zusammengebrochen, weil die Marschflugkörper die Verteilerstationen getroffen hatten. Der Staat Irak, ein aufstrebendes Schwellenland, hörte überhaupt auf zu funktionieren. Sein Sozialsystem, sein Bildungssystem und sein Gesundheitssystem, die in der arabischen Welt Muster waren, konnten nicht aufrechterhalten werden. Die Folgen der Handelsverbote sind in Irak bis heute nicht überwunden.

5.6 Bunte Revolutionen und NATO-Erweiterung

Nun möchte ich auch noch das Entfesseln bunter Revolutionen ansprechen. In Fall Serbien ist das exerziert worden durch die Studentenorganisation *Otpor.* Die Strategie: Man gewinnt FreundInnen, man baut eine Infrastruktur auf und hat in jedem kleinen Stadtteil jemanden, die/der als vertrauenswürdig anerkannt wird. Diese Person kennt eine/n KoordinatorIn, die/der die Marschroute vorgibt. Kadermäßiger Aufbau von Organisationen - das wurde zuerst in Serbien durchgeführt. So geschah es dann auch in der Ukraine 2004 nach der manipulierten Wiederwahl von Janukowytsch. Eine Protestbewegung erzwang die Wahlwiederholung. Diese Volksbewegung wollte den Sturz der Oligarchen. Doch nun folgte die nächste Stufe, das Abwürgen der bunten Revolution. Juschtschenko stützte sich auf einen Teil der Westukraine und die ukrainische Nationalbewegung. Er ernannte im Kampf um die Erhaltung seines Amtes Schuchewytsch und Bandera – beide führten Partisanenkampf bis 1956 gegen die Sowjetunion – zu Nationalhelden, ohne zu erwähnen, dass diese beiden 1939 in Lemberg sämtliche jüdischen Professoren der dortigen Universität mitsamt ihrer Familienmitglieder erschießen ließen und innerhalb von 14 Tagen 150.000 jüdische EinwohnerInnen ermordeten. Jetzt ist aus der orangenen Revolution der Ukraine zweierlei geworden: die Bandera-Revolution in der Westukraine und der Separatismus im Donbass: Westukraine gegen Ostukraine, beide ohne historisches Bewusstsein, aber mit scheinbar nationalistischen Parolen. Merke: Das Aufhetzen verschiedener Minderheiten, verschiedener Volksgruppen in einem Volk gegeneinander ist ein Mittel, bunte Revolutionen vorzubereiten.

Solche bunten Revolutionen nützen interessierten Mächten bei der Ausweitung des eigenen Machtbereichs (in diesem Fall der NATO). Das ist ein längerer Prozess. 1994 wurde das Budapester Memorandum von Russland, der Ukraine, Kasachstan, Großbritannien und USA unterschrieben. Russland ist Rechtsnachfolger der Sowjetunion auch als Supermacht und übernahm deren Atomwaffen. Die Grenzen der Ukraine wurden von USA, Russland und Großbritannien schriftlich garantiert. Im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung - 2+4-Vertrag - hatten James Baker (State Department), Hans-Dietrich Genscher (Auswärtiges Amt), und Manfred Wörner (NATO-Generalsekretär), dem russischen Präsidenten Gorbatschow versichert, dass sich die NATO um keinen Zentimeter Richtung Osten erweitern werde. 1994 hieß es in der Budapester Erklärung, die darauf Bezug nimmt: „Die NATO dehnt sich nicht aus". Aber zugleich äußerten Georgien und die Ukraine auf einer NATO-Tagung in Bukarest Beitrittswünsche. Die Bundesre-

gierung lehnte ab - ein Veto von Berlin. Das war vernünftig. Aber dann brachten die durch wohltätige Stiftungen im Sinne der Demokratie erzogenen Völker Polens, Estlands, Lettlands, Litauens den Wunsch vor, wenigstens der EU beitreten zu dürfen. Die EU stimmte zu. Dadurch ermutigt, beschlossen die Parlamente dieser Länder, die früher dem Warschauer Pakt angehört hatten, Beitrittsanträge bei der NATO zu stellen. Sie wurden ab 1999 gerne aufgenommen. In Estland, Lettland und Litauen hatte vor dem Ende der Sowjetunion Sowjetrecht bestanden. Dass deren NATO-Beitritt in Russland als Bedrohung der eigenen staatlichen Sicherheit verstanden worden ist, kann einen nicht wundern.

Unmittelbar nach der Auflösung des Warschauer Paktes hatte ein russischer Staatsmann in einer Rede im Bundestag, zum Teil in deutscher Sprache, ein Angebot gemacht hatte: „Wir sind Teil der westlichen, der europäischen Zivilisation." Das war Wladimir Putin. Aber 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz sagte er: „Es gibt gewisse Grenzen, die zu überschreiten uns beunruhigt." Danach zählte er den Beitritt der drei ehemaligen Sowjetstaaten, Estland, Lettland und Litauen, zur NATO auf. NATO-Manöver in Sichtweite der russischen Grenze in Estland und NATO-Manöverflüge im Baltikum den Grenzen Russlands entlang beunruhigten ihn. Man hat ihn nicht ernst genommen. Man sah vielmehr eine Bedrohung – die russische.

5.7 Neue Qualitäten der Kriegsführung

Volkskriege oder Aufstände gegen Besatzungsmächte werden nicht mehr nur als Krieg zwischen Staaten geführt, sondern auch als sozialrevolutionäre Kriege. Vietnamkrieg und Algerienkrieg sind Beispiele. Der Kampf der jemenitischen Huthi gegen die von Saudi-Arabien und vom Westen finanzierte jemenitische Oberschicht ist in aktueller Wortwahl ein asymmetrischer Konflikt.

Asymmetrisch sind meist die Glaubenskriege - da kommen wir auf das Beispiel Irak zurück. Schiiten bilden dort die Mehrheit. Die US-Besatzung hat nach 2003 die irakischen Schiiten benutzt, um die Sunniten zu marginalisieren, weil sie angeblich allesamt Saddam-AnhängerInnen waren. Die irakische Gesellschaft war aber multikulturell. Erst unter der Besatzung sind sunnitische Extremisten in Irak aktiv geworden. Dann nahm der Al-Qaida-Führer Abu Bakr al-Baghdadi zu den entlassenen und gefeuerten Kadern der Baath-Partei Kontakt auf, zu Soldaten und Offizieren, die als Sunniten durch die Besatzung arbeitslos wurden. Al Bakr baute ähnlich wie die VertreterInnen der bunten Revolutionen von Ort zu Ort Vertrauenskörperschaften auf, nahm Kontakt zu den Hinausgeworfenen auf und gab ihnen eine Funktion. Plötzlich hatte eine Armee von Glaubenskriegern einen Generalstab – und Waffen aus den ehemaligen Kasernen Saddam Husseins – und nahm den Namen Islamischer Staat an. Die Bagdader Regierung sieht sich seitdem gezwungen, sich auf schiitische Kader zu stützen und damit den Glaubenskrieg zu verschärfen. Der IS, in Irak wie in Syrien, führt aber nicht nur Glaubenskrieg. Es ist ein Krieg um die weltliche Vorherrschaft im Nahen Osten.

Dabei geht es nicht in erster Linie um Gebietsgewinn, sondern um Vernichtung. Vernichtung von Infrastruktur, der sozialen Strukturen, der finanziellen Lebensgrundlagen. Wenn das Kriegsziel mehr Stabilität, mehr Sicherheit, mehr Freiheit und mehr Demokratie gewesen ist, dann hat keiner der aktuellen Kriege das Ziel erreicht. Afghanistan und Irak sind jeweils ein failed state, ein Staat, der keiner mehr ist. Syrien ist dabei, ein failed state zu werden. Libyen sind sogar zwei failed states mit zwei Parlamenten, die beide keine Macht auszuüben vermögen. Die Ergebnisse von Kriegen, die wir sehen, sind das Gegenteil dessen, was als ihr Ziel verkündet worden ist. Auch darin liegt die unmittelbare Bedrohung, nicht nur für die Staaten, die Kriege führen.

5.8 Flucht vor Krieg

Solche Kriege erzeugen Flüchtlingsströme. Da setzten zum Teil ziemlich fatale Verschwörungstheorien ein. Als Frau Merkel das vorletzte Mal in Ankara war, in dem großartigen Prachtbau von Erdogan, hat sie drei Milliarden Euro für die Flüchtlingshilfe zugesagt, aber dafür müssten die Grenzen geschlossen werden. VerschwörungstheoretikerInnen begriffen: Erdogan ist geradezu aufgefordert worden, Flüchtlinge als Waffe einzusetzen: Wenn Berlin nicht zahlt, schickt er die SyrerInnen und die AfghanInnen und die PerserInnen und die IrakerInnen. Die Flüchtlinge werden Deutschland islamisieren. Das ist vollkommener Blödsinn, obwohl PEGIDA die Angst schürt, die ZuwandererInnen würden die Scharia einführen. Ich habe vorhin gelernt, dass ich das anhören und erst nehmen soll. Aber es fällt so verdammt schwer.

Was von einer solchen Denkweise auf uns zu kommt, muss uns Sorgen machen. Die Bedrohung – die Angst – artikulieren politische Massenbewegung wie PEGIDA, autoritäre KommentatorInnen in gewissen Massenmedien und ganz neu die AfD. Und das ist nun der letzte Punkt.

5.9 Rechte Gefahren

Im Jahre 1929 hat eine kleine Partei, bezugnehmend auf die Angst vor Arbeitslosigkeit, die Angst davor, dass eine ethnische Minderheit die Banken und die Kaufhäuser kontrolliere, und die Angst davor, dass wir Deutschen immer noch Kriegsschulden zahlen müssen, einen Sprung von 3,5% auf 18% und nur zwei Jahre danach auf 37% gemacht. Das war die National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei.

Anfang 1931 war die Zahl der Arbeitslosen auf sechs Millionen gestiegen. Die arbeitslose Jugend kehrte, desillusioniert und radikalisiert, den Parteien der Mitte den Rücken. Es verarmte auch der Mittelstand: 1931 wurde ein Jahr der Konkurs-Rekorde. Die Basis der bürgerlichen Parteien brach zusammen. 1930 lief ein Drittel ihrer WählerInnen zu den Nazis über, 1932 das nächste Drittel.

Nur die beiden Konfessionsparteien – Zentrum und BVP –, SPD und KPD hielten ihre WählerInnen noch einigermaßen zusammen. Sie gewannen indes nichts hinzu. Wer vorher nicht gewählt hatte, stimmte jetzt für die Nazis, und die Republik starb daran.

Die demokratischen Parteien erlitten einen Glaubwürdigkeitsverlust. Zuerst zeigte es sich durch geringe Wahlbeteiligung. „Die machen ja doch was sie wollen, die da oben". Und nun fröstelt es mich, wenn ich sehe, dass zum Beispiel letztes Wochenende in Frankfurt 63% nicht wählten.

Karl Grobe-Hagel, Journalist und Historiker, war Außenpolitik-Redakteur der Frankfurter Rundschau. Er schrieb zum Thema: Irakistan. Der Krieg gegen den Irak und der "Kreuzzug" der USA. Köln (isp) 2003.

6. Cyberpeace: Bedrohungen durch Cyberwarfare und Voraussetzungen für die friedliche Nutzung des Internets

Stefan Hügel[107]

Wir leben heute unter vielfältigen Bedrohungen. Gerade haben uns die Anschläge in Brüssel wieder die Verwundbarkeit unserer hochintegrierten und -technisierten Zivilisation vor Augen geführt. Man kann den Terrorismus dieser Anschläge als Angriff auf Europa und unsere Gesellschaft begreifen. Man kann ihn aber auch als Reaktion auffassen – auf die Bedrohung, die unsere „westlichen" Gesellschaften ihrerseits für die Gesellschaften des Nahen Ostens darstellen: Durch konventionelle militärische Angriffe und durch Cyberwarfare, wie Drohnenangriffe und Angriffe auf Industrieanlagen. Wir führen einen unerklärten, „neuen" Krieg in diesen Staaten – wer diesen Krieg „angefangen" hat, hängt wie so häufig vom Standpunkt ab.

6.1 Bedrohungen durch Cyberwarfare

Allgegenwärtige Bedrohung – das war das Umfeld, in dem das Forum Informatiker.innen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIfF) 1984 gegründet wurde. Es ist heute kaum noch vorstellbar, ständig unter der Bedrohung einer Auslöschung der Menschheit, mindestens aber der uns vertrauten Zivilisation, zu leben. Ständiger Fluglärm durch übende Tiefflieger führten uns die Bedrohung jeden Tag plastisch vor Augen und Ohren. Offenbar gab es mehrere Vorfälle, bei denen es nur der Besonnenheit einzelner Menschen im letzten Moment zu verdanken war, dass es damals nicht zum Äußersten kam.

Verstärkt wurde die Bedrohung durch das SDI-Programm, im Volksmund auch *Star Wars* genannt, des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan. Expert.innen der Informatik, die sich kurze Zeit später im FIfF zusammenfinden sollten, wussten: Was uns hier als Mittel gegen die atomare Bedrohung verkauft werden sollte, verstärkte diese zusätzlich, indem man Maschinen – damals noch weniger zuverlässig als heute – mit der Entscheidung betrauen wollte, das atomare Feuer bei einem Angriff des „Gegners" auszulösen. Der Versuch, diesen automatisierten Atomtod, oder *Atomkrieg aus Versehen*, verfassungsrechtlich anzugreifen, scheiterte.

Die Gefahr der weltweiten atomaren Vernichtung scheint (vorläufig) gebannt. Die Bedrohungen durch Cyberwarfare sind heute real, erscheinen aber abstrakt und sind für viele unsichtbar – lediglich wenn Cyberkriminelle eine große Zahl von Computern mit Schadsoftware infizieren, wie es derzeit mit der *Ransomware*[108] *Locky* geschieht, wird uns die Bedrohung bewusst. Auch hier wurden lebenswichtige Einrichtungen – Krankenhäuser – geschädigt. Wenn es sich dabei auch um Kriminelle handelt und nicht um Militärbehörden: Die Methoden sind prinzipiell die gleichen und sie richten die gleiche Art von Schaden an.

---

[107] Der Beitrag basiert auf den Veröffentlichungen des Autors: Cyberpeace. Digitale Grundrechte und friedliche Nutzung des Internet, in: Dossier Nr. 79: Kriegführung im Cyberspace, Beilage zu Wissenschaft und Frieden 3/2015 und FIfF-Kommunikation 3/2015 sowie Betrifft: Cyberpeace – Bedrohungen, in: FIfF-Kommunikation 1/2016.

[108] Ein Schadprogramm, das auf dem Rechner des Opfers Dateien verschlüsselt, um für die Entschlüsselung ein Lösegeld zu erpressen.

Informationstechnologie und Kommunikationsinfrastrukturen waren von Anfang an im Fokus von militärischen Einrichtungen und Geheimdiensten. Das Internet wurde ursprünglich vom US-Militär etabliert: es entstand aus dem Arpanet der *Advanced Research Project Agency* (ARPA) des US-Verteidigungsministeriums. Später entwickelte es sich zu einem Netz, das erst für wissenschaftliche, später auch zunehmend für kommerzielle Zwecke genutzt wurde und wird. Dadurch wurde es zu einem Werkzeug für Völkerverständigung, weltweite Information und Kommunikation. Gleichzeitig ist es heute eine technische Basis, von deren Nutzung Gesellschaft und Wirtschaft zunehmend abhängig werden. Als Medium hat es aber auch Bedrohungspotenzial: Seine Nutzung kann, staatlich sanktioniert, sowohl den inneren als auch den äußeren Frieden gefährden: durch sein immenses Potenzial für die Überwachung und seine vielfältigen Optionen für militärische Operationen.

Bedrohungen durch Cyberwarfare lassen sich unter vier Kategorien fassen:

- **Bedrohung der Grundrechte** und der Sicherheit unserer Infrastruktur durch Maßnahmen der Ausspähung und Überwachung,
- **Bedrohung des Lebens** Unschuldiger und rechtsstaatlich als unschuldig Geltender durch Drohnen – ferngesteuert oder autonom –,
- **Bedrohung von technischen Anlagen** – militärisch oder zivil – durch Schadsoftware und
- **Bedrohung unserer Demokratie** durch Information Warfare, die Täuschung und Manipulation der Öffentlichkeit – auch unbeabsichtigt – durch Medien und nachrichtendienstliche Mittel.

Überwachung

Anonyme, unbeobachtete Kommunikation ist ein Grundrecht, in Deutschland als Post- und Fernmeldegeheimnis kodifiziert in Artikel 10 des Grundgesetzes. Doch nicht erst die Veröffentlichungen der Dokumente von US-amerikanischen Geheimdiensten durch Edward Snowden haben gezeigt, dass unbeobachtete Kommunikation bereits zur Zeit *analoger* Briefpost und telefonischer Kommunikation eine Illusion war. Josef Foschepoth veröffentlichte 2012 eine Studie[109], in der er anhand von Originaldokumenten nachzeichnete, wie die Kommunikation nicht nur in der DDR, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland überwacht wurde – zunächst im Kalten Krieg, doch auch nach der Vereinigung der beiden Staaten 1990. Als Rechtfertigung diente zunächst Besatzungsrecht. Später, 1968, wurde durch das noch heute gültige G10-Gesetz das Kommunikationsgeheimnis eingeschränkt. Anstatt des Rechtsweges – einem zentralen Element des Rechtsstaats – wurde die Überprüfung von Überwachungsmaßnahmen an die parlamentarische G10-Kommission übertragen. An deren Effektivität muss man jedoch, schon angesichts ihrer begrenzten Kapazität und der großen Zahl der Überwachungsfälle, zweifeln.

Weitere Überwachungsprogramme wurden im Laufe der Jahre bekannt – das prominenteste war wohl *Echelon*, ein Programm zur Ausspähung der Satellitenkommunikation, die damals unter anderem vom US-Stützpunkt im deutschen Bad Aibling aus durchgeführt wurde. Die öffentliche Kritik daran verstummte jedoch in Folge der Anschläge des 11. September 2001. Spätestens die Berichte über dieses Programm sollten uns allen die Entschlossenheit (nicht nur) US-amerikanischer Behörden zur grundrechtswidrigen Ausspähung klar gemacht haben.

Doch die Dokumente, die Edward Snowden 2013 an die Öffentlichkeit gebracht hat, stellen alles in den Schatten, was bisher an Information zu staatlichen Überwachungsprogrammen zur Verfügung stand.[110] Durch sie wurde endgültig das Ausmaß und der weltweite Charakter der Überwachung klar.

---

[109] Josef Foschepoth (2012): Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik, Göttingen, Bristol: Vandenhoeck & Ruprecht

[110] Glenn Greenwald (2014): Die globale Überwachung. Der Fall Snowden, die amerikanischen Geheimdienste und die Folgen, München: Droemer

Überwachung verletzt Grundrechte durch Ausspähung der Telekommunikation. Doch sie ist nicht nur passiv: Sie erfordert Infiltrierung von Computersystemen mit Schadsoftware und damit ihre Kompromittierung, und sie ist allein dadurch bereits ein Cyberangriff. Ebenso werden bereits bestehende Schwachstellen geheim gehalten, um sie für Spähangriffe zu nutzen. Damit werden Infrastrukturen bereits in Friedenszeiten gefährdet, da diese Schwachstellen potenziell von jedem Angreifer ausgeschöpft werden können.

Drohnenangriffe

Drohnenangriffe, durch die Menschen getötet werden, die für „Terroristen" gehalten werden – ohne die Möglichkeit, sich in einem rechtsstaatlichen Verfahren zu verteidigen –, nutzen, aus den USA gelenkt und über Ramstein in Deutschland vermittelt, die Kommunikationsinfrastrukturen, die auch das Rückgrat des Internet sind.[111] Die Daten, die bei der Ausspähung der Kommunikation gewonnen werden, sind die Basis dafür, diese Menschen zu finden. „*We kill people based on Metadata*" – General Michael Hayden, ehemaliger Direktor von CIA und NSA, macht diesen Zusammenhang zwischen nachrichtendienstlicher Ausspähung und extralegaler Tötung klar.[112] Drohnenangriffe fordern zahlreiche Opfer unter Unbeteiligten. Angriffe, die auf unsicheren Eigenschaften der Ziele basieren (*Signature Strikes*) richten sich auch gegen Menschen, gegen die nicht einmal ein hinreichender Verdacht besteht. Computergestützte militärische Operationen erzeugen die Illusion eines „sauberen" Krieges und senken damit die Schwelle des Einsatzes. Weiter gesteigert wird das Bedrohungspotenzial durch autonome Systeme, die automatisiert und selbständig töten.

Schadsoftware

Gleichzeitig ist das Netz auch die Basis für den Cyberwar im eigentlichen Sinn – es kann militärisch genutzt werden, um Kriege zu führen und Gegnern militärisch zu schaden, indem Schadsoftware in deren Systeme eingeschleust wird. Das Internet dient damit heute als Basistechnologie für militärische Aktionen: Es steht unter der Überwachung durch Geheimdienste und militärische Organisationen, um Informationen für cyber- und konventionelle militärische Aktionen zu sammeln und es wird genutzt, um die Infrastruktur von vermuteten Feinden zu kompromittieren.

Staatliche Cyberkrieger sind heute die ressourcenstärksten Hackerorganisationen weltweit. Ihre Cyberangriffe sind nicht zu kontrollieren und gefährden neben ihren eigentlichen Zielen auch zivile Systeme, wie etwa Systeme zur Sicherstellung lebenswichtiger Ressourcen (Wasser, Energie), Krankenhäuser oder Chemiewerke. Der gegen eine iranische Atomanlage gerichtete *Stuxnet*-Wurm[113] breitete sich weltweit aus. Wir können wohl davon ausgehen, das es weitere gefährliche Trojaner vom Stuxnet-Format als APT – *Advanced Persistent Threats* – von staatlicher Herkunft gibt. Der Einsatz von Cyberwaffen durch Staaten ist eine Kriegshandlung mit erheblichem Eskalationspotenzial, der die internationale Sicherheit erheblich gefährdet.

Manipulation

Aufgrund ihrer mangelnden Transparenz sind militärische und geheimdienstliche Institutionen grundsätzlich schwer zu kontrollieren. Informationen zu Bedrohungen und Schwachstellen können manipuliert, verfälscht oder irreführend sein. Demokratische und parlamentarische Gremien werden falsch und unzureichend informiert oder belogen. Kontrollgremien sind unzureichend ausgestattet und können deswegen ihrer Aufgabe nicht umfassend nachkommen. Die unzu-

[111] Jeremy Scahill (2015): Germany is the Tell-Tale Heart of America's Drone War, The Intercept, https://firstlook.org/theintercept/2015/04/17/ramstein/

[112] Martin Holland, Heise online: Ex-NSA-Chrf: „Wir töten auf Basis von Metadaten", http://heise.de/-2187510 [12.05.2014]

[113] Vgl. Wikipedia-Eintrag zu *Stuxnet*, https://de.wikipedia.org/wiki/Stuxnet

reichende Information von parlamentarischen Gremien hat uns das Beispiel der NSA-Selektoren im Untersuchungsausschuss des Bundestags deutlich vor Augen geführt. Wie stichhaltig die Gründe für Geheimhaltung sind, kann die Öffentlichkeit nicht überprüfen – die Einstufung wird von den zu kontrollierenden Behörden selbst vorgenommen.

6.2 … und Deutschland mittendrin

Nachrichtendienste kaufen beispielsweise sogenannte *Zero-Day-Exploits*[114] auf, um die damit verbundene Kenntnis von Schwachstellen in Softwaresystemen für Angriffe nutzen zu können.[115] Dies macht sehr deutlich, dass sich auch deutsche Behörden am Cyberkrieg beteiligen wollen. Nach den *Strategischen Leitlinien Cyber-Verteidigung* des Bundesministeriums der Verteidigung hätten offensive Cyber-Fähigkeiten das Potenzial, das Wirkspektrum der Bundeswehr signifikant zu erweitern.[116] Möglich seien *offensive* Maßnahmen zur Beeinträchtigung von fremden Informations- und Kommunikationssystemen sowie der darin verarbeiteten Informationen. Dies wäre nicht nur ein Verstoß gegen die Verpflichtung zur *Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme*, die das Bundesverfassungsgericht 2010 festgestellt hat, sondern auch gegen die verfassungsrechtliche Unzulässigkeit von Angriffskriegen.

Auch Drohnen sind ein Thema für die Bundeswehr: Nachdem die Nutzung der Drohne Euro-Hawk an fehlenden Genehmigungen für den Einsatz gescheitert ist, ist die Anschaffung auch von Kampfdrohnen offenbar geplant (möglicherweise Drohnen wie die israelische *Heron* oder die US-amerikanische *Reaper*, die acht *Hellfire*-Raketen tragen kann). Später soll es offenbar auch eine deutsche Beteiligung an der Entwicklung einer europäischen Drohne geben – Berichten zufolge sind hierfür 660 Millionen Euro eingeplant. Im Projekt *Eikonal* ist Deutschland offenbar auch an der Ausspähung des Frankfurter Internet-Knotens DE-CIX beteiligt.[117]

6.3 Völkerrechtliche Bewertung

Im Tallinn-Manual[118] wurde der Versuch unternommen, Cyberwarfare (völker-) rechtlich zu bewerten. Das Tallinn-Manual ist eine akademische, nicht verbindliche Studie, wie internationales Recht auf Cyberkonflikte und Cyberwarfare anzuwenden ist. Es wurde von einer der NATO nahestehenden internationalen ExpertInnengruppe (initiiert durch das *NATO Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence* in Tallinn) erarbeitet. Aktuell wird es im Rahmen des Tallinn-2-Prozesses[119] überarbeitet.

Das Tallinn-Manual bewertet Cyberangriffe bereits dann als kriegerische Handlung, wenn sie von zivilen Stellen ausgeführt und diese durch staatliche Stellen nicht daran gehindert werden.

---

[114] Ein Exploit ist in der IT eine Möglichkeit, Schwachstellen auszunutzen und damit Systeme anzugreifen. Ein Zero-Day-Exploit ist ein Exploit, für den es noch keinen Patch gibt, der die Schwachstelle beseitigt. Entwickler haben also keine („Zero Days") Zeit, den Exploit durch Verbesserung der Software unwirksam zu machen.

[115] Stefan Krempl, Heise online: Internetüberwachung: BND-Strategie zur massiven Cyberaufrüstung im Netz. http://heise.de/-2822507 [21.09.2015]

[116] Martin Holland, Heise online: Bundeswehr soll Fähigkeiten für Cyber-Krieg bündeln. http://heise.de/-2811964 [14.09.2015]

[117] Stefan Krempl, Heise online, a.a.O.

[118] Michael N. Schmitt (2013): Tallinn-Manual on the International Law applicable to Cyber Warfare, Cambridge: Cambridge University Press

[119] Wolff Heintschel von Heinegg (2015): Völkerrecht im Cyberraum: Das Tallinn-Handbuch und der Tallinn-2-Prozess, in: Dossier Nr. 79: Kriegführung im Cyberspace, Beilage zu Wissenschaft und Frieden 3/2015

Verursachen solche Operationen „erhebliche“ materielle Schäden, sind angegriffene Staaten nach Ansicht der Autoren zu einer konventionellen militärischen Antwort berechtigt.

6.4 Folgerungen: Ein Rahmen für Cyberpeace

Die Bedrohungen durch Cyberwarfare sind vielfältig. Auch wenn wir nicht mehr unter dem Damoklesschwert des millionenfachen Atomtods leben müssen: Cyberwaffen bedrohen uns und andere. Und sie haben auch indirekte Folgen: Kann ein potenzieller Selbstmordattentäter in einer europäischen Hauptstadt auch dadurch zum Terrorakt motiviert werden, wenn er mitansehen muss, wie seine Familie im Feuer eines Drohnenangriffs ums Leben kommt?

Die für die Zivilgesellschaft resultierenden Risiken und Gefahren zwingen zu politischem Handeln. Ein Gegenmodell zur militärischen Nutzung der Netze muss geschaffen und durchgesetzt werden. Die Zivilgesellschaft muss fordern, dass jede Art des Cyberwarfare, der Kriegführung im Cyberspace, geächtet wird. Sie muss die garantierte Integrität des Internet einfordern, und sie muss einfordern, dass das Internet friedlich verwendet und gegen militärischen Missbrauch geschützt wird. Zusätzlich muss jegliche Überwachung der Zivilgesellschaft, die die Menschenrechte verletzt, verboten werden. Die Gesellschaft muss sich gegen eine Sicherheitsdoktrin wehren, die jeden einzelnen Menschen unter den Generalverdacht des Terrorismus stellt.

Um das Wettrüsten im Cyberspace zu beenden, hat das FIfF einen Rahmen erarbeitet, der im Kern 14 Forderungen enthält. Die folgenden vier Abschnitte umreißen diesen Rahmen für Cyberpeace:

- Wiederherstellung des Vertrauens, das von der weltweiten, spätestens seit 2013 bekannten Geheimdienstüberwachung stark beeinträchtigt, wenn nicht gar zerstört wurde. Eine der wichtigsten Ressourcen der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit darf nicht verschwinden!
- Ächtung offensiver Aktionen im Cyberspace und Förderung gewaltfreier Mittel der Konfliktlösung, indem durch gegenseitige Vereinbarungen und Kontrolle sichergestellt wird, dass Nationen nicht bereit stehen und nicht in der Lage sind, offensive Schläge gegen lebenswichtige Infrastruktur des jeweiligen Gegners auszuführen.
- Sicherung lebenswichtiger Infrastrukturen mit technischen Mitteln – Aufbau von Sicherheitsvorkehrungen, die Aggressoren daran hindern, Computer-Netzwerke und Computersysteme zu infiltrieren. Diese Infrastrukturen sind von entscheidender Bedeutung für die Sicherstellung grundlegender Dienstleistungen und Ressourcen, wie Wasser- und Energieversorgung, Gesundheitsvorsorge und Kommunikation.
- Erhaltung der politischen Kontrolle, Demokratie und Sicherheit durch Cyberpeace-Initiativen auf Regierungsebene, durch demokratische Kontrolle der Internet- und Cybersicherheitsstrategien und durch eine entmilitarisierte politische Sprache.

Dies ist der Rahmen für zivilgesellschaftliche Forderungen zum Cyberpeace, für eine friedliche Nutzung des Internet und aller Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen.

Vertrauen wiederherstellen

Unsere Gesellschaft basiert auf Vertrauen. Das hat der Soziologe Niklas Luhmann in seinem Buch *Vertrauen* bereits im Jahr 1968 festgestellt – lange bevor das Internet begann, unser gesamtes Leben zu beeinflussen.[120] Luhmann weist darauf hin, dass Vertrauen die Grundlage ist, auf der die soziale Komplexität unserer gesellschaftlichen Umwelt reduziert werden kann. Nur so können wir all jene Entscheidungen treffen, die das alltägliche Leben uns abverlangt. Ohne Vertrauen wäre die Zahl der zu treffenden Entscheidungen überwältigend; wir wären nicht in der Lage, den Alltag zu bewältigen.

[120] Niklas Luhmann (1968): Vertrauen; 4. Auflage 2000, Stuttgart: Lucius & Lucius

Die Nutzung von Internetdiensten erfordert ebenfalls Vertrauen – und wir sind häufig bereit, dieses Vertrauen zu gewähren, z.B. wenn wir Web-Dienste nutzen, häufig ohne ausreichende Prüfung ihrer Vertrauenswürdigkeit. Wir verlassen uns oft einfach auf unsere Intuition. Wir rufen Web-Seiten ohne Verschlüsselung auf, und vertrauen darauf, dass niemand unsere Kommunikation mithören wird. Auch unsere E-Mail verschlüsseln wir nicht – es wird schon niemand mitlesen, und wenn doch, was soll schon passieren?

Die jüngsten Veröffentlichungen sollten unsere Meinung geändert haben. Edward Snowden und Journalist.innen wie Glenn Greenwald und Laura Poitras schufen in der Bevölkerung das Bewusstsein der weltweiten Überwachung der gesamten Kommunikation durch Geheimdienste.[121] Die Studie von Josef Foschepoth[122] machte deutlich, dass die Vorläufer moderner E-Mail- und Kommunikationsüberwachung – die Kontrolle der Post und die Überwachung des Telefonverkehrs – bereits unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges einsetzte, nicht nur in der DDR, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland. Derzeit untersucht ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages die verfassungswidrige Überwachung durch den Bundesnachrichtendienst (BND). Gleichzeitig klagten Nationen und Firmen wegen strafbarer Spionage – formell gegen Unbekannt; de facto richten sich diese Klagen gegen deutsche Behörden.

Vertrauen kann nicht durch politische Forderungen durchgesetzt werden – es entsteht und verschwindet aufgrund tatsächlichen Handelns. Umso mehr ist politisches Handeln notwendig, um Vertrauen wiederherzustellen – es ist die Voraussetzung für den Erfolg weiterer Schritte auf dem Weg zum Cyberpeace.

Gewaltfreie Konfliktlösung statt offensive militärische Aktionen

Wirklicher Frieden ist nur möglich, wenn alle Parteien darauf verzichten, aufzurüsten und sich gegenseitig anzugreifen. Da einseitige Maßnahmen der Abrüstung zum Risiko unzureichender Verteidigungskapazitäten im Ernstfall führen können, müssen bilaterale oder multilaterale Vereinbarungen geschlossen werden. Diese Vereinbarungen sollten auf strukturelle Unfähigkeit zum Angriff und auf die Begrenzung der militärischen Kapazitäten der Verteidigung abzielen. Strenge Regeln müssen vereinbart werden, um die Menschen zu schützen, wenn trotz der Fokussierung der Militärstrategien auf die Verteidigung ein Konflikt entsteht. Die Regeln dafür leiten wir aus den folgenden Anforderungen ab:

Keine offensiven oder präventiven Schläge im Cyberspace

Jeder Staat hat das Recht, sich gegen Angriffe zu verteidigen – gegen Cyber-Attacken genauso wie gegen konventionelle Angriffe. Jede Art von offensiven Angriffen ist jedoch abzulehnen, einschließlich Präventivschlägen, um einem erwarteten Angriff durch einen potenziellen Gegner zuvorzukommen. Wir fordern alle Staaten auf, öffentlich zu erklären, auf offensive und präventive Cyberangriffe und auf jede Art des offensiven Einsatzes von Cyber-Waffen zu verzichten. Niemals dürfen wirtschaftliche Interessen, wie die Verletzung der Rechte an geistigem Eigentum, ein legitimer Grund für Cyber-Attacken sein.

Ausschließlich defensive Sicherheitsstrategie

Da Nationen das Recht haben, sich gegen Angriffe zu verteidigen, nicht jedoch das Recht, selbst andere Staaten anzugreifen, müssen Staaten auf eine eindeutig defensive Cyber-Strategie verpflichtet werden. Sie dürfen effektive Techniken zum Schutz von IT-Systemen nutzen, um sich gegen Angriffe zu verteidigen, müssen jedoch gleichzeitig öffentlich verbindlich erklären, keine Cyberwaffen für offensive Zwecke zu entwickeln oder zu verwenden.

Abrüstung

Cyberwaffen sind eine Bedrohung der Sicherheit für die gesamte Bevölkerung, da sie lebenswichtige, so genannte kritische Infrastrukturen gefährden können. Die Auswirkungen

[121] Glenn Greenwald (2014), a.a.O.

[122] Josef Foschepoth (2012), a.a.O.

von Cyberwaffen, die sich auf (unveröffentlichte) Schwachstellen abstützen, sind nicht auf das eigentliche Ziel eines Angriffs beschränkt. Stattdessen können sie sich auf alle Systeme mit den spezifischen Schwachstellen auswirken, die für diesen Angriff ausgenutzt werden. Alle Nationen müssen deswegen Cyberwaffen als Bedrohung des Friedens und der Sicherheit anerkennen. Abrüstung muss durch internationale Abkommen abgesichert werden. Gleichzeitig muss es möglich bleiben, Werkzeuge zur Abwehr von Angriffen und sogenannte Hackertools für defensive Zwecke wie dem Testen eigener Sicherheitsmaßnahmen zu behalten und zu nutzen.

Keine konventionelle Reaktion auf Cyber-Attacken

Wir halten es nicht für akzeptabel, auf Cyberangriffe mit konventionellen Waffen zu reagieren. Dies würde eine Eskalation der Gewalt verursachen, die schnell nicht mehr kontrollierbar wäre. Zudem können die AngreiferInnen nicht ohne Weiteres festgestellt werden (attribution problem), so dass ein hohes Risiko eines Angriffs auf unschuldige Opfer besteht.[123]

‚Genfer Konvention' im Cyberspace

Kritische Infrastruktureinrichtungen sind in einem Krieg attraktive Ziele aus militärischer Sicht, da ihr Versagen einen Gegner erheblich schwächen kann. Allerdings wirkt sich ein Versagen der Infrastruktur in erster Linie erheblich auf die Zivilgesellschaft aus, wenn Angriffe auf lebenserhaltende Einrichtungen wie Wasser-, Energie- oder Gesundheitsversorgung geführt werden. Diese lebenswichtige Infrastruktur für die Zivilbevölkerung darf niemals zum Ziel von Cyberangriffen werden, und dies schließt die sogenannten „Kollateralschäden" ein. Eine Verletzung dieses Prinzips muss als Kriegsverbrechen betrachtet und geahndet werden. Alle Nationen und ihre Regierungen sind aufgefordert, sich auf in internationalen Verträgen vereinbarte gemeinsame Grundsätze zu verpflichten.

Sichern lebenswichtiger Infrastruktur

Obwohl alle Parteien in einem Konflikt auf die Nutzung militärischer Gewalt verzichten und gewaltfreie Mittel der Konfliktlösung anwenden sollten, müssen wir uns bewusst sein, dass auch defensive militärische Kapazität aufgebaut werden muss. Es wird auch künftig Fälle geben, in denen ein militärischer Cyber-Angriff stattfindet und eine kurzfristige gewaltfreie Konfliktlösung nicht möglich ist – hier muss in Ausnahmefällen eine angemessene Abwehr möglich sein. Zusätzlich müssen Cyberangriffe nichtmilitärischen Ursprungs – wie Cyber-Kriminalität und Cyber-Terrorismus – berücksichtigt werden. Behörden und Wirtschaftsunternehmen müssen ausreichende Sicherheitsvorkehrungen treffen und diese ständig im Hinblick auf die Entwicklung der Kapazität der AngreiferInnen aktualisieren. Die Palette der AngreiferInnen reicht von Script-Kiddies, Hackern, Kriminellen bis zu Geheimdiensten mit praktisch unbegrenzter Kapazität für Angriffe; die Motivation reicht von der Bestätigung des eigenen Könnens über politische bis zu wirtschaftlichen und militärischen Zielen.

Die folgenden Anforderungen sind aus unserer Sicht Voraussetzungen, um sicheren Systembetrieb möglich zu machen – sie können ihn aber nicht garantieren:

Veröffentlichen von Schwachstellen

Cyberangriffe basieren in der Regel auf unbekannten Schwachstellen der angegriffenen Systeme. Schwachstellen werden für alle Arten von Cyberangriffen ausgenutzt – solche, die die Infrastruktur des Feindes stören oder zerstören wollen, und solche, die einen Krieg vorbereiten sollen; zu diesen zählt beispielsweise die Überwachung durch Geheimdienstbehörden. Zu diesem Zweck können die AngreiferInnen bestehende Schwachstellen geheim halten oder neue Schwachstellen erzeugen, um sie dann für künftige Angriffe zu nutzen. Gleichzeitig

[123] Vgl. dazu: Sylvia Johnigk, Kai Nothdurft (2015): Das Problem der Attributierung von Cyberangriffen und seine Folgen, in: Dossier Nr. 79: Kriegführung im Cyberspace, Beilage zu Wissenschaft und Frieden 3/2015

können jedoch solche nicht veröffentlichten Schwachstellen auch für kriminelle Zwecke missbraucht werden. Deswegen fordern wir die vollständige Offenlegung der Schwachstellen – innerhalb eines angemessenen Zeitraums. Wir erwarten, dass gemeldete Schwachstellen dann sehr schnell behoben werden. Damit würde für Sicherheit gesorgt, das öffentliche Bewusstsein erhöht und das Vertrauen in defensive Sicherheitsstrategien verbessert.

Schutz kritischer Infrastrukturen

Derzeit sind kritische Infrastrukturen oft leicht aus dem Internet zu erreichen, wenn sie mit öffentlich zugänglichen Diensten verbunden sind. In einigen Fällen mag es sinnvoll sein, Dienstleistungen für die Öffentlichkeit an das Internet anzubinden, um die Erreichbarkeit und Qualität öffentlicher Dienstleistungen zu verbessern. Dennoch ist davon auszugehen, dass Schwachstellen häufig unvermeidbar sind und durch AngreiferInnen genutzt werden können. Deswegen muss die Sicherheit kritischer Infrastruktur laufend kompetent und transparent durch Prüfungen und Tests validiert werden. BetreiberInnen kritischer Infrastrukturen müssen verpflichtet werden, ihre Infrastrukturen effektiv vor Cyber-Angriffen zu schützen. Sie müssen dafür dazu verpflichtet werden, Systeme sicher zu implementieren und zu betreiben. Sie dürfen sich zur Gewährleistung der Sicherheit nicht auf staatliche Behörden oder gar das Militär verlassen. Wo immer sinnvoll möglich, müssen kritische Infrastrukturen – wie beispielsweise Atomkraftwerke – streng vom öffentlichen Internet getrennt werden.

Cybersicherheits-Zentren etablieren

Es werden öffentliche Einrichtungen benötigt, die den Bedrohungen aus dem Cyberspace wirksam begegnen und für die Umsetzung, Bereitstellung und laufende Verbesserung geeigneter Instrumente zur Erhöhung der Cybersicherheit sorgen. Sie müssen klare Zuständigkeiten haben – auch in Abgrenzung zu weiteren Behörden, insbesondere dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) –, angemessen mit Personal und Ressourcen ausgestattet werden und so organisiert sein, dass die grundlegenden Bürger- und Menschenrechte gewahrt werden, insbesondere durch die strikte Trennung polizeilicher, militärischer und geheimdienstlicher Funktionen, so dass die Cybersicherheits-Zentren sich konsequent auf den Frieden hin orientieren und transparent arbeiten können.

Fördern (junger) IT-ExpertInnen

Es gibt heute einen Mangel an IT-ExpertInnen und an Wissen für wirksamen Schutz vor Cyberangriffen in Europa. Dieses Problem wird verschärft, wenn IT-ExpertInnen daran arbeiten, die Sicherheit von IT-Systemen zu beeinträchtigen, anstatt sie zu verbessern. Deswegen muss eine berufliche Ethik in der IT gefördert und in der Ausbildung vermittelt werden, die die Entwicklung von Instrumenten zu destruktiven Zwecken konsequent ablehnt. Die Qualität von IT-Produkten – insbesondere im Hinblick auf die Sicherheit – muss erheblich verbessert werden, um ihre Verwundbarkeit zu reduzieren. Regierungsbehörden und Wirtschaftsunternehmen sollten in qualifizierten Nachwuchs für IT im Allgemeinen und IT-Sicherheit im Besonderen investieren. Die akademische Ausbildung muss erweitert werden, um die ethischen und politischen Aspekte der Technologie und Technikfolgenabschätzung abzudecken.

Fördern freier und quelloffener Software

Im Gegensatz zu proprietärer Software ermöglicht freie und quelloffene Software (Free and Open Source Software) unabhängige Inspektionen und Bewertungen. Dies verringert die Wahrscheinlichkeit von unentdeckten Hintertüren (Backdoors) erheblich. Im Prinzip ist die gesamte kompetente Community in der Lage, solche Bewertungen durchzuführen. Darum muss quelloffene Software gefördert und besonders in Regierungsbehörden eingesetzt werden, insbesondere für kritische Infrastrukturen. Regierungsbehörden sollten auch unabhängige Bewertungen und Inspektionen fördern. Dennoch müssen wir uns bewusst sein, dass freie und quelloffene Software nicht die Lösung für all unsere Herausforderungen an die Sicherheit darstellt, wenn Schwachstellen nicht adäquat behoben werden. Bewertungen müssen in der Praxis durch kompetente Reviewer durchgeführt und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet

werden, um den dafür notwendigen Aufwand leisten zu können. Sie sind durch eine realistische Risikokommunikation zu begleiten.

Demokratische politische Kontrolle

Die Umsetzung der zuvor genannten Anforderungen benötigt ausreichende Aufmerksamkeit auf politischer Ebene. Organisatorische und legislative Maßnahmen sind zu treffen, die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit fördern, demokratische Kontrolle, Bürgerrechte und Meinungsfreiheit verbessern, und nicht zuletzt für eine angemessene politische Sprache sorgen.

Cyberpeace-Initiative auf Regierungsebene

Aus unserer Sicht ist der Cyberspace eine wichtige Grundlage für die Zukunft der Menschheit. Damit bedeutet die Gefährdung der Integrität dieser kritischen Infrastruktur, unser aller Zukunft zu gefährden. Eine Cyberpeace-Initiative muss gestartet werden, um die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der Kommunikationsinfrastruktur sicherzustellen. Friedensforschung und die Entwicklung von Strategien zur Friedenssicherung im Cyberspace müssen gefördert werden.

Demokratische Kontrolle des Internets und von Cybersicherheits-Strategien

Heute werden Cyber-Strategien unter Geheimhaltung entwickelt und umgesetzt. Jedoch können nur transparente Cybersicherheits-Strategien Vertrauen bilden und einem Wettrüsten im Cyberspace entgegenwirken. Demokratische Kontrolle und Trennung polizeilicher, militärischer und geheimdienstlicher Funktionen sind dabei unbedingt erforderlich. An der Entwicklung und Umsetzung von Cybersicherheits-Strategien muss grundsätzlich das Parlament beteiligt werden; seine Zustimmung muss Voraussetzung dafür sein. Cybersicherheits-Strategien müssen ein Ergebnis legislativer demokratischer Entscheidungsfindung sein.

Online-Protest ist kein Verbrechen

Information und Kommunikation über das Internet ist heute gängige Praxis. Die Ausübung von Grundrechten – beispielsweise der Redefreiheit – darf niemals als ein Verbrechen angesehen werden. Vor allem darf es nicht als Rechtfertigung für militärische Aktionen oder kriegerische Akte dienen. Ein Beispiel dafür sind Verbraucherproteste gegen Online-Dienste. Das Recht zum zivilen Protest muss auch im Cyberspace respektiert werden.

Klar definierte und entmilitarisierte politische Sprache

Politik und Medien verwenden häufig eine unklare Sprache, die tatsächliche Sachverhalte verschleiert und gleichzeitig die Eskalation von Konflikten verursachen kann. Beispielsweise kann die Verwendung des Begriffs „Cyberkrieg" zu der Annahme führen, dass im konkreten Fall nur militärische Lösungen möglich sind. Es muss eine klare sprachliche Trennung zu der viel häufiger stattfindenden Computerkriminalität erfolgen, die mit etablierten Mitteln des Strafrechts, nicht militärisch, bekämpft werden kann und muss; dies muss in der politischen Sprache zum Ausdruck kommen.

Wir betrachten diese vier Felder – Vertrauen, gewaltfreie Konfliktlösung, Sicherung lebenswichtiger Infrastruktur und demokratische politische Kontrolle – als Elemente eines geeigneten Rahmens, um Cyberpeace – die ausschließlich friedliche Nutzung des Cyberspace – zu erreichen. Wir sind davon überzeugt, dass dieser Rahmen und die Anforderungen uns dabei helfen werden, die politischen Entscheidungen zu treffen, um die militärische Kolonisierung des Cyberspace zu verhindern und den Frieden so wie die Menschen- und Bürgerrechte im Cyberspace zu fördern.

Die Cyberpeace-Kampagne des FIfF

Das Forum Informatiker.innen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIfF) hat das Thema aktiv aufgegriffen und die Kampagne *Cyberpeace*[124] gestartet. Die Kampagne soll anhand des in diesem Beitrag beschriebenen Rahmens die Gefahren adressieren, die sich aus einer

[124] https://cyberpeace.fiff.de

Politik einer Cyber-Kriegführung ergeben und die Kolonisierung der Kommunikationsinfrastruktur durch das Militär sowie die Überwachung der gesamten Bevölkerung zurückdrängen. Das Internet und alle Informations- und Kommunikationsinfrastruktur müssen ausschließlich friedlich genutzt werden dürfen, und sie müssen gegen militärischen Missbrauch geschützt werden. Eine sichere Kommunikation unter Wahrung und Förderung der Grundrechte muss gewährleistet sein.

Der Rahmen und die Forderungen zum Cyberpeace wurden im Kampagnenteam des FIfF gemeinsam erarbeitet.[125] Die Kampagne wird durch die *Stiftung Bridge* finanziell gefördert. Wir danken der Stiftung für ihre Unterstützung.

Dipl. Inform. ***Stefan Hügel*** *ist Vorsitzender des FIfF e.V. – Forum Informatiker.innen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung – und gleichzeitig Sprecher der Cyberpeace-Kampagne des FIfF. Beruflich arbeitet er als Berater für IT-Governance, IT-Prozesse, Informationssicherheits- und Risikomanagement.*

FIfF – Forum Informatiker.innen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V.
Goetheplatz 4, 28203 Bremen

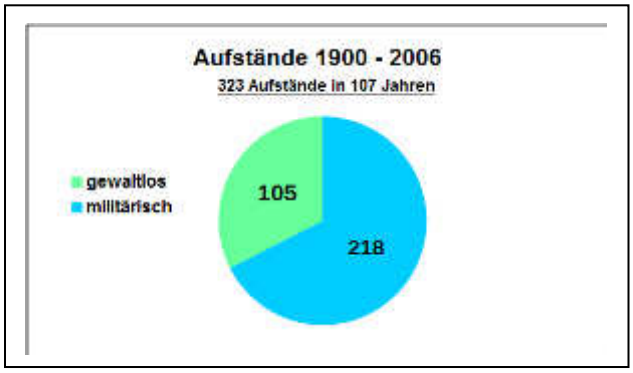
[125] FIfF e.V. (2014): Forderungen zum Cyberpeace, FIfF-Kommunikation 4/2014, S. 62-65

7. Warum Gewaltfreiheit auch unter schwierigsten Bedingungen erfolgreich sein kann

Jan Stehn

Die Wissenschaftlerinnen Chenoweth und Stephan haben in einer Datenbank alle Aufstände der Jahre 1900 bis 2006 weltweit erfasst, die das Ziel hatten, ein Regime zu stürzen, eine ausländische Besatzung zu beenden oder sich abzuspalten (Sezession). Berücksichtigt wurden also nur Aufstände mit weitreichenden Zielen.

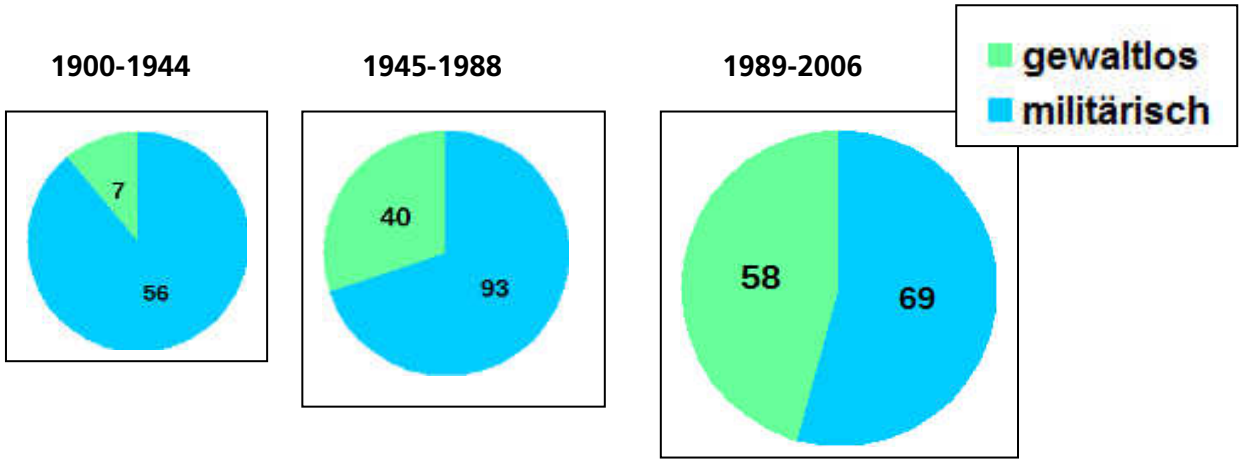
7.1 Erfolgsbilanzen



Die Ergebnisse stellen gängige Urteile zu Gewaltlosigkeit in Frage.

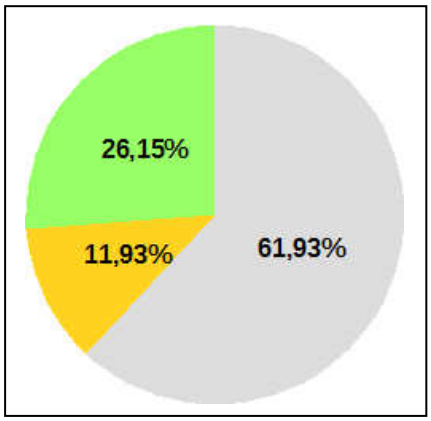
Beachtlich ist die hohe Zahl an gewaltlosen Aufständen: von 323 immerhin 105. Als gewaltlos werden Bewegungen charakterisiert, die ihre Macht vor allem mit gewaltfreien, sozialen Mitteln des Widerstandes wie Demonstrationen, Streiks, Boykotts, Ziviler Ungehorsam etc. entfalteten.

Die Zahl der gewaltlosen Aufstände nimmt im Laufe des 20. Jahrhunderts erheblich zu: Gab es von 1900 bis zum Ende des 2. Weltkrieges nur 7 gewaltlose Aufstände (11 % der Aufstände), waren nach dem 2. Weltkrieg bis 1988 schon 30 % aller Aufstände gewaltlos. In der letzten Erfassungsperiode seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion agierten fast die Hälfte aller Aufstandsbewegungen überwiegend mit gewaltlosen Mitteln.

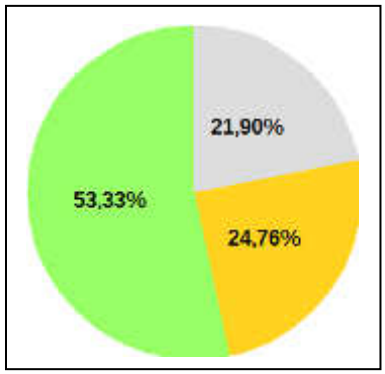


Entgegen der Annahme, dass Gewalt in politischer Auseinandersetzung das machtvollere Mittel ist, zeigt die Auswertung, dass gewaltlose Aufstände erfolgreicher ihre Ziele durchsetzen konnten als bewaffnete. Die Erfolgsrate gewaltloser Bewegungen liegt bei über 50 % und ist doppelt so groß wie bei militärischen. Die bewaffneten Aufstände scheiterten fast dreimal häufiger als die gewaltlosen:

218 militärische Aufstände



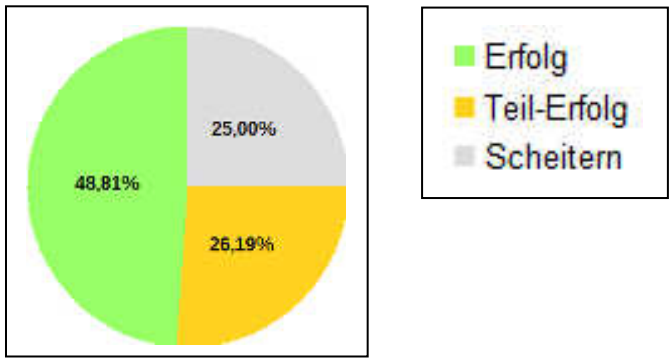
105 gewaltlose Aufstände



Als eine Erklärung dafür bietet sich an, dass Aufstandsbewegungen vor allem dann sich bewaffnen, wenn die Repression brutal ist und daher die Erfolgschancen gering sind. Ein Beispiel dafür wäre die Militarisierung des Aufstandes gegen Assad in Syrien im Laufe von 2012.

Aber auch wenn nur die Aufstände betrachtet werden, bei denen der Staat gewaltsam die Bewegung zu zerschlagen versuchte, ändert das nicht den Erfolgsvorteil der gewaltfreien Bewegung:

Erfolg von
84 gewaltlosen Aufständen
von 1900 bis 2006,
die mit massiver staatlicher Repression
konfrontiert waren:



Besonders augenfällig ist der Erfolgsvorteil gewaltloser Bewegungen in Situationen, in denen sowohl bewaffnete als auch gewaltlose Bewegungen Widerstand leisteten:

- **Osttimor** - Widerstand gegen die indonesische Besatzung: Der militärische Widerstand wird in den 1980er Jahren weitgehend zerschlagen. Einer mit gewaltlosen Mitteln agierenden Bürgerbewegung gelingt es ab Ende der 80er und in den 90er Jahren, internationale Unterstützung zu gewinnen und ein erfolgreiches Unabhängigkeitsreferendum durchzusetzen.
- **Philippinen** - Widerstand gegen Diktatur Marcos: Maoistische und islamische Guerillagruppen scheitern in den 70er Jahren. Mitte der 80er Jahre erzwingt ein gewaltloser Volksaufstand den Rücktritt des Diktators und freie Wahlen.
- **Iran** - Sturz des Schahs: Islamische und kommunistische Guerillaeinheiten scheiterten, während ein islamischer Volksaufstand 1979 die Herrschaft des Schahs beendete.

7.2 Warum sind gewaltfreie Aufstände erfolgreich?

Die Schwelle, sich an gewaltlosen Aktionen zu beteiligen, ist geringer, als sich einer bewaffneten Bewegung anzuschließen. Im Durchschnitt haben gewaltlose Bewegungen viermal mehr TeilnehmerInnen als militärische Aufstände. Die 25 größten Aufstandsbewegungen waren zu 80% gewaltlos, und diese wiederum waren zu 70% erfolgreich.

Die hohe Partizipation in Kombination mit dem moralischen Vorteil der Gewaltlosigkeit bietet der Bewegung eine Menge taktischer Vorteile:

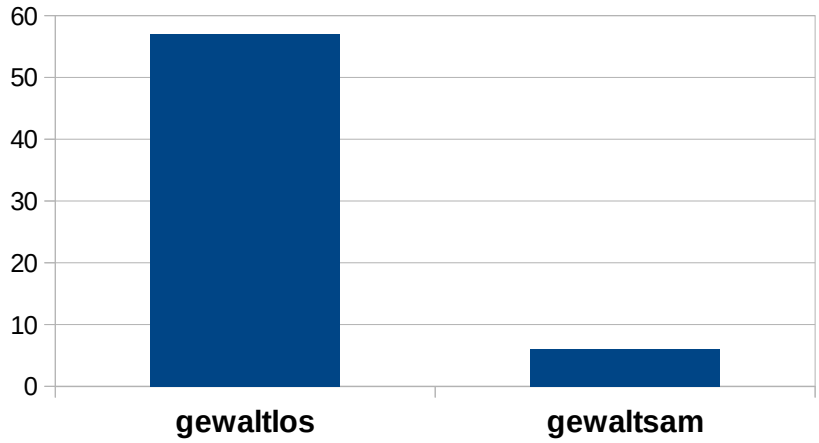
- Häufig existiert ein sozial gut verankertes Graswurzelnetzwerk (z.B. unter dem Schutz von Kirchen, Moscheen oder Gewerkschaften), das resilient gegenüber Repression ist.
- Vielfältige, große Bewegungen haben mehr kreatives Potenzial zur taktischen Flexibilität und bei der Erfindung von neuen Aktionsformen. Die Möglichkeit, zwischen dezentralen und zentralen Formen des Protestes wechseln zu können, ist wichtig für Bewegungen, um auch unter repressiven Bedingungen sichtbar bleiben zu können.
- Empörung und Solidarität tragen dazu bei, dass Widerstandsbewegungen auch durch brutale Repression nicht geschwächt, sondern stärker werden - ein Mechanismus, der mit dem Begriff 'Backfire' bezeichnet wird.
- Große Bewegungen haben mehr Einwirkungsmöglichkeiten auf die sozialen Gruppen, die die Säulen der Macht (von den Medien bis zum Militär) bilden. Wenn diese Gruppen sich aufgrund des sozialen Drucks neutral verhalten oder zur Opposition überlaufen, ist das Ende der Herrschaft eingeleitet.

Gewaltlose Bewegungen sind nicht nur erfolgreicher, wenn es darum geht die Machtfrage zu entscheiden, sie fördern auch demokratische Entwicklungen und sozialen Frieden.

Fünf Jahre nach einem Umsturz finden sich in 57% der erfolgreichen gewaltlosen Bewegungen demokratische Verhältnisse, im Gegensatz zu 6% bei den bewaffneten Aufständen. Beachtenswert ist, dass sogar gescheiterte gewaltlose Aufstände eine positive Wirkung auf die Demokratisierung hatten (35% hatten 5 Jahre später eine Demokratie).

Auch zeigt der Datensatz, dass die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkrieges in den 10 Jahren nach einem erfolgreichen Aufstand bei den bewaffneten 50% höher liegt als bei den gewaltlosen.

Demokratie 5 Jahre nach dem Erfolg des Aufstandes



Zusammenfassung der Studie:
Chenoweth, Erica; Stephan, Maria J., *Why civil resistance works: the strategic logic of nonviolent conflict*, New York, 2011

Jan Stehn ist Aktivist in verschiedenen sozialen Bewegungen. Er bietet Vorträge und eine Powerpoint-Präsentation zur Studie von Cheneweth und Stephan an: Jan Stehn, j.stehn@tk-windrose.de, 0170 - 848 76 20

8. Soziale Verteidigung

Roland Vogt

Der Begriff „Soziale Verteidigung“ stammt von dem norwegischen Friedensforscher und Weltbürger **Johan Galtung**. Als einer der ersten Strategiewissenschaftler nach dem Zweiten Weltkrieg machte er sich Gedanken darüber, wie Gandhische Kampftechniken auf akute zwischenstaatliche Konfliktsituationen übertragen werden könnten.[126]

Ihm fiel dabei auf, dass man in der Verteidigungsdebatte über die Frage, **wie** verteidigt werden kann, die Frage, **was** zu verteidigen ist, in konsternierender Weise vernachlässigte. Mit der üblichen Antwort, man müsse „sein Land“ verteidigen, gab er sich nicht zufrieden, und entdeckte in ihr zwei Dimensionen: die territoriale und die soziale Verteidigung. Er stellte fest: Territoriale Verteidigung bedeutet, dass Gebiete verteidigt werden, sozusagen Quadratmeter; Soziale Verteidigung (SV) ist die Verteidigung dessen, was man als **Lebensweise** bezeichnen könnte.

Galtung überließ die Weiterentwicklung dieses luziden Gedankens Anderen, wie beispielsweise Gene Sharp in den USA, Adam Roberts und April Carter in Großbritannien sowie Theodor Ebert in der Bundesrepublik Deutschland.

Gemeinsam ist ihren Konzepten zur Sozialen Verteidigung/Civilian-based Defence:

- die Betonung des Charakters der **Alternative** zur herkömmlichen Verteidigung mit militärischen Mitteln,
- die Einführung eines auf **Gewaltlosigkeit**, insbesondere der Nichtzusammenarbeit (non-cooperation) beruhenden **neuen Machtbegriffs** als Kontrast zu einer auf Gewaltmittel gestützten Macht- und Sicherheitspolitik,
- die Abkehr von der Territorialverteidigung,
- die Erhaltung von Lebensformen, Errungenschaften und Institutionen und
- der eindeutige **Verteidigungscharakter in Verbindung mit einer Warnungswirkung.**

Übereinstimmender Kern ist, dass ein militärischer Aggressor oder ein Putschist die Zusammenarbeit der Bevölkerung benötigt, und diese Zusammenarbeit ihm verweigert werden kann.

Es muss also erreicht werden, dass der Aggressor oder Putschist seine Ziele nicht erreicht und letztlich aufgeben muss.

8.1 Beispiele

Fälle, in denen SV in diesem Sinne stattgefunden und vollen Erfolg gehabt hätte, gibt es noch nicht, wohl aber Fälle und in ihrem Gefolge Fallstudien, aus denen für die Weiterentwicklung der SV viel gelernt werden kann. Einige davon sind:

[126] Johan Galtung (1959) *Defense Without a Military System* (1959). Das Buch kam zwei Jahre nach Stephen King-Halls *Defense in the Nuclear Age* heraus, wo der hochrangige britische Offizier argumentierte, dass im Atomzeitalter eine militärische Verteidigung unmöglich sei. Auch vor dem Zweiten Weltkrieg gab es schon Überlegungen zu einer nichtmilitärischen Verteidigung (Gandhi, Bart de Ligt u.a.).

Der **Kapp-Putsch**, 1920: Reichswehroffiziere putschten gegen die Regierung der jungen Weimarer Republik. Eines der Ziele war, den Gründer der Vaterlandspartei, Wolfgang Kapp, an die Macht zu bringen. Auslöser des Putschversuchs war die Absicht der Regierung, gemäß den Auflagen des Versailler Vertrags die Reichswehr drastisch zu verkleinern und die sogenannten Freikorps aufzulösen. Der Putsch scheiterte nach fünf Tagen, v.a., weil ein Generalstreik, dem sich auch der Deutsche Beamtenbund anschloss, das öffentliche Leben lahmlegte.

Der **Ruhrkampf**, 1923: Französische und belgische Truppen besetzten das Rheinland, um Reparationen wie Kohle, Stahl und Baumstämme für Telegrafenmasten einzuziehen, nachdem Deutschland seinen Zahlungs- und Lieferverpflichtungen aus dem Versailler Vertrag nicht nachgekommen war. Die Reichsregierung rief zu „passivem Widerstand" auf, der außerordentlich kreative Formen annahm, jedoch nach neun Monaten auf Geheiß der Reichsregierung abgebrochen wurde. Durch Verhandlungen wurde dann immerhin erreicht, dass die französischen und belgischen Truppen wieder abzogen.[127]

Der **Widerstand in der Tschechoslowakei (CSSR) gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen** im August 1968.

Der **Kosovo unter Rugova,** bis der an Gandhi orientierte, vorbildliche gewaltfreie Widerstand gegen serbische Gleichschaltung 1997 von der sogenannten Befreiungsarmee abgelöst wurde.[128]

Ich konzentriere mich im Folgenden auf den Fall CSSR, weil er eine Fundgrube für Aktivitäten ist, die für das Konzept der SV fruchtbar gemacht werden können **und** weil auch aus der Art des Scheiterns dieses Widerstands etwas für künftige Fälle zu lernen ist.

8.2 CSSR 1968

Im „Prager Frühling" 1968 vollzog die kommunistische Einheitspartei im „tschechoslowakischen Erneuerungsprozess" einen Wandel zum „Sozialismus mit menschlichem Antlitz".

Die politischen Führungen der Sowjetunion und anderer Warschauer-Pakt-Staaten fürchteten die „Ansteckungsgefahr" des tschechoslowakischen Experiments und marschierten in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 in die CSSR ein.

Der Befehl des tschechoslowakischen Präsidenten, eines von der Bevölkerung hochgeschätzten ehemaligen Generals, „die Armee bleibt in den Kasernen", wurde befolgt und ermöglichte die explosionsartige Entfaltung flächendeckenden, überwiegend gewaltlosen Widerstands in allen Landesteilen.

Am erstaunlichsten war, wie schnell die Bevölkerung nach der Überrumpelung durch die Militärinvasion zu spontanen Formen zivilen Widerstands fand.

Das begann mit der Lahmlegung der Nervenzentrale des Flughafens Ruzine, der für die Landeoperationen der sowjetischen Truppen von zentraler Bedeutung war. Deren Führung brauchte drei Tage, um hinter das Geheimnis der Funktion dieser Nervenzentrale zu kommen, mit der man auf einen Streich Strom, Gas, Wasser, Ventilation, Heizung und Luftdruckregelung ausschalten konnte.

Für künftige Strategien Sozialer Verteidigung kann daraus gelernt werden, Flughäfen, die zur Landung fremder Truppen genutzt werden könnten, technisch so auszustatten, dass die Landung erschwert und dadurch Zeit für die Entfaltung gewaltfreien Widerstands gewonnen werden kann.

---

[127] Siehe Müller, Barbara (1995) Passiver Widerstand im Ruhrkampf. Eine Fallstudie zur gewaltlosen zwischenstaatlichen Konfliktaustragung und ihren Erfolgsbedingungen. Münster:Lit

[128] Siehe Howard Clark (2003): Ziviler Widerstand im Kosovo, Kassel:Weber & Zucht

Gegen die einmarschierenden Bodentruppen wurde Widerstand u.a. dadurch geleistet, dass man ihnen Orientierungsmittel entzog, z.B. indem man behauptete, kein Russisch zu verstehen oder indem man Wegweiser so manipulierte, dass manche Einheiten im Kreise rumgeführt wurden. Je nach Lage der Dinge nutzten, so in Prag, BürgerInnen des überfallenen Landes ihre Russischkenntnisse aber, um die meist jungen Soldaten aus den „Bruderländern" in Gewissensnöte zu bringen, wie beispielsweise durch das vielfältig auf Plakaten und an Hauswänden angebrachte „Potschemu" – Warum? Warum geht Ihr mit Gewalt gegen unseren friedlichen Wandlungsprozess vor?

Trotz der fremden Truppen im Land gelang es den tschechoslowakischen ReformkommunistInnen, einen außerordentlichen Parteitag abzuhalten, der zu einem einstündigen Generalstreik für den 23. August aufrief. Dieser Aufruf wurde weitgehend befolgt und hatte die Funktion, Einheit und Geschlossenheit im Widerstand zum Ausdruck zu bringen und zugleich die Besatzer zu warnen, dass Führung und Volk zu weiteren Aktionen dieser Art in der Lage waren.

So kam es dann auch am 26. August zu einem gemeinsamen Aufruf von Nationalversammlung, Regierung und dem Zentralgewerkschaftsrat zu einem weiteren kurzzeitigen Generalstreik als Proteststreik.

Zudem wurden die Urangruben bestreikt, weil wie in anderen „Bruderländern" die Ausbeutung von Uranvorkommen für die Atommacht Sowjetunion von besonderem Wert war.

Und schließlich „erfanden" tschechische und slowakische Widerstand Leistende eine bis dahin neuartige Kampfform, von Theodor Ebert später „dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration" genannt, indem sie „Dubcek-Sonderschichten" einlegten, um durch diese Form freiwilliger Mehrarbeit die Unterstützung ihres allseits geschätzten Reformparteiführers zu dokumentieren, der zeitweise in Moskau zusammen mit anderen Führern des Tschechoslowakischen Erneuerungsprozesses festgehalten wurde.

Eine weitere, bereits in der Fachliteratur des gewaltfreien Widerstand bekannte Verweigerungsaktion war der „Hartal": Gaststätten und Geschäfte werden für längere Zeit geschlossen, die Straßen bleiben leer.

Eine zentrale Funktion im Widerstand fiel dem **Prager Rundfunk** zu.

Der Prager Rundfunk, Symbol des freien Worts im Tschechoslowakischen Erneuerungsprozess, wurde zunächst für eine Weile von zivilen Menschenketten vor dem Eindringen der fremden Soldaten beschützt, wobei es auch zu gewaltsamen Aktionen kam, etwa dadurch, dass zivile LKWs gegen vorrückende Panzer gesteuert wurden. Das führte nur zu einer kurzen Verzögerung der „Einnahme" des Rundfunkgebäudes in der Prager Vinohrada (Weinbergsgasse).

Entscheidender für den Widerstand war eine technologische Besonderheit.

Als die eingedrungenen sowjetischen Militärs den Rundfunk ausschalten wollten, der bis dahin durch seine Sendungen zum Rückgrat für den Widerstand im ganzen Land geworden war, fanden sie die automatisierte Zentrale, das „Hirn" des Prager Rundfunks nicht. Die Verbindung von der Zentrale zu den Sendern im Land konnte deshalb lange Zeit ungestört funktionieren. Dabei spielten geheime Studios und die unzähligen Empfangsgeräte im Land, insbesondere Transistorradios, eine besondere Rolle.

Es gab allerdings auch Durststrecken. So musste die Koordination mit den übrigen Stationen im Land zunächst improvisiert werden. Erst zwei Tage nach dem Einmarsch der, wie die Bevölkerung sie spöttisch nannte, „Besatzungsverbündeten", gelang es, in Prag eine zentrale Leitung für alle Sendungen im Land zu schaffen.

An sich erforderliche technische Vorbereitungen waren nicht getroffen worden. Psychologisch war dafür auch keine Disposition gegeben. Nur wenige hatten geglaubt, dass es zu einer Invasion kommen könnte. Kaum jemand hatte sich Gedanken gemacht, was in einem solchen Falle geschehen sollte.

Wäre der Sendebetrieb des Rundfunks in den ersten Tagen durch die Verbindung von technologischer Besonderheit und Improvisationsgabe nicht zustande gekommen und konsolidiert wor-

den, dann hätte der Widerstand nicht solche Ausmaße annehmen können. Vielleicht wäre er schon in den ersten Stunden und Tagen zusammengebrochen oder in isolierte, gewaltsame Einzelaktionen umgeschlagen.

Sicher ist, dass kein anderes Medium die Aufgabe erfüllte, die der Rundfunk bewältigt hat. Das Fernsehen funktionierte nur während kürzerer Zeiträume in den ersten Tagen. Zeitungen kamen zwar erstaunlich häufig, aber unregelmäßig und mit wenigen Seiten heraus. Die zentrale Verwaltung hatte im Großen und Ganzen aufgehört zu funktionieren.

So stellte der Rundfunk den einzigen kontinuierlichen Kontakt zwischen den legalen Regierungs- und Parteiorganen und der Bevölkerung her. Er informierte regelmäßig über die Aktivitäten der politischen Gremien, strahlte ihre Mahnungen an die Bevölkerung aus, Besonnenheit zu wahren, verbreitete Loyalitätsbekundungen, Solidaritätsadressen, Resolutionen, Forderungen aus allen Bereichen der Gesellschaft; er war ein Umschlagplatz für Anregungen, klärte über die internationale Haltung zum CSSR-Problem auf, versuchte Nachbarstaaten und fremde Truppen über den tschechoslowakischen Standpunkt zu informieren, warnte vor Kollaborateuren und warb um die Einheit der Nation im Widerstand.

Die Formen des Widerstands im Rahmen der Grundentscheidung für gewaltloses Handeln wurden von Fall zu Fall spontan bestimmt.

Mitunter kam die Initiative von MitarbeiterInnen des Rundfunks, und die Anregung wurde an die Bevölkerung gesendet. Ein Beispiel hierzu waren die Warnungen vor den Autos der kollaborierenden Sicherheitspolizei mit Angabe der Kennzeichen, die dann auf Hauswänden, Flugblättern und dergleichen verbreitet wurden. In anderen Fällen ging die Anregung von Menschen auf der Straße aus. Die Aufgabe des Rundfunks bestand dann darin, die Ideen an andere Stadtteile und an das übrige Land weiterzugeben.

Ohne die Unterstützung durch die Bevölkerung hätte der Rundfunk nicht oder nur mit wesentlich verminderter Effektivität arbeiten können.

Die Frage, woher die Begabung der TschechInnen und SlowakInnen von 1968 zur Gewaltlosigkeit stammt, kann nur spekulativ beantwortet werden. Es hätte ja auch zu einer Tragödie wie 1956 in Ungarn kommen können, als sich ein ursprünglich gewaltloser Aufstand durch das brutale Eingreifen der Staatspolizei (vgl. Syrien heutzutage!) in einen gewaltsamen Aufstand auch gegen die sowjetischen Truppen im Land verwandelte. Nach einer Phase der Entspannung und einem Täuschungsmanöver durch die sowjetische Seite kam es schließlich zu einem brutalen Rachefeldzug der sowjetischen Truppen gegen den „ungarischen Volksaufstand“ und die zeitweise amtierende nationalkommunistische Regierung von Imre Nagy.

Das Trauma und Drama um Ungarn 1954, vielleicht auch die Niederschlagung des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 in der DDR durch Staatsmacht und sowjetische Streitkräfte, lieferten Führung und Bevölkerung der Tschechoslowakei von 1968 möglicherweise **einen** Impuls für ihren phantasiereichen gewaltfreien Widerstand.

Über die Tschechoslowakei gab es im „Westen“, auch in Sonderheit bei vielen Westdeutschen, kaum fundierte Kenntnisse. Man wusste vielleicht etwas über die Hussitenkriege, die Vertreibung der Deutschen aus dem „Sudetenland“ nach den Naziverbrechen in der Tschechoslowakei; im „Kalten Krieg“ über die Rolle des stalinistischen Regimes mit seinen gespenstischen Tribunalen und Säuberungsaktionen (u.a. „Slansky-Prozess“). Weniger bekannt war die Statur des Staatsgründers nach dem Ersten Weltkrieg, Thomas Garrigue Masaryk, des Verfechters eines liberalen und demokratischen Humanismus. Noch weniger wusste und weiß man von einer Tradition, die vom Stifter der Böhmischen Brudergemeinde gelehrt und gelebt wurde: der Lehre der Gewaltfreiheit, wie sie von Petr Chelcicky begründet wurde: „Vor allem widerspricht der Lehre Christi der Waffendienst, weil er Böses mit Bösem vergilt.“ Überhaupt, so Petr Chelcicky 1419, vier Jahre nach der Verbrennung von Jan Hus auf dem Konstanzer Konzil, sei das Christentum mit der Anwendung und Ausübung von Gewalt nicht vereinbar. Christen dürfen andere nicht bedrücken (moderner: ausbeuten) alle sollten arbeiten und einander beistehen (solidarisch sein).

Die Böhmische Brudergemeinde setzte Chelcickys Grundsätze in ein Programm um: Bruderliebe, strenge Sittenreinheit, völlige Besitzlosigkeit der Priester, keinerlei Teilnahme an Kriegsdienst, Gerichtswesen und Staatsbeamtentum, keine Standesunterschiede.

Die Unität der Böhmischen Brüder fand große Anhängerschaft: in Böhmen soll sich ihr die Hälfte der Bevölkerung, in Mähren noch eine größere Zahl angeschlossen haben. Obwohl Chelcicky als der größte Schriftsteller der hussitischen Revolution galt und seine Schriften, da tschechisch abgefasst, große Verbreitung gefunden hatten, gerieten sie nach der Zerstörung des hussitischen Schrifttums im Zuge der Gegenreformation fast völlig in Vergessenheit.

Gleichwohl datiert der US-amerikanische Sozialpsychologe Clarence Marsh Case[129] mit dem Auftreten der Lehren und Gedanken der Böhmischen Brüder den „Beginn des passiven Widerstands im modernen Sinne." Modern wegen der engen Verbindung mit dem Staat und den heraufkommenden Kräften sozialer und politischer Revolutionen und wegen ihres ins öffentliche Leben eingreifenden Charakters.

Der Historiker Palacky, „Vater des Vaterlandes", machte Mitte des 19. Jahrhunderts sein Volk wieder mit der hussitischen Revolution vertraut und hob neben dem großen Pädagogen Jan Amos Komensky (Comenius) Petr Chelcicki besonders hervor.

Auch der Staatsgründer Thomas G. Masaryk bezog sich in seinen Reden im Exil vor der Gründung der Tschechoslowakei nach dem Ersten Weltkrieg vielfach auf Chelcicky: „Wir müssen uns wieder Hus und seine Bedeutung vergegenwärtigen, die Bedeutung von Chelcicky und Comenius und in diesem Sinn und Geiste für unsere Befreiung kämpfen."

Selbst gegen die deutsche Okkupation ab 1939 wurde neben anderen Aktionsformen gewaltloser Widerstand geleistet. Es liegen Berichte vor, nach denen unmissverständliche Aktionen des gezielten Protests und der Weigerung veranstaltet wurden. Aus Protest gegen die Veranstaltungen zu Hitlers 50. Geburtstag in Prag wurde nach vorheriger Mundpropaganda das Denkmal von Jan Hus innerhalb eines Zeitraums von Mittag bis Abend mit 30.000 Blumensträußen aus der Bevölkerung geschmückt. Am Fuße des Denkmals ward die nationale Losung „Pravda Vitezi" (Die Wahrheit wird siegen) angebracht. Die Prager Bürger zogen sich von allen Straßen und Plätzen demonstrativ zurück, die mit nazideutschen Flaggen bestückt waren.

Kaum ein Tscheche war bereit, in Deutschland Arbeit anzunehmen. Cafés, die von Deutschen besucht wurden, erschienen auf dem tschechischen „Index" oder man weigerte sich, Hakenkreuzträger zu bedienen.

In einer 13.000-EinwohnerInnen-Stadt wurden alle Läden geschlossen, um keine Deutschen bedienen zu müssen. Auch Eigensabotage in Gold- und Silberminen kamen vor. Als der Reichsprotektor von Neurath eine Gaststätte betrat, begann das Orchester unvermittelt den Marche funèbre von Chopin zu spielen.

Nachdem die deutsche Kommandantur am Mahnmal des unbekannten Soldaten Ehrenwachen aufziehen ließ, kam kein/e einzige/r BesucherIn mehr; zuvor waren es vom Beginn der Okkupation an 4.000-5.000 aus allen Teilen Böhmens gewesen.

Gewaltloser Systemwandel Januar – August 1968

Mit dem Hinweis auf den hierzulande unbekannten Petr Chelcicky und die von ihm inspirierte Böhmische Brudergemeinde sowie mit der Erwähnung vergessener Formen des Widerstands gegen die Naziherrschaft sollte – im Sinne der Bemühungen Gene Sharps um die von jeglicher Geschichtsschreibung vernachlässigten Beispiele der Gewaltlosigkeit - auf eine der tschechoslowakischen Geistes- und Sozialgeschichte eigene Tradition aufmerksam gemacht werden. Es wird nicht verkannt, dass der Versuch, Kausalität im strengen Sinne zwischen dieser Traditionslinie und den konkreten Formen des Widerstandes 1968 nachzuweisen, scheitern müsste.

[129] Clarence Marsh Case (1923): Non-violent Coercion. A Study in Methods of Social Pressure

Weniger problematisch dürfte sein, der These zu folgen, die Beharrlichkeit und Gewaltlosigkeit des Widerstands seien bereits in der Gewaltlosigkeit der Nach-Januarperiode (1968) angelegt. Dazu einige Thesen und Schlussfolgerungen in Anlehnung an Vladimir Horsky[130]:

1. Der Systemwandel wurde durch das demokratische Engagement breiter Schichten der Bevölkerung getragen. Wären sie nicht schon im Laufe des Prager Frühlings in Bewegung versetzt worden, hätte ihre freie, spontane Aktivität im Widerstand niemals zustande kommen können.
2. Ausschlaggebend war, dass sich im Laufe des Reformprozesses ein völlig neues Bewusstsein im Volk entwickelt hat; man erkannte, dass für das eigene Schicksal nicht die Macht der Staatsgewalt, sondern die Kraft eigener Aktivität entscheidend ist.
3. Die acht Monate des Jahres 1968 mahnten die meisten TschechInnen und SlowakInnen, dass sie etwas Wertvolles zu verlieren hatten: Presse- und Meinungsfreiheit, Bürgerrechte und Rechtssicherheit, Autonomie der Massenorganisationen (der Partei gegenüber), Arbeiterselbstverwaltung – kurzum die Errungenschaften des tschechoslowakischen Erneuerungsprozesses.
4. Der Systemwandel brachte nicht nur Errungenschaften, so wertvoll sie auch waren. Er brachte auch Zukunftserwartungen. Man hatte das starke Gefühl, dass sich in diesem Land etwas Außerordentliches abspielte, etwas, das Zeichen für eine gesamteuropäische Entwicklung setzen konnte. Daher ging es nicht „nur" um die Verteidigung des schon Erreichten, sondern noch mehr dessen, was auf der Basis des bereits Verwirklichten weiterhin erreicht werden sollte und voraussichtlich auch konnte.

Der Systemwandel, auch tschechoslowakischer Erneuerungsprozess (TEP) genannt, wurde durch kombinierten Druck von oben und unten eingeleitet. Diese Technik führte schrittweise zur Isolierung der orthodox-konservativen Kräfte. Obwohl diese sich selber nicht an die neuen Spielregeln der Gewaltfreiheit zu halten gedachten: Novotny - der letzte KP-Generalsekretär des alten Regimes - hatte im Januar 1968 noch versucht, sein Regime durch einen Militärputsch an der Macht zu halten. Sie wurden weder mit administrativen, geschweige denn gewaltförmigen Methoden „ausgeschaltet" oder verfolgt. Die ReformerInnen schienen überwiegend von der Einsicht geleitet zu sein, dass ihr proklamiertes Ziel, „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" zu verwirklichen, nur Glaubwürdigkeit erlangen würde, wenn es bereits im Mittel zu erkennen sei.

Als Dubcek[131] sich weigerte, gegen die UrheberInnen einer Unterschriftenaktion zur Auflösung der Volksmiliz vorzugehen, wurde er vom Korrespondenten eines kommunistischen Nachbarlandes gefragt, ob es nicht besser wäre, gegen die UnterschriftensammlerInnen Polizei einzusetzen. Er antwortete: „Polizisten sind keine Argumente – ich will das einfach nicht mehr!"

Geht man davon aus, dass politisches Lernen durch Beispiel und Aktion am ehesten vonstatten geht, so kann man auch erklären, weshalb in dem relativ kurzen Zeitpunkt zwischen Januar und August 1968 ein Großteil der zuvor misstrauisch-apathischen Bevölkerung der CSSR sich nicht nur in den Zielen, sondern auch in den Mitteln mit der Führung identifizierte und darüber hinaus zum aktiven Träger des Widerstands in seiner konkreten Form - spontan und gewaltlos - werden konnte.

Kapitulation nach gewonnener Schlacht

Ziemlich häufig ist das Argument zu hören, der Fall CSSR habe ja gezeigt, dass Soziale Verteidigung keinen Erfolg haben könne.

Bei genauerem Hinsehen stellt sich heraus, dass ganz andere Gründe als die Wahl der Widerstandsform für das Scheitern verantwortlich zu machen sind. Der springende Punkt ist, dass sich

[130] Vladimir Horsky (1975) Prag 1968, Systemveränderung und Systemverteidigung, Studien zur Friedensforschung, Bd. 14, Klett/Kösel, Stuttgart/München

[131] Alexander Dubcek, seit Januar 1968 Parteichef der KP der CSSR

Staatspräsident Svoboda ohne Mandat der berufenen Gremien, aus einer Art paternalistischer Grundhaltung, kurz nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen, nach Moskau begeben hat, sicher auch, um die Freilassung der schon am zweiten Tag des Überfalls in die UdSSR verschleppten Führungsriege um Dubcek zu erreichen.

Damit hatte er fatalerweise die Weichen gestellt, die zum „Moskauer Kompromiss" führten. Der altgediente General war schlicht und einfach nicht fähig, das Pozential gewaltlos-zivilen Widerstands zu begreifen. Fern vom in der Heimat Widerstand leistenden Volk war die CSSR-Delegation in Moskau auch nicht in der Lage, den machtpolitischen Stellenwert des heimischen Widerstands zu erkennen, geschweige denn in politische Münze umzusetzen. Das war wie eine Kapitulation nach gewonnener Schlacht.

Das weiterhin widerstandsbereite Volk wurde praktisch um die Früchte seines gewaltlosen Aufstands betrogen.

Dazu passte, dass sich die Delegation hatte verpflichten müssen, den Inhalt des Moskauer Kompromisses, der auf die Rückkehr zu den alten Machtstrukturen und die Hinnahme der Besatzung abzielte, der Bevölkerung gegenüber geheim zu halten. Wegen dieser Demütigung und Schande brach Dubcek wohl bei seiner ersten Ansprache nach der Heimkehr in Tränen aus.

Nach der Rückkehr der „Idole des tschechoslowakischen Erneuerungsprozesses" aus Moskau zerfiel das Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Kraft und in die einstigen Garanten der Erneuerung.

Die einzige Möglichkeit, zu diesem Zeitpunkt die Einheit im Widerstand wieder herzustellen, hätte darin bestanden, den Moskauer Kompromiss als unter völkerrechtswidrigem Druck zustande gekommen für nichtig zu erklären.

Nicht die Einheit zwischen Führung und Bevölkerung in der Umsetzung des Moskauer Kompromisses, sondern die Wiedererlangung der Einheit im Widerstand barg die größere Chance zur Erhaltung wesentlicher Elemente des tschechoslowakischen Erneuerungsprozesses. Paradoxerweise hat der durch den Anfangswiderstand und das Stehvermögen Svobodas in Moskau erzielte kurzfristige Erfolg, den Hauptrepräsentanten des tschechoslowakischen Erneuerungsprozesses die Rückkehr in ihre Ämter ertrotzt zu haben, die TschechInnen und SlowakInnen um die Chance gebracht, einen effizienten dynamischen Widerstand über längere Zeit aufrecht zu erhalten.

Schlussfolgerung: Soziale Verteidigung muss **basisdemokratisch immun gemacht werden gegen Führungsgestalten**, die gegen das Widerstand leistende Volk instrumentalisiert oder gar „umgedreht" werden können.

Aber es darf auch nicht unterschlagen werden, dass Svobodas Befehl an die Soldaten, in den Kasernen zu bleiben und nicht auf die Invasoren zu schießen, plus die nur dadurch möglich gewordene Gewaltlosigkeit des zivilen Widerstand dazu beigetragen haben, dass Tausende und Abertausende sinnloser Opfer vermieden wurden (vgl. Ungarn 1956!).

Charta 77 und gewaltlose Sezession

„Trotz allem" widerstandsbereite Persönlichkeiten konnten ihre Erfahrungen weitergeben – trotz des Rückfalls der Mehrheitsgesellschaft in Apathie und Anpassung.

Ein Rinnsal von Widerstand wurde aufrecht erhalten. Die Charta 77 trug zur Umwandlung der Tschechoslowakei unter ganz anderen weltpolitischen Prämissen als im Jahre 1968 bei. Unter Charta-Gründer Vaclav Havel als Präsident der Nach-Wende-Tschechoslowakei gelang 1993 die gewaltlose Aufteilung in eine Tschechische und eine Slowakische Republik.

8.3 Neue Aktualität der Sozialen Verteidigung nach Überwindung der Blockkonfrontation?

Einige BefürworterInnen der Sozialen Verteidigung sahen in der europäischen Nach-Wende-Zeit eine Chance, aus dem Zerfallsprozess der Sowjetunion und Jugoslawiens hervorgehende Staaten

für den Verzicht auf militärische Aufrüstung zu gewinnen und sie von den Vorteilen Sozialer Verteidigung zu überzeugen.

Wenn es dafür überhaupt ein „Fenster der Gelegenheit" gab, so war es nur kurze Zeit einen Spalt weit offen. Es gab in den **baltischen Staaten**, besonders in Litauen 1990/91, Vorbereitungen auf Soziale Verteidigung im Kontext der Unabhängigwerdung, und auch später gab es - bis mindestens Anfang der 2000er – anscheinend eine Kommission, die sich damit befasste. In Lettland wurde 1990 eine „nationale Schutzkommission" aufgebaut, die SV-Prinzipien zu Rate zog. Dies mag auf Beratung der jungen Regierungen durch das Albert Einstein-Institute Gene Sharps zurückgehen, ist aber aus der Quellenlage nicht klar entnehmbar.[132]

Über einen weiteren Versuch der Gruppe um Gene Sharp, zum zehnjährigen Jubiläum der Unabhängigkeit der baltischen Staaten von der ehemaligen Sowjetunion die jungen Republiken für die Übernahme des Konzepts der Sozialen Verteidigung in die Gesamtverteidigung zu überzeugen, ist nichts bekannt, weil die Ergebnisse dieser Mission nicht veröffentlicht wurden.

Eine Delegation des Bund für Soziale Verteidigung führte 1992 eine „fact finding mission" in den baltischen Ländern durch. Zum einen fand sie keine wirklich einflussreichen GesprächspartnerInnen in den im Aufbau befindlichen neuen Regierungen. Und soweit überhaupt Gespräche mit sachkundigen Adressaten zustande kamen, war das, was die „Missionare" der Sozialen Verteidigung anzubieten hatten, wohl nicht attraktiv genug. Als Teilnehmer an dieser Reise gewann ich auch den Eindruck, dass in diesen Ländern ganz andere Messen gesungen wurden, sprich: machtvolle „Berater" aus dem Westen, insbesondere aus den USA, konnten verlockendere Angebote zur Überwindung des „Wehrlosigkeitssyndroms" dieser jungen Republiken Russland gegenüber machen: Aufbau- und Ausbildungshilfe für zu modernisierende Streitkräfte, entsprechende Karrieren für aufstrebende PolitikerInnen und „Schutz" unter dem Schirm der NATO.

In **Slowenien** kam es nach der Unabhängigkeitserklärung vom 25. Juni 1991 vom 26. Juni bis zum 7. Juli 1991 zu einem Bürgerkrieg zwischen der Jugoslawischen Volksarmee und der slowenischen Territorialverteidigung. Unter Vermittlung durch eine Troika der EG wurde ein Kompromiss erzielt, wonach der Vollzug der Unabhängigkeit Sloweniens für die Dauer von drei Monaten ausgesetzt wurde und die jugoslawischen Truppen Slowenien verlassen mussten. Beide Seiten hielten sich an die Vereinbarung, und so konnte die Unabhängigkeit der Republik Slowenien am 8. Oktober 1991 in Kraft gesetzt werden.

Kurz zuvor hatten slowenische FriedensforscherInnen 1991 dem Präsidenten der Republik ein Konzept zum Aufbau einer gewaltlosen Verteidigung vorgelegt, fanden aber kein Gehör, denn das Land bereitete sich gerade auf einen militärischen Konflikt mit der jugoslawischen Bundesregierung vor.

Möglicherweise wäre das Werben um die Übernahme des Konzepts der Sozialen Verteidigung in den neuen europäischen Republiken überzeugender verlaufen, wenn man auf ein „Referenzprojekt" in einem machtpolitisch relevanten Staat hätte verweisen können oder zumindest auf den ernstgemeinten Versuch, ein solches in die politische Debatte eines militärisch hochgerüsteten Landes einzubringen.

In der **Bundesrepublik Deutschland** gab es durch den im Juni 1988 gegründeten Bund für Soziale Verteidigung einen Anlauf für einen solchen Versuch.

In der damaligen westlichen Bundesrepublik gab es mit den Grünen eine Partei, deren offizielles Verteidigungskonzept die Soziale Verteidigung war. Jedenfalls hatten sich die Grünen seit der Teilnahme an den Europawahlen 1979 und ihrer Gründung als Bundespartei 1980 in ihren Wahlprogrammen und in ihrem „Friedensmanifest" von 1981 eindeutig für Soziale Verteidigung und gegen die Hinnahme von militärischen Verteidigungskonzepten ausgesprochen, auch wenn letztere sich zusätzlich noch „defensiv" nannten. Als sich im September 1989 der Versuch eini-

[132] Siehe Barbara Müller (1996): Zur Theorie und Praxis von Sozialer Verteidigung, IFGK-Arbeitspapier Nr. 3, Wahlenau

ger „Realos“ im Bundestag abzeichnete, dies im Rahmen der Parlamentsarbeit „umzudrehen“, unternahmen Vorstandsmitglieder des BSV den Versuch, ein – auch im Hinblick auf die Bundestagswahl 1990 - schlüssiges Konzept in die politische Debatte einzuführen, in dem die Soziale Verteidigung als Zukunftskonzept verankert sein sollte, gemäß dem – damaligen – Slogan des BSV: „Militärische Rüstung abschaffen - Soziale Verteidigung aufbauen“.

Im Auftrag des BSV-Vorstands wurde der „Entwurf des Bundes für Soziale Verteidigung für ein integriertes Konzept für Abrüstung, Konversion und Soziale Verteidigung“ erarbeitet. Darin war auch die Skizze eines Ministeriums mit den drei Abteilungen Abrüstung, Konversion und Soziale Verteidigung enthalten.

Wäre es gelungen, ein solches Konzept den Grünen zu vermitteln und sie zu bewegen, dies in eventuell mögliche Koalitionsverhandlungen mit der SPD einzubringen, dann wäre das zumindest ein Quantensprung in der öffentlichen Wahrnehmung einer solchen Alternative zur herkömmlichen militärischen „Verteidigung“ gewesen.

Als Autor des integrierten Konzepts und zugleich Gründungs-Grüner, der mitverantwortlich dafür gewesen war, das Konzept „Soziale Verteidigung“ in die Programmatik der Grünen einzuführen, schwebte mir vor, den Grünen für den Fall der Regierungsbeteiligung eine Alternative zur bloßen Hinnahme herkömmlicher Militär- und Bündnispolitik im Rahmen „klassischer“ Ressorts anzubieten. Natürlich konnte niemand annehmen, dass die SPD über Nacht der Abschaffung des Verteidigungsministeriums zustimmen würde. Meine Lieblingsvorstellung war, eine Konstellation herbeizuführen, die in folgendes Szenario für eine Übergangszeit hätte münden können: Jahr für Jahr hätte in den Haushaltsberatungen zwischen dem herkömmlichen Verteidigungsminister und der Abrüstungsministerin um das jeweilige Budget gerungen werden müssen. Der Vergleich zwischen den beiden Budgets hätte zum Gradmesser dafür werden können, wie weit die Bundesregierung mit dem Abbau von militärischer Rüstung und dem Fortschritt von Abrüstung, Konversion und Sozialer Verteidigung gekommen wäre. Ein weiterer Vorteil hätte darin gelegen, dass die grüne Verhandlungsdelegation eine Option zur Vermeidung der Identifikation mit der herkömmlichen Verteidigungspolitik gehabt hätte: Statt wie später geschehen, einen Außenminister zu platzieren, der die Teilnahme an der Bombardierung Jugoslawiens seiner Partei gegenüber als „alternativlos“ darstellen musste, wären von grüner Seite, nämlich der Abrüstungs- , Konversions- und SV-Ministerin, Alternativen zur militärischen Lösung des „Kosovokonflikts“ eingebracht worden, zumal im Kosovo auf langjährige Erfolge ziviler Selbstbehauptung unter Führung des Gandhi-Anhängers Rugova hätte zurückgegriffen werden können.

Allein: das Integrierte Konzept scheiterte bereits im „Fachverband“ für Soziale Verteidigung. Zwar wurde im Ergebnis das integrierte Konzept angenommen, nicht aber seine institutionelle Umsetzung. Im Bundesausschuss des BSV stimmten auf die Frage: „Wenn Ministerium dann auch mit Sozialer Verteidigung beauftragt?“ bei 8 Enthaltungen 15 Delegierte mit Nein und 13 mit Ja.

Damit war das Kernstück des Integrierten Konzepts, nämlich die Umsetzung der konkreten Alternative zur militärischen Verteidigung, bereits am eigenen Fachverband gescheitert.

Wie konnte man da - ganz abgesehen von der nun fehlenden basisdemokratischen Legitimation - noch annehmen, mit einem so „umstrittenen“ Konzept im großpolitischen Raum Überzeugungsarbeit leisten zu können?[133]

[133] Im Einzelnen zu diesem Komplex s. Roland Vogt: „Entwurf des Bundes für Soziale Verteidigung für ein integriertes Konzept zur Abrüstung, Konversion und Sozialer Verteidigung“ in Bund für Soziale Verteidigung, Jahrbuch 1990, S. 42 ff. und ders., Dokumentation: DIE GRÜNEN und die Soziale Verteidigung aaO, S. 61 ff. ; auch Stefan Holzkämper: Die SPD und die Soziale Verteidigung aaO S.66 ff.

8.4 Neue Herausforderungen für das Konzept der Sozialen Verteidigung

Außer den ansatzweise und im Fall CSSR ausführlicher beschriebenen Fällen gesellschaftlicher Selbstbehauptung mit nichtmilitärischen Mitteln gibt es in Europa eine Fülle von Beispielen wirklich gelungenen zivilen Widerstands gegen die Durchsetzung staatlicher oder von Regierungen unterstützter Zumutungen.

Auszugsweise seien hier genannt:

- der erfolgreiche Widerstand der okzitanischen Bevölkerung gegen die Erweiterung eines Truppenübungsplatzes auf der Hochebene des Larzac/Frankreich 1974 ff.
- die Verhinderung eines Bleichemiewerks in Marckolsheim/Frankreich 1974/75
- die Verhinderung atomarer Großprojekte durch regionalen Volkswiderstand in Wyhl am Kaiserstuhl (Atomkraftwerk, AKW), bei Kalkar am Niederrhein („Schneller Brüter") und in Wackersdorf /Oberpfalz (Wiederaufbereitungsanlage, WAA)
- die Verhinderung eines Luft- Boden- Schießplatzes der Bundeswehr auf dem Gelände eines ehemaligen sowjetischen „Bombodroms" in der Kyritz-Ruppiner Heide im Bundesland Brandenburg nach 17 Jahren hartnäckigen Widerstands der regionalen und überregionalen FREIeHEIDe-Bewegung.

In all diesen Fällen wurde die Wirtschafts- und Lebensweise mit gewaltfreien Mitteln erfolgreich verteidigt. Im Larzac die Schafzucht und die Produktion des weltberühmten Roquefort-Käses, am Kaiserstuhl der Weinbau vs. „Industrialisierung des Oberrheingebiets", in der Kyritz-Ruppiner Heide, die durch die Wende errungene Freiheit von Bombenabwurfterror und der sich entfaltende Wirtschaftsfaktor Tourismus angesichts eines paradiesischen Dreiklangs von Seen, Wald- und Heidelandschaft…- um nur einige der Beispiele zu illustrieren.

Es gibt also in Teilen Europas bei hinreichender Herausforderung, gekoppelt mit kreativen Widerstandsstrategien, Fähigkeiten, die für die Entwicklung des Konzepts der Sozialen Verteidigung konstitutiv sind.

Woran es aber fehlt, ist - zumindest friedenspolitisch -, die Begabung, diese Fähigkeiten so zu optimieren, dass sie im großpolitischen Raum zu entscheidenden Veränderungen beitragen.

In der Energiepolitik ist das im Ansatz gelungen, auch, weil parallel zum Widerstand die konstruktive Alternative der erneuerbaren Energien entwickelt worden ist.

Zumindest wir im BSV sind (oder waren einmal?) der Meinung, dass wir mit einer alternativen Verteidigungsstrategie ebenfalls eine konstruktive Alternative anzubieten haben.

Im Fall „CSSR 1968" sind, wie gezeigt, bemerkenswerte Fähigkeiten entfaltet worden, die für die Weiterentwicklung der Sozialen Verteidigung fruchtbar gemacht werden können, insbesondere auch im Hinblick auf technologische Vorkehrungen gegen das Vorrücken von Invasionskräften.

Freilich muss das Konzept der Sozialen Verteidigung fit gemacht werden für neuartige Bedrohungsszenarien und das Ausschöpfen der durch die digitale Revolution gegebenen neuen Handlungsmöglichkeiten.

Und wir müssen den Blick weiten und bereit sein „über das Unvorstellbare nachzudenken", wie das Christine Schweitzer mit ihrem Essay: „Soziale Verteidigung gegen den Islamischen Staat"[134] anbietet.

Also den Finger in die Wunde legen, indem wir fragen: Wie kommt es, dass der „Krieg gegen den Terror" geradezu automatisch mit Bombenteppichen und Methoden extralegaler Tötung entfesselt worden ist, ohne naheliegende zivile Alternativen ernsthaft zu erwägen und auszuschöpfen? Wie etwa: das IS-Terrorregime vom internationalen Bankensystem auszuschließen

[134] Siehe: „Gewaltfrei gegen den Terror. Nichtmilitärische Handlungsoptionen gegen den Islamischen Staat", Hrsg. Bund für Soziale Verteidigung, Hintergrund- und Diskussionspapier Nr.45, November 2015

und Sanktionen gegen die Mittelsmänner im Ölgeschäft (analog der Schleuserbekämpfung) zu ergreifen.

Warum sind nicht alle Potenziale genutzt worden, um SyrerInnen in Fähigkeiten der Gewaltprävention und des zivilen Widerstands auszubilden? Hat die „Weltgemeinschaft" in der Anfangszeit des noch zivilen Widerstands gegen das Assad-Regime den in Syrien Widerstand Leistenden jede erforderliche logistische Unterstützung zur Verfügung gestellt, statt diese Aufgabe einem Häuflein von Privatleuten zu überlassen, die im Rahmen von „Adopt a Revolution" nur ansatzweise technische Hilfe zu leisten vermochten?

Wo ist die Koordinationszentrale für eine umfassende zivile Alternativstrategie etwa bei den Vereinten Nationen und der Europäischen Union? Warum fordern EU-BürgerInnen und Mitglieder des Europäischen Parlaments eine solche Einrichtung nicht vehement von der Kommission, in Sonderheit der mit dem Aufbau einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik betrauten Außenbeauftragten?

Ist es angesichts der Militärfixiertheit der Staaten und des Versagens internationaler Organisationen auf dem Gebiet der zivilen Alternativen nicht an der Zeit, aus der Zivilgesellschaft heraus eine **koordinierende Kraft für zivile Interventionen** aufzubauen, in der alle Erfahrungen mit Strategien nichtmilitärischen Austrags von Konflikten, erfolgreichem zivilen Widerstand, Abrüstung und Konversion gebündelt, einschlägiges Expertenwissen abrufbar gemacht und einsatzfähiges Personal zur Verfügung gestellt werden kann – analog etwa dem Internationalen Roten Kreuz ? Wenn die eigentlich für zivile Alternativen zum Militärischen berufenen internationalen Institutionen versagen, sollte die „Ersatzvornahme" durch Kräfte der Zivilgesellschaft ernsthaft geprüft und auf den Weg gebracht werden.

Roland Vogt war Mitgründer und in dessen Anfangsjahren Vorstandsmitglied des Bund für Soziale Verteidigung. 15 Jahre lang war er in der Landesregierung Brandenburg für Konversion zuständig: die zivile Umgestaltung ehemaliger militärischer Liegenschaften und Einrichtungen. Nach seiner Rückkehr nach Rheinland-Pfalz (RLP) hat er sich erfolgreich für die Gründung der „Friedensakademie Rheinland Pfalz – Akademie für Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung" eingesetzt.

Im Rahmen der „Initiative Stopp Ramstein – Region Kaiserslautern" engagiert er sich „privat" für einen – möglichst bundesweiten - Widerstand gegen die von seiner Heimatstadt 40 km entfernte Airbase Ramstein in der Westpfalz, insbesondere die von dort aus koordinierten Bomben- und Drohnenkriege. Als Konversionsexperte wirbt er dafür, das Alternativenbewusstsein zum Militärkomplex in der betroffenen Region zu kräftigen.

9. Schlusspanel: Gewaltfreier Widerstand und die Überwindung von Angst

Mit: Ingrid Fröhlich-Groddeck und Renate Wanie

<u>Andreas Dieterich (Moderator):</u> Ich begrüße ganz herzlich Renate Wanie und Ingrid Fröhlich-Groddeck. Ingrid kann uns von ihren Erfahrungen aus der DDR Friedensbewegung und der Arbeit in der Offenen Heide berichten. Renate Wanie ist schon viele Jahre in der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden und seit drei Jahren im BSV als Vorstandsmitglied aktiv. Die beiden möchten uns an ihren persönlichen Erfahrungen, die sie im Umgang mit Angst oder Bedrohungsszenarien gemacht haben, teilhaben lassen. Wir wollen darüber sprechen, wie mit der Angst umgegangen worden ist, wie daraus gewaltfreie Strategien entstanden sind, um mit dieser Angst umzugehen, und wie sie diese in ihre politische Arbeit einbinden konnten.

<u>Ingrid Fröhlich-Groddeck:</u> Ursprünglich wollte ich mit meiner Arbeit in der BI „OFFENe HEIDe“ anfangen, habe mich dann aber entschieden, etwas anderes zu erzählen. Dass das Thema 'Angst' zum Leben dazu gehört wie Sommer und Winter, Regen und Sonnenschein und Freud und Leid, habe ich erst im fortgeschrittenen Lebensalter begriffen. Es hat für mich dann allmählich den negativen Charakter, den generellen negativen Charakter, verloren.

Ich bin 1937 in der Tschechoslowakei geboren, im sog. Sudetenland, wo die Menschen während des 3. Reiches mehrheitlich 'Heim ins Reich' wollten. Im Jahre 1945 sind wir Deutschen dann folgerichtig ausgewiesen worden aus dem heutigen Tschechien. Das zu meinem politischen Hintergrund.

Ich erinnere mich an mein erstes Angsterlebnis während dieser Zeit, was ich aber abgewehrt habe. Damals war ich fünf Jahre alt und ging in die erste Klasse. Im Religionsunterricht hieß es immer: „Wenn du brav bist, kommst du in den Himmel. Wenn du böse bist, kommst du in die Hölle. Und wenn du nicht ganz so böse bist, kommst du ins Fegefeuer“. Ich komme aus einem katholischen Elternhaus, aber nicht so ganz streng katholisch, und habe nie daran geglaubt, dass der liebe Gott so etwas Böses tut. Das habe ich auch meiner Lehrerin so gesagt. Darüber war sie empört. Ich hatte ihr damit, und das habe ich erst im Nachhinein verstanden, ein für sie wichtiges Erziehungselement entzogen.

Als ich an dem Tag nach Hause kam, mein Vater war im Krieg und meine Großmutter lebte bei uns im Haus, erzählte ich, was in der Schule vorgefallen war. Meine Großmutter und meine Mutter haben mich bestärkt, indem sie sagten: „Ja, dafür gibt es tatsächlich keinen Beweis. Es ist ja noch nie jemand zurückgekommen, nachdem er tot war. Belassen wir es also einfach dabei, dass du Recht hast.“ Das hat mich natürlich gestärkt. Kurz darauf gab es einen Hausbesuch von meiner Lehrerin, danach war sie noch mehr außer sich. Aber ich hatte Recht bekommen von Mutter und Großmutter. Das war für mich ganz wichtig.

Dann kam die Ausweisung im Jahre 1945 nach Kriegsende. Ich hatte einen kleinen Rucksack mit einem Kissen drin und einem Teddy, der oben raus guckte, Großmutter und Mutter hatten einen großen Rucksack. Das war unsere Habe. Und so saßen wir dann in der Morgendämmerung in einem offenen Kohlewaggon. Ich glaube, es war August und wir wussten nicht, wo es hingeht; weiter östlich in die Tschechoslowakei oder nach Deutschland. Ich weinte und sagte: „Ich will nach Hause.“ Da nahm meine Großmutter mich in den Arm und erwiderte: „Meine Kleine, du

hast kein Zuhause mehr!“ Das war eine klare Ansage. Daraufhin habe ich meine Rotznase abgewischt und gesagt: „Na gut, dann brauch' ich den Scheiß eben nicht!“ Diese Angsterlebnisse waren für mein Leben wichtig. Ich kann heute sagen, dass ich die Angst sofort in etwas Positives umgewandelt habe. So habe ich dann auch bald wieder Lebensfreude empfinden können.

Danach bin ich in ganz großer Armut in Buchholz, einem Dorf bei Stendal, groß geworden. In der Heimat war ich fast überversorgt mit zwei Großmüttern und einer Mutter, und habe in der Kindheit immer die Kinder, die als „vernachlässigt“ gegolten haben, beneidet. In Buchholz habe ich mit minimalen materiellen Werten eine sehr glückliche Kindheit verlebt, die mich auch wiederum stark gemacht hat für mein weiteres Leben. Ich hatte gelernt, was wirklich im Leben zählte. Der Verlust von materiellem Besitz ist etwas, was vielen Menschen Angst macht. Aus den Erfahrungen meiner Kindheit heraus kann ich solchen angstgeplagten Menschen aus ehrlicher Überzeugung sagen, dass das vielleicht gar nicht so schlimm ist und sage, versuche, aus der Situation etwas Neues, Kreatives zu machen, nimm die Situation als Chance.

Ab und zu habe ich mit Jugendlichen zu tun, die für sich keine Arbeitsaussichten sehen. Wenn sich dann bei ihnen auch noch ein Kind anmeldet, würden sie am liebsten abtreiben. „Wir können dem Kind doch nichts bieten“ Einige Male durfte ich erleben, dass sich diese Kinder wunderbar entwickeln. Diese Kinder bekommen etwas ganz Kostbares – Zeit. Das ist so ein Beispiel, wie aus Bedrohung und 'Angst' Entwicklungschancen werden.

Ich selbst habe vier Söhne geboren. Davon leben nur noch drei. Den ersten habe ich verloren, er ist mit neun Jahren an Krebs gestorben. Damals hatte ich furchtbare Angst. Ich fühlte mich diesem Schicksal hilflos ausgeliefert. Als ich irgendwann dann wirklich begriffen hatte: „Es gibt kein Entkommen!“ wusste ich, ich muss mich der Angst stellen. Als mein Sohn starb, war der Jüngste ein halbes Jahr alt.

Diese Erfahrung, sich mit etwas konfrontiert zu sehen, wofür du nichts kannst und gegen das du dich nicht wehren kannst; dieses Ohnmachtsgefühl - das habe ich jetzt in der Politik auch öfters: Es ist das Gefühl, jetzt wäre diese oder jene Aktion dran, um Unrecht sichtbar werden zu lassen, und die Angst vor Konsequenzen. Wenn diese Gefühle besonders stark sind, erinnere ich mich an die Situation mit dem Krebs und sage mir: “Du konntest doch damals auch nichts machen und musstest es einfach ertragen. Wieso sollst du dich jetzt davor fürchten, dass dir irgendwas passiert, wenn du beispielsweise in die Colbitz-Letzlinger Heide gehst, um das dir Mögliche zu tun, damit von dort aus keine Kriege mehr eingeübt werden.“ Allmählich bekomme ich dann die Kraft, um mich der Angst zu stellen. Ich spüre auch, es ist für mich einfach unvermeidbar. Ich muss das tun, um morgens wieder in den Spiegel schauen zu können. Also mache ich es auch immer wieder. Angst ist so auch ein Ansatz dafür, mein Leben auf eine andere Ebene zu bringen. Es entstehen dann Kräfte, die ich als positive Entwicklungen aus der Angst erlebe.

Die Colbitz-Letzlinger Heide ist der größte Truppenübungsplatz Europas mit 23.000 Hektar. Es ist ein Verstoß gegen den Zwei-plus-Vier-Vertrag, dass die Nato dort übt. Vertraglich war festgelegt, dass die NATO nicht auf dem Gebiet der ehemaligen DDR stationiert wird. Es ist Rechtsbeugung, wenn NATO-Truppen in der Heide üben, mit der Begründung, es handle sich nicht um Stationierung, sondern lediglich um vorübergehende Aufenthalte wechselnder Truppen.

Wir gehen in Aktionen gewaltfreien Widerstandes immer wieder in die Heide, um den Übungsbetrieb zu stören und um in später daraus folgenden Gerichtsprozessen RichterInnen immer wieder daran zu erinnern, dass die Abmachung eine andere war. Dabei merken wir, dass es noch JuristInnen gibt, die zwar nicht den Mut haben, uns freizusprechen, aber denen es zunehmend schwerer wird, uns zu verurteilen.

Ich hatte vor zwei Jahren im August meinen letzten Prozess in Bonn. Nachdem ich meine Verteidigungsrede verlesen hatte, sagte ich zu dem vorsitzenden Richter: „Ich wünschte mir, dass Sie mir jetzt eine Strafe geben, die es mir ermöglicht, in die nächste Instanz zu gehen. Ich möchte nämlich noch andere Ihrer Kollegen beunruhigen.“ Es ging um hundert Euro Bußgeld. Da sagte der Richter zu mir: „Na dann müsste ich Sie ja zu 250 Euro verurteilen. Nun, das kann ich wirklich nicht tun, Sie sind ja aus edlen Beweggründen hier.“ Das fand ich schon beeindruckend.

Aber für einen Freispruch hatte er nicht den Mut. Ich habe ihn dann ermutigt: „Na, wenn Sie öfter mal mit uns zu tun haben, dann bekommen Sie vielleicht genug Mut, um uns irgendwann mal freizusprechen".

Das klingt jetzt so locker. Aber ich bin mir schon bewusst: Wir legen uns mit der NATO an. Das ist alles andere als angstfrei. Dabei helfen Erinnerungen an Ohnmachtserlebnisse und ich akzeptiere, dass man vom Leben hin und wieder etwas aufgebürdet bekommt, wovor man sich nicht drücken kann. Dann sage ich mir: „Tue doch jetzt einfach so, als ob du dich davor auch nicht drücken könntest, als ob es für dich auch hier kein Entrinnen gäbe" - dann geht es wieder, trotz Angst.

So erwarte ich jetzt wieder einen Prozess. Wir waren letztes Jahr in der verbotenen Übungs-Stadt Schnöggersburg – die innerhalb der Colbitz-Letzlinger Heide gebaut wird, damit dort der Krieg in Städten geübt werden kann.

Vor solchen Aktionen hilft es mir, mich auf spiritueller Ebene darauf vorzubereiten. Bevor wir losgehen, gehe ich die Aktion vor meinem inneren Auge durch und sehe uns bereits am Zielort.

In Schnöggersburg haben wir die Gebäude mit unseren Plakaten geschmückt und unsere Visitenkarten hinterlassen. Wir hatten die Aktion am Tag zuvor angekündigt und so wurden wir während unserer Nachtwanderung von Hubschraubern gesucht. Diese haben uns trotz all der Technik nicht gefunden.

Schnöggersburg ist eine Stadt, die ausschließlich militärischen Zwecken dient. Sie ist nur zum Üben gebaut worden und verfügt über Wohngebäude, Bürogebäude, Schule, ein Armenviertel, eine Autobahn, eine U-Bahnstadion, ein Industrieviertel usw. Wir hatten zunächst überlegt, uns ins Stadion zu setzen, um dort ein kleines Picknick zu machen, mit dem Gedanken, dass sie uns irgendwann schon finden würden. Dann kam uns die Idee, einfach nur unsere Visitenkarten zu hinterlassen mit der Hoffnung, dass sie uns vielleicht doch nicht finden würden. Die Feldjäger haben uns aber später doch weit außerhalb der Übungsstadt gefangen. Wir waren die ganze Nacht unterwegs und sind in der Morgendämmerung wieder zurückgekommen. Die Soldaten wussten zu dem Zeitpunkt aber noch nicht, dass wir aus Schnöggersburg kamen. Als sie das dann - wahrscheinlich über Funk - erfahren hatten, hat man richtig gemerkt, da hatten sie Schaum vorm Mund. Damit hatten sie nicht gerechnet.

Vor solchen Aktivitäten muss jeder auf seine Art lernen, mit der Angst umzugehen. Da gibt es verschiedene Techniken, aber kein Rezept.

Renate Wanie: Bedrohung – mein erster Gedanke: Bedroht fühle ich mich selten.

Ich erinnere mich an den Atomunfall in Tschernobyl 1986. Damals hatte ich einen Garten, das Obst sah nach dem atomaren Niederschlag besonders schön und reif aus, aber ich konnte es nicht ernten. Diese unsichtbare und nicht einschätzbare Bedrohung habe ich als tatsächlich bedrohlich und mich einschränkend erlebt, daran erinnere ich mich noch gut.

Als bedrohlich erlebe ich - damals wie heute - menschenverachtende neonazistische Parolen und gegenüber Fremden die Zuschreibung von Minderwertigkeit. So wird eine subjektive Legitimation für Diskriminierung geschaffen. Gesellschaftliche Problemlagen werden verschoben, mit den eigenen Unzulänglichkeiten müssen sich die Rechten nicht beschäftigen, Überheblichkeit gegenüber den Fremden macht sich breit. Vor allem die Unberechenbarkeit von nächtlichen Brandanschlägen auf Asylbewerber-Unterkünfte erschreckt mich und macht wütend.

Dennoch habe ich mich z.B. auch in den 1980ern am Protest und Widerstand mit Sitzblockaden vor einem Parteitag der NPD beteiligt, der in dem kleinen Ort in der Wetterau, in dem ich 10 Jahre lebte, geplant war. Mit einem Megafon (und damals mit den Jusos) bin ich über Land gefahren und habe die Bevölkerung zum Mitmachen beim Protest aufgerufen.Die Resonanz war gar nicht so schlecht, bis dahin, dass von den Leuten im Dorf die Fenster geschlossen wurden.

Ich will verhindern, dass rechtsextreme Ideologien, die nicht mehr die Fakten sehen und keine Menschenwürde kennen, sich in Gesetze verwandeln! Das heißt, dass sie politisch Einfluss neh-

men könnten. Rechte Ideologien verhindern das Denken. So wollte auch Eichmann lediglich funktionieren und den Befehlen folgen, so Hannah Arendt über die Banalität des Bösen, was Eichmann nach Arendt verkörperte.

Ich bin ein Mensch, der selten Angst hat. Große Angst habe ich jedoch vor physischer Gewalt. In den 1980ern habe ich zwar mit einer Bezugsgruppe vor einem Panzer auf einer Straße im Fulda GAP gesessen, während der vorgesetzte Offizier dem Panzerfahrer überaus aggressiv aufforderte, weiterzufahren. Obwohl wir direkt vor dem Panzer saßen. Aber ich weiß auch, wenn er den Befehl nicht verweigert hätte und weitergefahren wäre, ich hätte rechtzeitig die Straße verlassen. Soweit geht meine Leidensbereitschaft nicht.

Ich habe selten Angst vor Bedrohungen, die durch strukturelle Gewalt verursacht werden. Ich werde eher wütend und wollte z.B. die in den 1980ern im Kontext der Atomraketenstationierung noch verbreiteten militärischen und kriegsvorbereitenden Übungen nicht hinnehmen oder auch die Bedrohung durch AKWs. Das waren damals meine politischen Schwerpunkte, die sich auch weiterhin durch mein Leben gezogen haben. Ich möchte etwas dagegen tun! Widerstand leisten. Etwas tun, um diese Entwicklungen zu verändern, zumindest Einfluss darauf nehmen, dass sich etwas ändert. Ich möchte politisch handeln.

Vor ein paar Tagen hörte ich im SWR2-Radio den Vortrag eines Journalisten und Psychologen, der mich aufhorchen ließ (am 6.3.16, 8.30h: Diktatur des Frohsinns - Einladung zum postmodernen Burnout). Bisher habe ich NeurobiologInnen nicht zitiert. Zu sehr habe ich sie bislang so verstanden, dass wir Menschen - vereinfacht ausgedrückt - dem Gehirn, also der Biologie, ausgeliefert seien.

Doch Raimund Allebrand zitierte den Neurobiologen Gerald Hüther aus seinem Buch *„Bedienungsanleitung für ein menschliches Gehirn“,* in dem er allerlei Anwendungsfehler, die einer optimalen Nutzung unserer mentalen Fähigkeiten im Weg stehen, untersucht. „Um die Möglichkeiten eines menschlichen Gehirns tatsächlich zu nutzen (und nicht die eines Computers), empfiehlt er (Hüther), nicht etwa Schach zu spielen (…) als den sichersten Weg des Braintrainings, sondern Leidenschaft! Zwar verwendet er den Begriff ‚Betroffenheit'", so Allebrand, „meint aber im Ergebnis dasselbe, wenn Hüther schreibt: *Betroffenheit ist ein zutiefst unangenehmes Gefühl, das unser bisheriges Denken, Fühlen und Handeln in Frage stellt. Es zwingt uns nicht nur, uns selbst zu erkennen, sondern uns auch noch zu verändern.“* Letzteres hat mich sehr angesprochen.

„Ohne Fehler und deren Korrektur gibt es aber kein Lernen und keine Veränderung", kommentiert Allebrand. Deshalb sei nach Hüther die Unterdrückung und Abwehr von Betroffenheit der einzig wirkliche Bedienungsfehler, den man bei der Nutzung seines Gehirns machen kann. Daraus folgt, das Infragestellen der eigenen Person, meine Standpunkte, Haltungen und Emotionen zuzulassen, was der erste Schritt hin zur Veränderung ist. Die Eventkultur und fortschreitende Digitalisierung in dieser Gesellschaft führt hingegen nicht zu persönlicher Betroffenheit. Lediglich zu einem Gefühlskick auf dem Konsummarkt.

Die eigene Betroffenheit wahrzunehmen, heißt, auch die eigene Angst wahrzunehmen. Leiden schafft Leidenschaft - Leidenschaft für mein friedenspolitisches Engagement! Die Lerntheorie, die ich vertrete, besagt, der Mensch ist nicht Opfer seiner Gefühle, sondern er kann sich individuelle Handlungsoptionen eröffnen, wie z.B. beim gewaltfreien Umgang mit Ängsten in Bedrohungssituationen. Das ist für mich grundlegend. Also in schwierigen Situationen kurz innehalten und fragen: „Was kann ich tun"? Das vermittle ich beispielsweise auch in Zivilcouragetrainings. Darin geht es immer wieder darum, die Angst kurz wahrzunehmen und dann zu entscheiden: Habe ich die Fähigkeiten, kann ich was tun oder muss ich aus der Situation rausgehen? Also bisweilen auch die Angst wahrnehmen.

In einem Film über verschiedene Protestbewegungen vergangene Woche in ARTE, wie z.B. im Nahen Osten, sagte ein junge Frau: „Es gibt Momente, da kann man nicht mehr zusehen." Und ein Student aus der StudentInnenbewegung in Hongkong: „Veränderung kommt nur durch Widerstand."

Hier entsteht Freiheit, Freiheit, mit der Angst umzugehen und auch: sie zu überwinden und - zu handeln.

Andreas Dieterich: Wir haben jetzt über die Angst, die Ihr selber hattet, die Angst, die Ihr wahrgenommen habt, gesprochen. Gab es denn auch Situationen oder Bedrohungen, wo Ihr gesagt habt, da hat mir jemand bei meiner eigenen Angst geholfen, diese zu überwinden? Oder ich war selbst jemand, der für andere da war, um die Angst zu überwinden?

Renate Wanie: Bezugsgruppen sind für mich in der politischen Aktion sehr wichtig. Ich bin geprägt von dem Konzept der Gewaltfreien Aktion. Dazu gehört auch, sich in Trainings gemeinsam mit der Gruppe auf eine Aktion vorzubereiten. So kann gegenseitige Verlässlichkeit und Vertrauen wachsen. Es ist eine Basis, um Ängste zu überwinden, eine Basis zum gemeinsamen Handeln. Gemeinsam in einer Gruppe aktiv zu werden, bietet die Möglichkeit, auch Angst zu überwinden und mutig zu sein - das ist für mich ganz wesentlich. Denn auf der Basis gemeinsamer Überzeugungen, konsensualer Übereinkünfte und der Solidarität einer Gruppe eröffnet sich ein Raum für gemeinsames und gewaltfreies Handlungsvermögen.

Ingrid Fröhlich-Groddeck: Das kann ich auch für mich bestätigen. Da kommt mir so ein Gedanke. Als ich zum ersten Mal in der DDR 1983 zum Friedensgebet gegangen bin und mich mal ganz wenig systemkritisch geäußert habe, da haben mir die Knie gezittert vor Angst. Ich hatte Alpträume, dass ich gefoltert würde. Da hat mir meine spätere beste Freundin Dr. Erika Drees, Psychiaterin, geholfen. Sie ist leider vor sieben Jahren an Krebs gestorben. Ich durfte sie bis zum Ende begleiten, bis sie ins Hospiz gegangen ist. Sie hat mir ganz viel geholfen, einfach durch ihr Dasein und ihr Vorbild. Nicht weil sie sagte, „jetzt mach doch mal". Nein, das machen wir grundsätzlich nicht. Jeder muss für sich entscheiden, ob er das kann. Es ist nur so die Haltung: 'natürlich freue ich mich, wenn du mitmachst'. Das ist ganz wichtig, dass wir uns nie drängen, denn sonst stimmt etwas nicht. Insofern sind Bezugsgruppen für mich auch ganz wichtig. Man kann den Umgang mit Angst lernen. Früher haben mir die Knie gezittert. Heute gehe ich viel gelassener an viele Dinge.

Andreas Dieterich: Kommen wir zum zweiten Teil, zum Überwinden von Angst und zum Thema „Gewaltfreier Widerstand" und „gewaltfreie Aktionen".

Ingrid Fröhlich-Groddeck: Nochmal zu mir, damit ihr wisst, wie ich meine Bewältigungsstrategien aufbaue. In meinem ersten Leben war ich Planungsingenieurin im Industriebau. Ich habe also eine naturwissenschaftliche Ausbildung, und das betone ich immer, gerade in Bezug auf das Thema Angstbewältigung, weil ich da auch sehr spirituell arbeite. Damit ich nicht in die ganz spinnerte Ecke komme, sage ich immer wieder gerne: Ich kann auch logisch denken! Ich bin mit 55 in den Vorruhestand gegangen, obwohl ich einen sicheren Arbeitsplatz hatte, weil ich das Gefühl hatte, ich müsse was Neues machen. Da kam mir auch wieder die Angst hilfreich zur Seite.

1992 bin ich in den Vorruhestand gegangen, ein Jahr später hat mein Mann Blasenkrebs bekommen ohne reale Aussicht auf Heilung. Zum Zeitpunkt der Diagnosestellung hatte ich das Gefühl, ich könne nicht weiterleben und falle in ein tiefes Loch. Ich hatte Angst. Aber irgendwann begriff ich: „Das nützt ja nichts – du weißt es doch. Das musst du jetzt tragen." Mein Mann hat die Krebstherapie in meine Hände gegeben. Ich habe nach der OP alternative Wege zur Chemotherapie gesucht und habe die „Gesellschaft für biologische Krebsabwehr" in Heidelberg bei meinen unermüdlichen Literaturstudien entdeckt. Da erfuhren wir Konkretes über die bislang lediglich vermuteten Alternativen - wie hochdosierte Vitamine, Misteltherapie, Psycho-

therapie und Ähnliches. Nachdem mein Mann sagte: „Das ist dein Krebs – ich mache, was du für das Beste hältst", habe ich dann unserer Hausärztin von den alternativen Therapiemöglichkeiten erzählt. Mit der Ärztin waren wir befreundet und sie hat sich glücklicherweise darauf eingelassen.

Manchmal ist es wie im Märchen: Da springt man in Verzweiflung in den Brunnen und kommt auf der grünen Wiese an. Wie bei Frau Holle. Das ist meine Lebensphilosophie und auch meine Lebenserfahrung. Und ich habe dann immer auch Ärzte gefunden, die mitgemacht haben. Das hat meinem Mann das Leben gerettet. Er ist nicht an Krebs gestorben, sondern 2008 - fast 89jährig - an Herzversagen.

Aus diesem Erfolg heraus hat mich dann die Naturmedizin fasziniert. Ich habe angefangen, mich tiefer damit auseinanderzusetzen, habe eine Ausbildung in Heilpflanzenkunde gemacht und später eine Heilpflanzenschule gegründet. Nun bilde ich Menschen in altem Heilpflanzenwissen aus. Ich habe mich auch mit Schamanismus und Geomantie beschäftigt. Das ist meine spirituelle Arbeit. Die hilft mir auch bei der Angstbewältigung und Bewältigung schwieriger Aufgaben, die ich eben nicht als Bedrohung wahrnehmen will, sondern als Herausforderung, an der ich wachsen kann. Der Grundsatz ist: Fange immer mit Dankbarkeit an. Selbst in den bedrohlichsten Situationen. Auch wenn du selber leidest, gibt es immer die Schönheit des Lebens. Sei dankbar dafür! Das sage ich mir jeden Morgen in einer meditativen Phase. Dankbarkeit und Demut, das Nicht-Verdrängen, sondern das Annehmen von Leid und Schmerz gehören auch zu meinen Werkzeugen.

Leid wahrnehmen und zulassen ist überhaupt nicht zeitgemäß. In der neoliberalen Psychologie wird das als Zeitverschwendung betrachtet: Du sollst ja bloß funktionieren. Ich finde mich aber super, wenn ich mein Leid zulasse. Wenn ich es jeden Tag zulasse, bevor wieder alles auf mich einprasselt, sobald ich in den Fernseher oder die Zeitung schaue, aber dann kann ich das auch aushalten, habe einen ganz anderen Blick auf die Realität und kann wieder ins Handeln kommen. Im Handeln erfahre ich immer wieder Rückschläge, aber ich weiß ganz genau, dass die Dankbarkeit wieder der erste Schritt ist, um in die Spirale des Tuns zu kommen. Diese Sicht auf Schmerz und Leid und die Herangehensweise auf diesem Weg immer wieder ins Handeln zu kommen, habe ich in der Tiefenökologie-Ausbildung gelernt. Die Amerikanerin Joanna Macy hat diesen Weg entwickelt. Ihr bin ich sehr sehr dankbar, ebenso unseren deutschen TrainerInnen.

Renate Wanie: In den 80er Jahren wurde mir klar, dass meine Kenntnisse über gesellschaftliche Gewaltverhältnisse und die Erkenntnis, die ich gewonnen habe, wie Interessenpolitik funktioniert, nicht bei der Analyse und den Ursachen stehenbleiben dürfen. Dass ich nur in dieser Gesellschaft (über)leben kann, wenn ich etwas gegen Unrecht und die Kriegslogik tue. Mein damaliges Motto: „Ich mache nicht mit!" Das hat sich bis heute erhalten.

Ich habe mein eigenes Urteilsvermögen eingeschaltet. Urteilskraft zu entwickeln, bedeutet Selbstachtung und Autonomie sowie die Auseinandersetzung mit der anderen Meinung. Dies vermittelt ein Gefühl persönlicher Freiheit. Auch die Philosophie der Gewaltfreiheit ist immer mit Anfragen und Kontroversen verbunden, d.h., sie lädt zur Auseinandersetzung und weiterem Nachfragen ein, ohne gleich Antworten mitzuliefern. So entscheide ich mich, in gesellschaftlichen Bedrohungssituationen gewaltfreien Widerstand zu praktizieren.

Meine Erkenntnis - In diesem Kreis nichts Fremdes!: Frieden ist machbar! Gewaltbereitschaft ist nicht angeboren, Krieg ist kein Naturereignis. Kriege werden von Menschen gemacht, Frieden auch.

Ich hatte die Wirkmächtigkeit von Gewaltfreiheit bei Demonstrationen und Formen gewaltfreien Widerstands entdeckt. Und ebenso erkannt, dass die Wirkmächtigkeit stark vom gesellschaftlichen und politischen Umfeld abhängig ist. (In Saudi-Arabien und in China zeigen Aktionsformen eine andere Wirkung, häufig gefährlichere, als in Deutschland)

Zudem hatte ich das große Glück, Ende der 80er Jahre in der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden als hauptamtliche Friedensarbeiterin (damals so genannt) und friedenspolitische Bildungsreferentin angestellt zu werden. In den Jahren vorher hatte ich bereits über Gewaltfreie Aktionen in der Graswurzelrevolution gelesen. Verantwortung übernehmen, sich aktiv einmischen und eintreten für eine gewaltfreie Gesellschaftsveränderung .

Gewaltfreiheit wurde für mich die Grundlage für aktives Handeln, sie bedeutet Verantwortung und aktive Einmischung zugleich und das Eintreten für eine gewaltfreie Gesellschaftsveränderung!

<u>Publikumsfrage an Ingrid Fröhlich-Groddeck:</u> In der DDR haben dir die Knie geschlottert, hast du gesagt. Das war auch eine ganz andere Situation als heute. Die Bedrohung war schon „realer", oder?

<u>Ingrid Fröhlich-Groddeck:</u> Das glauben viele, aber wir waren nachweislich gleich nach der Wende bereits unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Hans Jochen Tschiche war als Bündnis90/ Die Grünen - Abgeordneter im Landtag und leitete unter anderem den Ausschuss, dessen Aufgabe die vermeintliche Kontrolle des Verfassungsschutzes gewesen ist. Im Entwurf des damaligen Verfassungsschutzberichtes war die „Energiewende Stendal" als rechtsorientierte, politisch arbeitende Gruppe aufgeführt. Hintergrund der zu unserer Gruppe gesammelten Daten war, dass wir uns mit Gesprächsangeboten den Rechten in den Weg stellten, die Asylunterkünfte in Stendal angreifen wollten. Wir gingen Abend für Abend auf die Rechten zu, die sich dort trafen und fragten sie, wie sie aus einer möglicher Weise gleichen Unzufriedenheit wie wir, zu so ganz anderen Schlüssen kommen würden, als es die unseren seien, Die Verblüffung unter den Rechten war so groß, dass wir stundenlang diskutierten und es keine Übergriffe gab, trotzdem die Polizei oft erst Stunden nach den Rechten eintraf. Das Gleiche taten wir, als sich der Landesverband der Republikaner in Stendal gründen wollte. Wir suchten die Orte auf, an denen die Gründung angekündigt worden war. Die Gründung wurde von den Initiatoren immer wieder verschoben und schließlich im Geheimen nicht öffentlich vollzogen. Der damalige Bundestagsabgeordnete der SPD aus Stendal warf uns, ohne zuvor mit uns gesprochen zu haben öffentlich vor, wir würden die Rechten mit unserem Tun hoffähig machen. Seine Ausführungen wurden von der Presse ausführlich transportiert. Hans Jochen Tschiche reagierte sehr aufgebracht auf diesen Entwurf und führte dann sinngemäß aus, dass er uns seit mehreren Jahrzehnten persönlich kennen würde und dieser Entwurf nur ein weiterer Beleg für die Verzichtbarkeit des Verfassungsschutzes sei. Im später veröffentlichten Bericht fehlte die Passage zu uns.

Der Friedenskreis Stendal hat sich in 'Energiewende Stendal' umbenannt, weil bei uns das größte Atomkraftwerk Europas gebaut werden sollte. Wir haben niemals Gewalt angewendet und trotzdem waren wir unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Und da könnt Ihr Euch vorstellen, unter welcher Beobachtung wir jetzt sind. Wir gehen davon aus, dass die Vorbereitung für das Internationale Friedens-Camp „War Starts Here" schon ausreicht, um unter Paragraph 129a zu fallen, also praktisch als Terrorverdächtige beobachtet zu werden. Es wäre Mangel an Phantasie, das nicht als bedrohlich wahrzunehmen. „War starts here" findet in diesem Sommer bereits zum 5. Mal am Rande der Colbitz-Letzlinger Heide statt.

Ein anderen Aspekt ist mir noch wichtig: In der DDR hatten die Menschen auch Angst, aber die Machttechniken waren einfacher zu durchschauen als im heutigen System.

Um das zu begründen, möchte ich einige Gedanken aus dem Vortrag „Warum schweigen die Lämmer?" – am 22. Juni 2015 gehalten an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel – vorstellen. Prof. Dr. Rainer Mausfeld spricht über „Demokratie, Psychologie und Techniken des Meinungs-und Empörungsmanagements". Eine wirklich demokratisch organisierte Gesellschaft, wird festgestellt, ist mit den von den herrschenden Eliten favorisierten Gesellschaftsformen – dem neoliberalen Markt - unvereinbar. Um die gewünschte Zuschauerdemokratie zu schaffen,

ist es erforderlich – *ich zitiere einiges aus Zitaten und Studien, auf die im Vortrag verwiesen ist: „dass einige Individuen und Gruppen ein gewisses Maß an Apathie und Unbeteiligtheit aufweisen, ,,wenn also die Bevölkerung weitgehend entpolitisiert ist und von politischer Lethargie und moralischer Apathie befallen ist... Dieses Ziel lässt sich nur erreichen, wenn geeignete Techniken verfügbar sind, insbesondere Techniken der Apathie-Induktion (durch Sorgen um den finanziellen Lebensunterhalt, Angsterzeugung, Konsumismus, ect.), Techniken des Meinungsmanagements und Techniken des Empörungsmanagements... Techniken des Meinungsmanagements hätten gegenüber den Kontrolltechniken einer Diktatur den Vorteil, dass sie kostengünstiger als Gewalt, Bestechung oder irgendwelche anderen Kontrolltechniken seien... In diesem Sinne könne man also Demokratie, wenn sie durch ein Meinungsmanagement gelenkt sei, als eine optimale Regierungsform ansehen."*

Wir bekommen bewusst nur fragmentierte Informationen, damit wir möglichst uninformiert bleiben, uns aber gleichzeitig für umfassend informiert zu halten. Es scheint wie ein Puzzle aus unterschiedlichen Spielen. Aber wenn du dieses Puzzle dann trotzdem richtig zusammenfügst und das richtige Bild entwickelst und du dann auch noch entsprechende Schlüsse daraus ziehst, bekommst du sofort die Bezeichnung „Verschwörungstheoretiker". Als Totschlagargument erdacht, findet man sich aber zunehmend in elitärer Gesellschaft. „Verschwörungstheoretiker" wird für immer mehr Menschen, die selbstständig denken, zur Auszeichnung.

Man gibt der Bevölkerung scheinbar eine Handreichung, damit sich die Menschen informieren können. In Wirklichkeit ist das nicht möglich, weil man beispielsweise zu Fakten nur fragmentierte Kontexte gibt. Das ist ganz raffiniert gemacht, so dass eigentlich große Verwirrung entsteht und das ist auch so gewollt. Bekannt ist Guantanamo, was gleichzeitig dafür bekannt ist, dass du keinerlei Schutz hast, wenn du unter Terrorismusverdacht stehst. Die Botschaft bedeutet: „Sei auf der Hut! Wenn du erst unter Verdacht gerätst, hast du keinerlei Rechte!". Diese Botschaft wird von der Mehrheit verstanden. In der Situation sind wir heute, und das war in der DDR nicht anders.

Publikum: Ich wüsste gerne nochmal, wie das inhaltlich für dich ausgesehen hat und wieso du es tatsächlich gemacht hast.

Ingrid Fröhlich-Groddeck: Erika Drees hat mir durch ihr Handeln immer sehr geholfen. Sie sagte: „Mach es einfach. Wenn du denkst, das ist das Richtige für dich, dann komm einfach mit und mach etwas." Da habe ich mich an die Situationen erinnert, in denen ich etwas vom Schicksal aufgebürdet bekam und wogegen ich nichts machen konnte. Ich hatte den ethischen Anspruch: „Du musst das jetzt machen, das hast du vom Schicksal aufgebürdet bekommen, also mach es."

Publikum: Die Bürgerinitiative „Freie Heide" konnte den Erfolg verzeichnen, dass der Bombenübungsplatz von der Bundeswehr nach 17 Jahren und nach 27 verlorenen Prozessen der Bundeswehr aufgegeben worden ist. Wir hatten immer den Kontakt zur Offenen Heide gesucht. Ich frage mich jetzt nach dem Unterschied: Ist Euer Projekt zu groß, als dass man einen ähnlichen Erfolg verbuchen könnte, bzw. was ist Euer konkretes Ziel in der Colbitz-Letzlinger Heide?

Ingrid Fröhlich-Groddeck: Wir haben mit der Freien Heide ganz eng zusammen gearbeitet. In der Colbitz-Letzlinger Heide gab es schon in der Nazizeit eine **Kanonenschießbahn** betrieben von Krupp und Rheinmetall. In der Neuruppiner Heide war das anders, da ließ sich juristisch was machen. Bei uns war das bisher nicht erfolgreich. Wir wollen jetzt darauf aufmerksam machen, dass hier Unrecht verübt wird, Menschenrechte, unser Grundgesetz und das Strafgesetz sowie internationales Recht verletzt werden. Hier werden Angriffskriege unter der Maske der Humanität vorbereitet. Wir wollen deshalb direkt den Übungsablauf stören. Dazu kommt der symboli-

sche Wert: Wir beanspruchen die Heide für die zivile Nutzung. Seit 1993 gehen wir an jedem ersten Sonntag eines jeden Monats in die Heide. Aber das ist dann nicht auf verbotenen Wegen, sondern eine normale Demonstration.

Publikum: Es klang bei Euch beiden schon durch, wie wichtig die Unterstützung von Familie und Freunden ist. Ich frage mich, ob ihr schon mal Angst hattet oder habt, geliebte Menschen durch Euer Engagement zu verlieren?

Renate Wanie: Mir fallen zwei Bereiche ein. Einmal meine Verwandtschaft. In meiner Verwandtschaft war ich oft die „Rote Nati". Ich habe den Eindruck, sie haben nicht so ganz verstanden, was ich mache. In den 80er war der Spruch verbreitet „ Geh doch in den Osten!", das habe ich bei Aktivitäten auf der Straße oft gehört. Ich habe meine Verwandtschaft so verstanden, dass sie dachten, ich gehöre irgendeinem kommunistischen Zusammenhang an. Ich war nie in einer Partei, ordne mich eher den undogmatischen Linken zu. Das war ihnen immer etwas komisch, sie haben sich indirekt lustig gemacht.

Bei meinen Kindern stellte ich mir immer wieder die Frage, ob ich mich genug um sie kümmere. Ich habe mich damals gefragt: Werden sie dadurch zu stark geprägt? Vernachlässige ich sie? Das habe ich natürlich nicht gemacht, aber die Gedanken waren da. Meine erwachsenen Kinder gehen selten auf die Straße. Wenn ich sie frage, ob sie mitkommen, dann schon, aber sie engagieren sich in anderen Bereichen. Meine Haltung hat sich bei ihnen eher im beruflichen Feld niedergeschlagen. Dass sie z.B. den Mund aufmachen bei ungerechten Entwicklungen.

Ingrid Fröhlich-Groddeck**:** Meine Ehe wäre fast daran kaputt gegangen, weil mein Mann das Gefühl hatte, ich lebte nur noch für die Politik und er würde überhaupt nicht mehr von mir gebraucht. Da hat eine Freundin, Psychologin, ihre Praxis zugemacht, um eine Woche Paartherapie mit uns zu machen. Das erste, was sie fragte war: „Malte, die Blase ist ja ein Sammelorgan. Was wirst du nicht los?". Die Antwort darauf war: "Ingrid braucht mich nicht mehr, ich bin ja überflüssig". Das war das Härteste. Er war die große Liebe meines Lebens, so habe ich in diesem Moment alle Politik fallen gelassen. Mein Mann sagte später: „Ich habe Krebs bekommen, damit du dich endlich wieder um mich kümmerst."

Renate Wanie: Ich möchte ergänzend hinzufügen, dass ich schon seit 30 Jahren getrennt bin. Bei dieser Trennung spielte auch eine Rolle, dass ich mich intensiv engagiert habe und- ich erinnere mich - in dieser Zeit oft und lange telefonierte. Wir hatten damals eine kleine Galerie für zeitgenössische Kunst. Der Vorwurf meines damaligen Mannes war häufig, dass ich einiges vernachlässige. Wir haben uns dann auch getrennt. Jetzt lebe ich mit einem sehr engagierten Menschen zusammen.

Publikum: Welche Rolle spielt Humor bei Euren Aktionen?

Ingrid Fröhlich-Groddeck: Jetzt mal eine lustige Sache: Es war mein Geburtstag. Meine Familie hatte den Tisch gedeckt und alles hergerichtet. An dem Tag klingelte ständig das Telefon. Ich führte politische Diskurse am Telefon, legte auf, dann klingelte es wieder. Plötzlich standen meine Söhne und mein Mann in Mänteln neben mir und sagten: 'Pass mal auf, dass der Kater nicht die Torte frisst.' 'Wo wollt denn ihr hin?' 'Na ja, bevor du fertig bist hier mit deinen Telefonaten, gehen wir mal ein bisschen spazieren.' Seitdem habe ich keinen Telefonhörer mehr angerührt an meinen Geburtstagen. Solche Dinge mussten mir aber erst passieren, damit ich vernünftig wurde und ich muss mich immer wieder um das rechte Maß bemühen und mich darauf freuen auf das Leben jenseits der Politik.

Es ist auch so, dass ich als altes Eisen in der Friedensbewegung aufpassen muss, Freunde, die nicht in der Bewegung sind, damit nicht zu überfordern.

Renate Wanie**:** Humor spielt eine große Rolle. Ich finde, dass wir in der Friedensbewegung schon sehr ernst und sehr trocken sind, das vermitteln wir auch der jungen Generation. Es ist wichtig, bei aller Ernsthaftigkeit in den Aktionen, auch Freude und Witz mit einzubringen.

Menschen geben gerne ihre Unterschrift, wenn sie überzeugt davon sind, dass es notwendig ist. Die Bereitschaft zur Teilnahme an Demonstrationen ist wohl mehr geworden. Aber sich öffentlich hinzusetzen und Widerstand zu zeigen, ist nochmal eine andere Hürde. Es ist nach wie vor schwierig, sich öffentlich zu präsentieren. Mir fällt dazu ein Telefonat ein. Ich erinnere mich. Das war in den Achtzigern, die Hochzeit der Friedensbewegung. Mich hat in der ländlichen Gegend, wo ich damals lebte, eine alte Frau angerufen, die meinte: „Toll was ihr da macht! Aber ich traue mich nicht auf die Straße. Denn ich bin noch stark geprägt von der NS-Zeit. Wenn ich mich öffentlich zeige, könnte das heftige Konsequenzen haben." Es war interessant zu hören, dass eine gewisse Prägung damals und heute noch eine Rolle spielt.

Wie das heute ist, bei jenen, die nicht in der NS-Zeit aufgewachsen sind, weiß ich nicht. Aber selbst zu demonstrieren oder sich zu positionieren, erfordert eben auch Mut.

Publikum: Wie bist Du politisch geworden bzw. wie hat sich das in politisches Engagement umgesetzt?

Renate Wanie: Heute entspringt Gewaltfreiheit aus meiner ethischen und politischen Grundeinstellung, die Gewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen konsequent ablehnt. Meine Motivation ist humanistisch begründet in der Anerkennung der Menschenrechte und Menschenwürde als höchsten Wert.

Das möchte ich in meinem persönlichen und politischen Verhalten zum Ausdruck bringen: im Alltagshandeln, in der gewaltfreien Aktion, im gewaltfreien Widerstand und mit der Verbreitung von politischen Alternativen - dies nimmt vorweg, was ich politisch anstrebe: eine herrschaftsfreie, gerechte und ökologische Gesellschaft, in der Konflikte ohne Gewalt ausgetragen werden.

Ein wesentliches Element der Gewaltfreiheit ist – das brauche ich in diesem Kreis nicht zu sagen, sage es aber trotzdem - zugleich am Aufbau von Alternativen zu den kritisierten Zuständen mitzuarbeiten. Deshalb engagiere ich mich z.B. seit vielen Jahren für die Umsetzung des Konzeptes der politischen zivilen Konfliktbearbeitung, der ZKB. Kritik und Alternative gehören zusammen.

Ich habe verstanden, dass zwischen den Zielen und Mitteln einer Gesellschaftsveränderung eine Beziehung erkennbar sein muss. Denn in der Auseinandersetzung mit politischen Konflikten dürfen keine Mittel eingesetzt werden, die neues Unrecht produzieren. Konkurrenzlos ist für mich deshalb das Konzept der Gewaltfreien Aktion: um im politischen Raum zu handeln und Gegenmacht zu gewinnen.

Für mein Verständnis von Macht übernehme ich gern die Auffassung der politischen Philosophin Hannah Arendt. Das einvernehmliche Zusammenschließen, die Gemeinsamkeit des Handelns und die Meinung, auf die sich viele öffentlich geeinigt haben, ist nach Hannah Arendt konstitutiv für Macht. Zitat: „*Macht entspricht der menschlichen Fähigkeit, nicht nur zu handeln und etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln."* (in: Macht und Gewalt, 1975, S. 45)

Das System der Bezugsgruppen (5-15 Personen) im gewaltfreien Widerstand stellt solch ein Machtpotenzial dar. Wie schon angesprochen, eröffnet sich dort ein Raum für gemeinsames und gewaltfreies Handlungsvermögen. Denn in vorbereitenden Aktionstrainings besteht die Chance, gegenseitige Verlässlichkeit und Vertrauen zu entwickeln. Eine Basis, um Ängste zu überwinden, eine Basis für gemeinsames Handeln.

Mein Ziel ist es, in gesellschaftlichen Bedrohungssituationen (wie z.B. der Einsatz von Kampfdrohnen, die Lagerung von Atomwaffen, der 60. Jahrestag der NATO in Straßburg, der Kriegseinsatz in Syrien…) mit gewaltfreien Protestaktionen und im entschlossenen gewaltfreiem Widerstand zu einer Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit beizutragen – hin zu gesellschaftlicher Veränderung.

Frieden – verstanden nach Johan Galtung - als kontinuierlichen Prozess der Konfliktbearbeitung – immer mit gewaltfreien Mitteln, sei es im Protest oder im Widerstand. Der Mythos der Gewalt wird entzaubert und Bedrohung überwunden!

Ingrid Fröhlich-Groddeck war lange Zeit in der DDR-Friedensbewegung engagiert und ist Mitglied der „Offenen Heide". Sie lebt in Stendal.

Renate Wanie (Heidelberg) war Mitarbeiterin in der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden, und ist heute u.a. Vorstandsmitglied beim Bund für Soziale Verteidigung.

Andreas Dieterich ist Vorstandsmitglied beim BSV.